

((Die Exkurse zu Hilde Schramm: *Meine Lehrerin, Dr. Dora Lux. 1882 – 1959 Nachforschungen*))

Erster Exkurs

Die Gymnasialkurse für Frauen 1893 bis 1909 und Helene Lange als Pädagogin

((Anmerkungen nicht nach hinten, sondern unten auf den Seiten lassen))

1893 hatte Helene Lange, eine der Wortführerinnen der deutschen bürgerlichen Frauenbewegung, die „Gymnasialkurse für Frauen zu Berlin“ gegründet. Es war die erste Bildungseinrichtung überhaupt, in der Mädchen und Frauen sich in Deutschland auf das Abitur vorbereiten konnten. Dora Bieber und ihre Schwester Annemarie, 1882 und 1884 geboren, waren unter den frühen Teilnehmerinnen. (Siehe im Kapitel: „Abitur 1901 mit Unterstützung der Familie.“ In: Hilde Schramm, 2012, S. 70-76)

Dem Antrag von Dora Bieber auf Zulassung zur Reifeprüfung im März 1901 war folgende Bestätigung vom 1. Dezember 1900 beigelegt: „Fräulein Dora Bieber, Tochter des Direktors der Berlin School of Languages Herrn Bieber in Berlin, geboren am 27. Oktober 1882 zu Bismarckshöhe, Kreis Czarnikau, evangelischer Konfession, hat die Gymnasialkurse für Frauen zu Berlin von Ostern 1898 an besucht und ist gegenwärtig noch Schülerin der Anstalt. Sie hat die Vorbereitung auf die Reifeprüfung im genauen Anschluss an die für preußische Gymnasien gültigen Lehrpläne empfangen.“ Unterschrieben ist das Dokument nicht von Helene Lange, sondern von „Dir. Prof. Dr. Wychgram, stellvertretender Leiter der Gymnasialkurse für Frauen“.¹ Helene Lange hatte sich ab Herbst 1900 wegen eines Augenleidens vom Direktorat beurlauben lassen.

Bereits zehn Tage später, am 11. Dezember 1900, erhielt Dora Bieber die Antwort: „Auf Ihr Gesuch genehmige ich, ausnahmsweise, dass Sie zur Ablegung der Reifeprüfung an einem Gymnasium der Provinz Brandenburg zugelassen werden ...“ Unterzeichnet hat Friedrich Althoff, damals Ministerialdirektor und ‚heimlicher Kultusminister‘ in Preußen.²

Wie geplant konnte Dora Bieber einige Monate später „ausnahmsweise“, das heißt mit Sondergenehmigung, als Externe die Abiturprüfung ablegen. Zeitgleich bestand ihre jüngere Schwester Annemarie die Reifeprüfung. Damit hatten die beiden, wie vor ihnen

¹ Dokument im Familienbesitz

² Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, U II. Nr. 3781. U II. Berlin, den 11. Dezember 1900. Dokument im Familienbesitz

zweiundzwanzig andere Absolventinnen der Gymnasialkurse, den Nachweis erbracht, dass Frauen die Voraussetzungen für ein Universitätsstudium ebenso wie die Männer erfüllen können.

Freiheit der Methode

Helene Lange wollte mit der Gründung der Gymnasialkurse nicht nur einigen wenigen Abiturientinnen ein Studium ermöglichen, sondern die Öffnung der Universitäten für prinzipiell alle Frauen vorbereiten. Aus den Gymnasialkursen sollte eine kleine weibliche Elite als Vorhut des Frauenstudiums hervorgehen, widerlegte doch jede Abiturientin das Vorurteil der minderen Verstandeskkräfte des weiblichen Geschlechts.

Doch mit welchem pädagogischen Prinzipien erreichte Helene Lange ihr Ziel, junge Frauen in kurzer Zeit zum Abitur zu führen? In der bildungsgeschichtlichen Literatur werden ihre Gymnasialkurse historisch und soziologisch gewürdigt, sie verdienen aber auch eine pädagogische Würdigung. Das soll, ausgehend von den beiden Bieber-Schwestern, hier erfolgen.

Georg Bieber hatte seine Töchter trotz des Altersunterschieds beide Ostern 1892 bei den Gymnasialkursen angemeldet. Dora Bieber war damals fünfzehneinhalb, ihre Schwester Annemarie gerade einmal vierzehn. Helene Lange nahm die Mädchen auf, obwohl sie die festgelegte Altersvoraussetzung von sechzehn Jahren nicht erfüllten. Laut Gerda Voss, einer Tochter von Dr. Dora Lux, sollen sie „bei Weitem die Jüngsten in ihrer Klasse“ gewesen sein.³ Die Bieber-Töchter fielen altersmäßig auch deshalb aus dem Rahmen, weil ein Großteil der Teilnehmerinnen Erwachsene waren, unter ihnen zahlreiche seminaristisch ausgebildete Lehrerinnen. Als nach und nach mehr junge Frauen direkt von der höheren Mädchenschule aus die Gymnasialkurse besuchten, wurde das Eingangsalter ab Herbst 1899 auf fünfzehn Jahre gesenkt.⁴ Aber auch diese Voraussetzung hätte zumindest Annemarie Bieber nicht erfüllt.

Ebenso wie ihr Alter wich die Verweildauer der beiden Mädchen in den Gymnasialkursen von den Vorgaben ab. Dora und Annemarie Bieber müssen sehr fähige und gut vorgebildete Schülerinnen gewesen sein, denn sie bestanden bereits drei Jahre später, an Ostern 1901, mit achtzehn beziehungsweise knapp siebzehn das Abitur. Dabei waren die Kurse nach anfänglicher Unbestimmtheit auf zunächst vier Jahre angesetzt, und ab Herbst 1899 wurden

³ Gerda Voss: My Father Dr. Heinrich Lux 1863 – 1944. Toronto 1997; unveröffentlichtes Manuskript, S. 37

⁴ Gertrud Bäumer: Geschichte der Gymnasialkurse für Frauen zu Berlin. Hrsg. vom Vorstand der Vereinigung zur Veranstaltung von Gymnasialkursen für Frauen. Berlin: Moeser Verlag 1906, S. 50

sie sogar auf viereinhalb Jahre verlängert.⁵ Die Geschwister hatten, so die Familienüberlieferung, das Pensum sogar bereits nach zwei Jahren absolviert und hätten sich zum Abitur melden können, aber Annemarie Bieber war so jung, dass „die Lehrer fürchteten, sie wäre noch nicht reif genug für die Universität“.⁶ Offenbar wurden die Bieber-Töchter als Einheit wahrgenommen, denn wegen ihrer Schwester musste ebenso Dora Bieber, wie Gerda Voss mündlich nachtrug, das letzte Jahr wiederholen: „Das hatte meine Mutter als große Ungerechtigkeit empfunden, denn sie war ja ein Jahr älter.“

Die Aufnahme der Mädchen und ihre kurze Verweildauer zeigt, dass für Helene Lange formale Regulierungen nachrangig waren. Zur Begründung ihrer Flexibilität führt sie an: „Wir waren uns aber auch bewusst, dass wir mit sehr verschieden vorgebildeten Schülerinnen zu rechnen haben würden.“⁷ Die Aufnahme einer knapp Vierzehnjährigen ist dennoch bemerkenswert, denn die Gründerin und Leiterin verstand ihre Kurse als Arbeit mit Erwachsenen. Offenbar sah sie eine Bewerberin dann als „erwachsen“ an, wenn sie fähig war, aus eigenem Antrieb zu lernen – die ihr zugesprochene „Reife“ war also ausschlaggebend, nicht ihr Alter.

Ein Unterricht, der sich an hoch motivierte „Erwachsene“ orientierte, erleichterte es Helene Lange, einige „so ganz jeder Schablone“ entfallende Methoden⁸ zu praktizieren und sie als überlegene zu anderen Lernverfahren zu vertreten. Mit ihrer „Freiheit der Methode“ erprobte sie Formen der Individualisierung und des Selbststudiums, und zwar nicht nur als Antwort auf die schlechten äußeren Unterrichtsbedingungen, sondern als gezieltes Programm der Gymnasialkurse: „Die Zahl der Stunden war verhältnismäßig klein. [⁹] Das hing zum Teil damit zusammen, dass der Unterricht nur nachmittags stattfinden konnte, zum Teil aber entsprach diese Einrichtung der Ansicht, dass es bei erwachsenen Schülerinnen vor allem darauf ankäme, die eigene Arbeit zu leiten und zu kontrollieren, und dass deshalb bei geringerer Stundenzahl stärkeres Gewicht auf das Privatstudium zu legen sei.“¹⁰ An einer anderen Stelle schreibt Helene Lange: „... der Reife der Schülerinnen entsprach ja auch ein Unterrichtsverfahren, bei dem nicht eingepaukt, sondern mehr nur geleitet und kontrolliert

⁵ Ebenda, S. 33 und S. 49 f.

⁶ Gerda Voss: *My Father*. 1997, S. 37

⁷ Helene Lange: *Lebenserinnerungen*. Berlin: F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung 1925, S. 205

⁸ Ebenda, S. 209

⁹ Zwanzig bis vierundzwanzig Stunden in der Woche, hingegen dreißig Wochenstunden an öffentlichen höheren Schulen.

¹⁰ Helene Lange: *Mädchengymnasien*. In: *Enzyklopädisches Handbuch der Pädagogik*. Bd. V. Langensalza: Verlag Beyer 1906, S. 718 – 724, Zitat S. 719. Ein Vergleich der Wochenstunden: In *Gymnasien für Jungen in Preußen* belief sich der Unterricht in den Klassen 11 – 13 auf dreißig Wochenstunden (ab 1901), ebenso in den Klassen 7 – 10 der höheren Mädchenschulen (ab 1894).

wurde.“¹¹ So manche Schülerin scheint von der ungewohnten Eigenverantwortung für ihre Lernfortschritte überfordert gewesen zu sein, jedenfalls gaben zahlreiche Teilnehmerinnen auf und brachen den Kurs ab.

Die pädagogisch-didaktischen Prinzipien entsprachen dem Verständnis von Helene Lange, dass die Gymnasialkurse ein „Experiment“ seien.¹² Sie nutzte die Ausnahmesituation: „Erforderten und erlaubten doch die Verhältnisse geradezu ein Individualisieren innerhalb der Methoden, ein Anpassen, das eine gewisse Freiheit in Bezug auf die Einzelperson voraussetzt.“¹³ Da die Klassen klein waren, war es dem Lehrer möglich, „bei einzelnen sich ergebenden Schwierigkeiten helfend einzugreifen“.¹⁴ Differenzierung innerhalb einer Lerngruppe, Förderung von Eigeninitiative, Selbstverantwortung und die damit verbundene Veränderung der Lehrerrolle sind heute anerkannte, aber immer noch unzureichend eingelöste Prinzipien der Schulpädagogik. Den Unterricht an zahlreichen Grundschulen haben sie bereits verändert. Ihre Übertragung auf alle anderen Schulstufen und Schulformen steht an.

Männliche Lehrkräfte

An den Gymnasialkursen für Frauen unterrichteten fast ausschließlich Männer, und zwar zusätzlich zu ihrem Stundendeputat an einem Knabengymnasium.¹⁵ Auch diese Entscheidung war insofern aus der Not geboren, da es noch keine wissenschaftlich ausgebildeten Lehrerinnen gab. Bei der Auswahl der anzustellenden Lehrkräfte wurde darauf geachtet, dass sie fachlich hoch qualifiziert waren, die Freiheit der Methode zu nutzen wussten und – vor allem – die Ziele der Gymnasialkurse teilten. Da jeder Fachlehrer gemäß ministerieller Vorgabe höchstens vier Stunden im Nebenamt unterrichten durfte, war deren Anzahl im Lehrerkollegium groß. Das erschwerte zwar die Unterrichtsplanung, ließ aber, nebenbei und gratis, viele Lehrer in den Genuss einer kontinuierlichen Fortbildung in innovativen Unterrichtsmethoden kommen, wodurch sie möglicherweise zu besseren Pädagogen wurden, bestimmt aber zu Multiplikatoren der Idee des Frauenstudiums.

¹¹ Helene Lange: Lebenserinnerungen. 1925, S. 209. Das Konzept des selbsttätigen, aber angeleiteten Arbeitens hatte sie bereits für die Realkurse entwickelt, den Vorläufern der Gymnasialkurse, die aber noch nicht zum Abitur führten.

¹² Ebenda, S. 206

¹³ Helene Lange: Unsere ersten Abiturientinnen. In: Kampfzeiten. Aufsätze und Reden aus vier Jahrzehnten. Bd. 1. Berlin: F. A. Herbig Verlagsbuchhandlung 1928, S. 169 – 176, Zitat S. 174

¹⁴ Helene Lange: Lebenserinnerungen. 1925, S. 209

¹⁵ Ebenda, S. 208

Ausbreitung der Gymnasialkurse

Helene Lange konnte nicht auf Vorbilder für die von ihr gegründeten Gymnasialkurse für Frauen zurückgreifen. Ihre Initiative aber wurde rasch zum Vorbild für ähnliche Angebote in anderen Städten. Die dort gesammelten Erfahrungen und die vorweisbaren Erfolge bereiteten die Einrichtung von gymnasialen Oberstufen, genannt Studienanstalten, ab 1909 als Teil des öffentlichen Schulwesens für Mädchen in Preußen wie in den meisten anderen Staaten Deutschlands vor:

((1 LZ))

- Zwischen 1893 und 1908 entstanden insgesamt dreißig Einrichtungen zur Abiturvorbereitung, davon achtzehn in Preußen.¹⁶ Über die Hälfte setzte den Abschluss der neunten oder zehnten Klasse einer höheren Mädchenschule voraus, bot drei- bis vierjährige Kurse an und entsprach damit dem Konzept der Berliner Gymnasialkurse von Helene Lange. Die anderen Einrichtungen zur Abiturvorbereitung begannen in der Regel mit der achten Klasse, umfassten mindestens sechsjährige Kurse und wurden bisweilen „Mädchengymnasien“ genannt, obwohl auch sie, von zwei Ausnahmen abgesehen, nicht in das reguläre Schulsystem integriert waren. Bis 1903 wurden in Preußen allerdings nur eine Abiturvorbereitung genehmigt, die den Abschluss einer höheren Mädchenschule voraussetzen, also erst mit der elften Klasse begannen, während mehrere Anträge zur Einrichtung von früher einsetzenden Kursen abgelehnt wurden.¹⁷ Absurderweise wurde gerade der Erfolg der Gymnasialkurse von Helene Lange als Argument dafür benutzt, keine Mädchengymnasien in Annäherung an die Knabengymnasien zu etablieren.
- Ab 1901 orientierten sich fast alle Abiturse am Lehrplan der Realgymnasien. In dieser Schulform, die neben dem humanistischen Gymnasium schon länger bestand, entfiel das Fach Griechisch zugunsten von mehr Unterricht in modernen Fremdsprachen und Naturwissenschaften. Nun war das an Realgymnasien abgelegte Abitur bildungspolitisch aufgewertet worden und berechnete nicht nur zum Studium einiger, sondern fast aller Fächer an den Universitäten. Neu eingerichtete Kurse nannten sich entsprechend „Realgymnasiale Kurse für Mädchen“ (so in Kassel), andere behielten die alten Namen bei (etwa die „Gymnasialkurse für Frauen zu Berlin“).

¹⁶ Siehe die Aufstellung bei Bernd Zymek und Gabriele Neghabian (Bearb.): Sozialgeschichte und Statistik des Mädchenschulwesens in den deutschen Staaten 1800 – 1945. Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte. Bd. II, 3. Teil. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005, S. 54 f.

¹⁷ Helene Lange: Mädchengymnasien. 1906, S. 720. Zu den Konflikten siehe James C. Albisetti: Mädchen- und Frauenbildung im 19. Jahrhundert. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt 2007, S. 237 – 239

- Die meisten Abitursekurse wurden von Frauen- und Elternvereinen gegründet und privat finanziert. Nur für einige wenige übernahm die kommunale Schulverwaltung die Trägerschaft. Daneben gab es diverse Formen von privat-öffentlichen Mischfinanzierungen.¹⁸ Nach 1909 wurden die Abitursekurse häufig als Kern einer aufzubauenden Studienanstalt in das öffentliche Schulwesen integriert.

((1 LZ))

Nachdem es 1896 der ersten Frau in Preußen gestattet worden war ein Abitur – und zwar als Externe – abzulegen, bereiteten sich weiterhin Einzelne auf die Reifeprüfung vor, ohne einen Abitursekurs für Frauen zu besuchen. Über die Anzahl der Abiturientinnen, die diesen Weg mit Erfolg wählten, ist wenig bekannt. Einer Studie von Johanna Bleker und Sabine Schleiermacher zufolge war es bei den frühen Ärztinnen die Mehrzahl, wenigstens vor 1908.¹⁹ Die Gründe: Das kompakte Programm der von der Frauenbewegung angebotenen Abitursekurse erlaubte einerseits kaum eine gleichzeitige Berufstätigkeit oder familiäre Verpflichtung, andererseits waren die Kosten sehr hoch: „Eine zeitgenössische Quelle beziffert die Kostendifferenz zwischen einer privaten Vorbereitung und dem Besuch eines Gymnasialkurses auf insgesamt 1000 Reichsmark.“²⁰ Diese Bedingungen schränkten den Besuch der Gymnasial- beziehungsweise Realgymnasialkurse auf eine kleine Gruppe von privilegierten Mädchen und Frauen ein.

Die Gymnasial- und Realgymnasialkurse hatten vor 1909 eine zusätzliche, bisher in der Forschung nicht beachtete Bedeutung für die Frauenbildung: In ihnen erhielten die ersten Gymnasiallehrerinnen ihre schulpraktische Ausbildung, heute genannt Referendariat, und häufig ihre erste Anstellung. (Siehe in Hilde Schramm, 2012, den Abschnitt „Die letzte Hürde: die schulpraktische Ausbildung“, S. 99–108)

¹⁸ Bernd Zymek und Gabriele Neghabian (Berab.): Sozialgeschichte und Statistik des Mädchenschulwesens in den deutschen Staaten 1800 – 1945. 2005, Tabelle S. 54 f.

¹⁹ Johanna Bleker und Sabine Schleiermacher: Ärztinnen aus dem Kaiserreich. Lebensläufe einer Generation. Weinheim: Deutscher Studien Verlag 2000, S. 64

²⁰ Ebenda

Zweiter Exkurs

Gesuch von Abiturientinnen von 1902 auf Immatrikulation an preußischen Universitäten

Ende des Wintersemesters 1901/1902, mit Datum 3. Februar 1902, richteten zweiundvierzig Abiturientinnen aus sechs preußischen Universitäten ein „Gesuch“ an den Kultusminister Heinrich Konrad Studt in Berlin. Zu den Unterzeichnerinnen gehörte Dora Bieber, die damals an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin im zweiten Semester Altphilologie und Geschichte studierte. Anlass der Eingabe war, dass es Frauen in Preußen immer noch verwehrt war, sich an den Universitäten zu immatrikulieren. Sie wurden nicht als reguläre Studentinnen, sondern nur als „Hörerinnen“, gemeint war Gasthörerinnen, zugelassen.²¹ (Siehe den Abschnitt „An der Berliner Universität“. In: Hilde Schramm, 2012, S. 77 - 90)

Bildungsgeschichtliche Einordnung der Eingabe

Die Universitäten in Preußen waren um 1900 – wie in fast allen deutschen Staaten – bereit, dem individuellen Bildungswunsch von Frauen ohne Abitur, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllten, entgegenzukommen und sie als „Hörerinnen“ zu dulden. Auch sahen sie sich in der Pflicht, den staatlichen Fortbildungsbedarf von seminaristisch ausgebildeten Lehrerinnen, die sich zu „Oberlehrerinnen“ weiterqualifizieren wollten, zu erfüllen. Die preußischen Universitäten waren aber nicht bereit, sich auf die Situation einzustellen, dass Frauen seit kurzem Abitur machen durften, wenn auch nur mit Ausnahmegenehmigung, und mit den männlichen Studierenden jetzt gleichgestellt sein wollten.²² Die Universitäten dehnten stattdessen den minderen Status der „Hölerin“ einfach auf die neue Gruppe der Abiturientinnen aus. Diese fürchteten nun, unter den „Hörerinnen“ ohne Abitur, deren Anzahl insbesondere in Berlin wegen der Attraktivität der Stadt und der Universität ständig zunahm, unterzugehen. Vor allem aber sahen sie in der faktischen Abwertung ihres Abiturs eine grundsätzliche Gefahr für die Entwicklung des Frauenstudiums.

²¹ Gesuch auf Immatrikulation von studierenden Abiturientinnen an den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Herrn Dr. Studt, Berlin, den 3. Februar 1902. Siehe: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Sign. I. HA Rep. 76, Kultusminister Va Sekt. 1, Tit. VIII, Nr. 8, Bd. 9, Wortlaut: Blatt 127 – 128, Unterschriften: Blatt: 129 – 135

²² James C. Albisetti: Mädchen- und Frauenbildung im 19. Jahrhundert. 2007, S. 267 – 275

Mit der Eingabe machte die kleine Gruppe der Frauen, die mit großem Kraftaufwand und mit Sondergenehmigung das Abitur geschafft hatten, Politik in eigener Sache. Dass im Wintersemester 1901/1902 „von 611 an der Berliner Universität hörenden Frauen nur einunddreißig Abiturientinnen“ waren, kommentierten sie in ihrer Petition folgendermaßen: „... abgesehen von den Abiturientinnen und abgesehen von den Oberlehrerinnen und denjenigen Lehrerinnen, die sich zur Oberlehrerinnenprüfung vorbereiten, drängt sich eine unverhältnismäßig große Zahl von Frauen ohne genügende Vorbildung zur Universität.“

Wenn in der Literatur überhaupt auf das Gesuch eingegangen wird, dann unter dem Aspekt, dass hier deutsche Abiturientinnen Privilegien auf Kosten der anderen studierenden „Hörerinnen“ einforderten. So stellt Anja Burchardt in ihrer Untersuchung zu den deutschen und russischen Medizinstudentinnen in Berlin vor 1918 das Gesuch in den Kontext der damaligen Ausländerfeindlichkeit, die sich speziell gegen die Russinnen – unter ihnen viele Jüdinnen – an der Universität richtete.²³ Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch an den Universitäten bestanden erhebliche Vorbehalte gegen die Medizinstudentinnen aus Russland, die sich vor allem an ihrer relativ großen Anzahl – im Wintersemester 1901/1902 waren in Berlin zwölf deutsche und dreißig russische Frauen als „Hörerinnen“ im Bereich Medizin eingeschrieben – und an ihrer häufig schlechten Vorbildung festmachten.²⁴ An der Diffamierung beteiligten sich Teile der deutschen Frauenbewegung und Studentinnen mit Abitur, so die Medizinstudentinnen aus Halle.

Vereinzelt aber gab es andere Stimmen. In der Zeitschrift *Ethische Kultur* wurde einem „Alarmruf“ von Helene Lange, der damals wohl einflussreichsten Frauenrechtlerin in Deutschland, „gegen die von Ausländerinnen dem Frauenstudium drohenden Gefahr“²⁵ entschieden widersprochen. Mängel der Vorbildung werden in dem nicht namentlich gezeichneten Beitrag nicht bestritten, verwiesen wird aber auf den „ungeheuren Eifer, von dem fast alle jungen Mädchen beseelt sind, denen es unter gewaltigen Schwierigkeiten geglückt ist, sich den engen heimatlichen Verhältnissen zu entziehen. Es herrscht dort eine fast krankhafte Lernbegier und eine Willensenergie, vor der unsere Studenten vielfach

²³ Anja Burchardt: *Blaustrumpf – Modestudentin – Anarchistin? Deutsche und russische Medizinstudentinnen in Berlin 1896 – 1918*. Stuttgart/Weimar: Verlag J. B. Metzler 1997

²⁴ Ebenda, siehe die Kapitel „Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus an der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität“ und „Das Verhältnis zwischen russischen und deutschen Studentinnen (1870 – 1914)“, S. 73 – 92; die Zahlen befinden sich auf S. 274

²⁵ *Ethische Kultur*, 10. Jg., 1902, Heft 9, S. 70. Unter der Rubrik „Streiflichter“ steht: „Einen Alarmruf gegen die von Ausländerinnen dem Frauenstudium drohenden Gefahr lässt Helene Lange in der Monatsschrift *Die Frau* ertönen. Sie schreibt ...“ Es folgt der Abdruck der Stellungnahme von Helene Lange aus der Monatsschrift, sodann eine Erwiderung, die namentlich nicht gezeichnet ist und der Redaktion der *Ethischen Kultur* zugeordnet werden kann.

beschämt dastehen müssten.“ Als Abhilfe bei vorliegenden Ausbildungsdefiziten werden Vorkurse vorgeschlagen, in denen Ausländerinnen „das Fehlende nachholen könnten“.

Ob Dora Bieber an der Konzeption der Eingabe mitgewirkt hat oder die Petition nur unterschrieb, ist ungewiss. Sie wird aber über ihre Tante Hanna Bieber-Böhm, einer weiteren Wortführerin der frühen bürgerlichen Frauenbewegung, und über ihren Onkel Dr. jur. Richard Bieber die Diskussion gekannt haben, die sich in der Zeitschrift *Ethische Kultur* niederschlug. Beide Personen spielten in der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, deren Organ die genannte Zeitschrift war, eine tragende Rolle. (Die Bedeutung der *Ethischen Kultur* im Leben von Dora Lux, geborene Bieber, ist Gegenstand verschiedener Kapitel in Hilde Schramm, 2012.)

Wie weit es damals auch Vorbehalte gegen die zahlreichen „Hörerinnen“ aus anderen Ländern gab, wäre interessant zu wissen. Ein großer Teil stammte aus westlichen Ländern, in denen das Frauenstudium schon länger und weit besser etabliert war als in Deutschland. Unter ihnen waren qualifizierte Frauen aus den USA, oft mit College-Abschluss. Für sie waren die deutschen Universitäten attraktiv, weil sie nicht verschult waren und Studierende in die Forschung einbezogen.

Entgegen der Bewertung von Anja Burchardt halte ich die Forderung der weiblichen Abiturienten beim damaligen Stand der Frauenbildung für berechtigt. Für die studierenden Frauen ohne Abitur und für Ausländerinnen, sofern sie ungenügend vorgebildet waren, mussten in der Tat andere Lösungen gefunden werden. Das Gesuch selbst enthält sich jeder direkten Kritik an russischen oder anderen ausländischen Studentinnen. Sie werden nirgends erwähnt, allerdings werden ihre Interessen auch nicht mitvertreten. In der Petition ist zudem das Bemühen deutlich, das Ansehen der Lehrerinnen ohne Abitur nicht zu beschädigen. Zwar ist nirgends die Rede davon, dass sie den Abiturientinnen gleichgestellt werden sollen, aber aus der „großen Zahl von Frauen ohne genügende Vorbildung“ werden sie zumindest ausgenommen.

Ablehnung der Eingabe durch die der Berliner Universität

Der Kultusminister hatte das Gesuch der Abiturientinnen vom 3. Februar 1902 bereits am 22. Februar an alle Universitäten in Preußen geschickt, verbunden mit der Aufforderung „zur Äußerung“, und zwar „nach Anhörung von Rektor und Senat und den beteiligten

Fakultäten“.²⁶ Er verlangte also die umgehende Beschäftigung aller Universitätsgremien mit der Petition der zweiundvierzig Frauen.

Speziell gehe ich hier auf die Widerstände innerhalb der Berliner Universität ein. So legte das „Königliche Universitäts-Kuratorium“ in Berlin am 19. Juni 1902 dem Kultusminister Heinrich Konrad Studt die angeforderte „Äußerung“ vor, beigefügt war ein ausführliches Protokoll der Senatssitzung der Universität vom 28. Mai 1902 sowie die Stellungnahmen der damals bestehenden vier Fakultäten.²⁷ Von allen anderen Universitäten in Preußen gingen ähnlich umfangreiche Schriftsätze ein. Einzig die Philosophische Fakultät in Berlin, die damals sowohl Geistes- wie Naturwissenschaften umfasste, stellte sich hinter die Frauen: „Die Fakultät findet die darin vorgelegten Gründe überzeugend und glaubt, insoweit die sämtlichen in ihrem Kreise vertretenen Vorlesungen in Frage kommen, die Zulassung der mit dem Reifezeugnis eines Gymnasiums oder Realgymnasiums versehenen Frauen zur Immatrikulation als berechtigt und wünschenswert empfehlen zu müssen. Der Dekan, gez. Stumpf.“

Die Theologische Fakultät wiederum stimmte zwar mehrheitlich dafür, aber mit erheblichen Vorbehalten und einem Minderheitenvotum, das länger als die befürwortende Begründung ausfiel. Die Minderheit spricht sich für die „Einrichtung einer Frauenuniversität“ aus. „Sie wünscht die Trennung der beiden Geschlechter nicht nur im Interesse der Rücksichtnahme auf die studierenden Frauen, sondern ebenso im Interesse der unbeeinträchtigt freien Bewegung unserer Studenten.“ Hier wird in einem gemeinsamen Studium von Männern und Frauen ein Verstoß gegen Moral und Schicklichkeit gesehen. Der unterzeichnende Dekan, Graf Baudissin, gehörte, wie in der Stellungnahme nachzulesen ist, zur ablehnenden Minderheit.

Die Juristische Fakultät votierte dagegen, ohne Pro und Contra abzuwägen. Sie argumentierte mit der fehlenden Berufsmöglichkeit für Frauen und mit der für ein Jurastudium unzureichenden intellektuellen Disziplin: Der Dozent hat, so heißt es, „in erster Linie darauf zu sehen, dass seine Zuhörer durch seinen Vortrag auf ihren Beruf vorbereitet werden“ – was nur auf die männlichen Studierenden zutraf, weil Frauen zu den staatlichen juristischen Abschlussprüfungen und damit zu den zentralen Tätigkeitsfeldern von Juristen nicht zugelassen waren. Trägt der Dozent aber „diesem Gesichtspunkte in seinen Vorträgen Rechnung, so stößt er dadurch leicht bei seinen Zuhörerinnen an, welche geneigt sind, nur die interessanten Teile des Lehrstoffes herauszugreifen und sich nach den gemachten Erfahrungen keineswegs eines systematischen, gründlichen Studiums befleißigen“. Auf welche Erfahrungen die Professoren der Jurisprudenz sich dabei beriefen, bleibt dahingestellt,

²⁶ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, a. a. O., Bd. 9, Blatt 136

²⁷ Ebenda, Bd. 10, Blatt 89 – 97

denn in Berlin studierte meines Wissens damals keine einzige Abiturientin Jura. Es gab zwar bereits einige Juristinnen in Deutschland, aber sie hatten in Zürich studiert und wurden in Deutschland weder als Anwältinnen noch als Richterinnen zugelassen. Das gilt auch für die bekannte Frauenrechtlerin Anita Augspurg, die als erste deutsche Juristin 1897 in der Schweiz promoviert hatte. Die Ablehnung der Eingabe wird von der Juristischen Fakultät der Berliner Universität zusätzlich damit begründet, dass Frauen durch die Immatrikulation auch dem akademischen Disziplinarrecht unterstellt würden. Der Senat der Universität aber solle „mit der Disziplin über Frauen nichts zu tun haben“.

Die Medizinische Fakultät ist offensichtlich so entschieden gegen die Immatrikulation von Frauen, dass sie es erst gar nicht für notwendig hält, ihre Ablehnung zu begründen. Sie beruft sich nur ganz pauschal auf die „bisher gemachten Erfahrungen, die noch nicht ausreichend erscheinen, um eine solche weitreichende Änderung der bestehenden Bestimmungen zu rechtfertigen“.

Der Akademische Senat der Berliner Universität machte aus den vier inhaltlich weit auseinanderliegenden Stellungnahmen eine klare Absage: Er stimmte mit elf zu eins gegen die Immatrikulation von Frauen. Das einzige befürwortende Votum wird der Dekan der Philosophischen Fakultät, der Psychologieprofessor Carl Stumpf, abgegeben haben. Der Dekan der Theologischen Fakultät, Graf Baudissin, muss, wie aus dem Stimmenverhältnis zu erschließen ist, dagegen gestimmt haben. Er setzte sich damit über das Mehrheitsvotum seiner Fakultät hinweg.

Die beschriebene Reaktion auf das Gesuch der Abiturientinnen stützt die These, dass in Preußen der Widerstand gegen das Frauenstudium weniger aus der Ministerialbürokratie als aus den Universitäten kam – und hier wiederum speziell aus der Berliner Universität, die damals in Deutschland die höchste wissenschaftliche Reputation genoss. Er zeigt aber auch, dass der Kultusminister Preußens sich nicht gegen die Berliner Universität durchsetzen wollte oder konnte, zumal das Frauenstudium im Gegensatz zu Baden und Bayern keine Befürworter im Königshaus hatte, nachdem „Kaiserin Friedrich“, die aus England stammende Witwe von Friedrich III. (dem „99-Tage-Kaiser“) und Unterstützerin der Frauenemanzipation, ihren Einfluss verloren hatte. In Baden wurde ab dem Sommersemester 1900 das Frauenstudium gegen die Stellungnahmen fast aller Fakultäten auf Betreiben des Großherzogs Friedrich I. eingeführt, und in Bayern setzte sich drei Jahre später, zum Wintersemester 1903/1904, die Ministerialbürokratie mit Rückendeckung des Prinzregenten Luitpold über das Votum der gewichtigen Universität München hinweg (die kleineren Universitäten Würzburg und Erlangen hatten zugestimmt). In beiden Staaten standen Regentschaft und Bürokratie dem

Frauenstudium offener gegenüber als die Universitätsprofessoren in ihrer überwiegenden Anzahl.

Im Berliner Senat fehlte es bei Erörterung der Petition, wie aus dem Sitzungsprotokoll zu ersehen ist, nicht an vernünftigen Argumenten: „In der Diskussion wurde zugunsten der Frauen geltend gemacht, dass die Forderung der Immatrikulation berechtigt sei, seitdem die Regierung die Frauen zur Ablegung der Maturitätsprüfung zugelassen habe, da diese Prüfung doch gerade den Zweck habe, die Reife für das Universitätsstudium nachzuweisen.“ Und weiter heiß es: „Die stets erforderlichen Bitten um Zulassung und die Möglichkeit der Abweisung seien ein großes Hemmnis für ein regelrechtes Studium, für diese Frauen auch unwürdig.“ (Hierzu sei angemerkt: Alle „Hörerinnen“ mussten jeweils eine schriftliche Einwilligung des Professors für jede Veranstaltung, die sie besuchen wollten, einholen.) Im nächsten Satz werden die Abiturientinnen dann allerdings gegen die anderen „Hörerinnen“ ausgespielt: „Die Immatrikulation würde diese Frauen von der großen Masse ungenügend vorgebildeter Frauen scheiden; es würde auch leichter werden, letztere Elemente fernzuhalten.“

Von besonderer Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen zeugt die Argumentation der Berliner Juristischen Fakultät: „Da die Frauen bisher zu keinem Beruf zugelassen sind, welcher ihnen durch die Absolvierung des Universitätsstudiums eröffnet werden könnte, so ist ihre Immatrikulation zwecklos.“ Das stimmt, sie konnten, wie bereits erwähnt, damals weder Anwältinnen noch Richterinnen werden noch andere Stellen im Staatsdienst einnehmen.²⁸ Aber was besagt das für die Zukunft?

Genau ein solches, jeden Fortschritt verhinderndes Sicherheitsdenken lag den Frauen, die für ihre Gleichberechtigung in der Universität und in der Gesellschaft kämpften, fern. So gab Dora Bieber bereits in ihrem ersten Semester – zu einer Zeit, in der in Berlin nur drei Frauen Altphilologie studierten²⁹ und sich eine Zulassung von Frauen zur Staatsprüfung für das Höhere Lehramt noch nirgends in Deutschland abzeichnete – unter „Zweck der Vorlesungsbefugnis“ zielsicher und optimistisch an: „Vorbereitung zum Staatsexamen“.³⁰

²⁸ Auch nachdem sich Frauen in Preußen ab dem Wintersemester 1908/1909 immatrikulieren konnten, war für sie als Abschluss eines Jurastudiums nur die Promotion möglich. Es dauerte noch lange, bis im preußischen Staat Frauen als Anwältinnen, Richterinnen und Staatsanwältinnen zugelassen wurden. Erst 1912 konnte Maria Munk das Erste Juristische Staatsexamen ablegen, 1924 das Zweite Juristische Staatsexamen. Im selben Jahr wurde sie Anwältin, 1929 die erste Richterin in Deutschland. Siehe Claudia Huerkamp: *Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900 – 1945*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1996, insb. S. 109 – 113

²⁹ Die beiden anderen Altphilologinnen waren Johanna Hutzelmann und Christiane von Wedel.

³⁰ Verzeichniß der im Sommer Semester 1901 bei der Universität Berlin zugelassenen Hörerinnen: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Sign. I. HA Rep. Kultusministerium Va Sekt. 1 Tit. VIII, Nr. 8 a d h 1, Bd. 2. Dort findet sich Dora Bieber unter Nr. 24.

Dritter Exkurs

Aus den Memoiren des Dr. Heinrich Lux – der Zeitraum 1863 bis 1909 ((Anm. unten auf den Seiten lassen, nicht nach hinten))

((Den Absatz, eine vorgeschaltete Information, optisch absetzen ebenso die Einschübe S. 22/ 23 u. S. 32))

Heinrich Lux war Sozialist, Publizist, Experte für Lichttechnik, Patentanwalt. Seine unveröffentlichten Memoiren im Umfang von einundneunzig Schreibmaschinenseiten reichen von seiner Kindheit bis kurz vor seinen Tod am 6. August 1944. Dr. Lux schrieb sie 1943/1944 unter Verwendung früherer Aufzeichnungen in Berlin. Die folgenden Ausschnitte berichten über sein Leben bis zu dem Zeitpunkt, als Dora Bieber seine Partnerin wurde. Mitteilungen über die folgenden Jahre, 1909 bis 1944, sind in der Biografie über seine Frau, Dr. Dora Lux, eingeflossen. Der Text von Heinrich Lux wurde gekürzt und mit einigen Erläuterungen versehen, darüber hinaus aber nicht redigiert.³¹ ((Ende))

Aus dem Kapitel „Jugend“³²

Geboren wurde ich am 31. August 1863 in Friedrichsgrube bei Tarnowitz O/Schls. [Oberschlesien] als Sohn des Geometers Heinrich Lux aus Frankenstein, Kr. Schweidnitz, der später noch die Markscheiderprüfung ablegte, als er in der Gräfllich Hugo Henckelsche Verwaltung eintrat. Wir verlegten dann unseren Wohnort nach Tarnowitz. Mein Vater legte besonderen Wert darauf, meine Erziehung persönlich zu leiten. Durch gute Beziehungen hatte er sich die Erlaubnis erwirkt, mir den Elementarunterricht zu erteilen. Lesen und Schreiben konnte ich bereits im fünften Lebensjahr. Da er ein großer Naturfreund war, lernte ich von ihm auch schon sehr frühzeitig Pflanzen und Tiere kennen, wozu Spaziergänge durch die ausgedehnten Waldungen in der Nähe von Tarnowitz die beste Gelegenheit boten. Dieses Glück ging leider nur allzu rasch vorüber. Im Juli 1870, gerade als die Einberufung meines Vaters als Landwehroffizier einging, starb er an den Folgen einer traumatischen Blinddarmentzündung, die unser Hausarzt nicht zu bewältigen vermocht hatte, im Alter von 35 Jahren. Meine Mutter blieb mit fünf unversorgten Kindern zurück; außer mir waren noch 4 Schwestern im Alter von 9 Monaten bis zu 6 Jahren da, für die sie mit einer Jahrespension von 120 Talern zu sorgen hatte. Die Ersparnisse meines Vaters waren naturgemäß sehr gering,

³¹ Heinrich Lux: Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin 1944. Im Folgenden: Heinrich Lux: Memoiren

³² Heinrich Lux: Memoiren, S. 1 – 10

da er von dem an sich guten Gehalt in der kurzen Zeit nur wenig hatte zurücklegen können. Wie meine Mutter es fertig brachte, uns nicht nur zu erhalten, sondern uns auch noch eine gute Erziehung zuteil werden zu lassen, ist mir heute noch ein ungelöstes Rätsel. Sie nähte für fremde Leute, sie nahm Pensionäre ins Haus und scheute keine Arbeit. Die Bekleidung für fünf Kinder schuf sie in der Nacht auf ihrer Singer-Nähmaschine – damals ein Wunder der Technik –, die mein Vater noch in seinem letzten Jahr angeschafft hatte. Ich selbst zehrte noch bis zum 19ten Jahr von der hinterlassenen Garderobe meines Vaters, die meine Mutter mir anpasste. Sie war freilich nicht sehr elegant. Ich erinnere mich noch des Gala-Anzuges, den meine Mutter zu meinem Abiturientenexamen aus dem Frackanzug meines Vaters zurechtgeschneidert hatte. Der Frack saß einigermaßen, aber die Hose hatte ihre Bügelfalte an den Nähten und nicht in der Mitte. Verwöhnt waren wir also nicht, und das Publikum der kleinen Stadt von damals etwa 8000 Einwohnern war nicht anspruchsvoll.

Das Realgymnasium meiner Vaterstadt besuchte ich von der Septima [der siebten Klasse] bis zur Oberprima [der dreizehnten Klasse] als Freischüler; für die Bücher und Hefte sorgte unser generöser Vormund, der Bergrat Aschenborn, ein Kollege und Freund meines Vaters. Dieser wunderbare Mensch betreute mich wie sein eigenes Kind. In den Schulferien nahm er mich in seinem Wagen auf seinen Inspektionsfahrten regelmäßig mit. Ich bestieg dabei die steilen Außenleitern der Fördertürme mit besonderer Lust, und ich fuhr nicht nur auf der Förderschale in die Schächte ein, sondern stieg auch auf den „Fahrten“ (Leitern) in die Erz- und Kohlenschächte ein. Die dabei gewonnenen Erfahrungen nutzte ich dann, um alte aufgelassene Schächte in der Umgebung auf eigene Faust zu befahren, in den langen Abwasserstollen lediglich mit einer Badehose bekleidet und einer Grubenlampe versehen tief einzudringen und dabei noch Krebse zu fangen. Auf manchen dieser wagehalsigen Fahrten begleitete mich mein ältester Freund Ernst Kühnemann, der Sohn eines Fabrikbesitzers in Friedrichshütte, der ältesten Blei- und Silberhütte Schlesiens. Meine Mutter erfuhr natürlich nichts von diesen „Spaziergängen“. Sie wäre vor Angst gestorben, wenn sie darum gewusst hätte.

Das Leben in Tarnowitz war nicht ohne Reiz. Tarnowitz ist eine alte Bergstadt, die Anfang des XVI. Jahrhunderts gegründet worden war. Der Bergbau erstreckte sich auf Eisenerz, das meist im Tagbau gewonnen wurde, auf silberhaltiges Bleierz, auf Galmei (Zinkerz) und Steinkohle.

Etwa eine halbe Stunde von Tarnowitz entfernt liegt das Dörfchen Naklau, der Stammsitz der Grafen Hugo Henckel von Donnersmarck. Außer dem Chausseewege führte auch ein einsamer Waldweg nach Naklau, den ich sehr liebte, denn man begegnete auf diesem Wege

kaum einem Menschen, dafür aber war der Wald im Frühling von zahlreichen Vogelstimmen belebt. Schon mein Vater hatte mich auf unseren gemeinsamen Spaziergängen darauf aufmerksam gemacht; mein ganzes Streben richtete sich damals darauf, die einzelnen Stimmen unterscheiden und bestimmen zu können. Schließlich konnte ich mit Sicherheit Finken, Zeisige und verschiedene Meisenarten aus ihrem Quirilieren erkennen. Ich kannte die Standorte von mehreren Entenarten und konnte auch feststellen, wo Trappen und andere Sumpfvögel zu finden waren. Diese genussreichen Exkursionen ließen natürlich wenig Zeit für die Schularbeiten übrig, sodass ich ein sehr schlechter Schüler in Latein und Französisch wurde. Dafür excellierte ich in Natur- und Heimatkunde, zumal ich meine Ausflüge bald bis an die russisch-polnische Grenze bis nach Neudeck ausdehnte, dem Sitze des später gefürsteten Grafen Guido Henckel von Donnersmarck, gelegentlich sogar bis Radzionkau.

Da die einsamen Exkursionen in Gegenden rein polnischen Charakters nicht ganz ungefährlich waren, hielt ich es für unbedingt geboten, mich entsprechend zu bewaffnen und trug daher immer ein geladenes Doppelterzerol bei mir. War ich dann draußen im einsamen Wald, so übte ich mich natürlich auch im Schießen, und brachte es darin zu großer Sicherheit. Das Doppelterzerol stammt noch von meinem Vater. Ich war auf nicht ganz ehrliche Weise dazu gekommen.

Mit der Versetzung nach Obertertia [der neunten Klasse] hörten die einsamen Wanderungen vollständig auf, denn die einander näherstehenden Klassengenossen hatten die Gründung einer Schülerverbindung beschlossen, als wir erfuhren, dass in der Sekunda und Prima bereits ein farbentragendes „Corps“ bestand. In den achtziger Jahren blühten die Schülerverbindungen trotz aller Verfolgungen durch die Schulbehörden. Einzelne Verbindungen in verschiedenen Städten hatten sogar Kartelle untereinander. So standen die Tarnowitzer Borussen in Kartell mit den Gleiwitzer Allemannen und feierten jedes Jahr einen gemeinsamen Kommers [eine besonders förmliche und feierliche Veranstaltung mit Gesang und Festreden] in einem Nachbarorte, der vor Überfällen durch die „Pauker“ sicher war. Unsere Borussia war natürlich auch unserem Dires Wossidlo verpfiffen worden. Wossidlo, ein verständiger und wohlwollender Schulmann, begnügte sich jedoch mit einer „Voruntersuchung“ und einer persönlichen Warnung, ohne weitere Konsequenzen zu ziehen. Ein besonders nettes Verhältnis hatte ich zu einem erheblich jüngeren Mitschüler, dem Sohne des Generalbevollmächtigten des Grafen Hugo Henckel von Donnersmarck, des Bergrats Ficus, der Vorgesetzter meines Vaters gewesen war und nach dessen Tode meine Mutter mit Rat und Tat unterstützte. Ich persönlich war wöchentlich einmal Mittagsgast bei der Familie und hatte die Aufgabe, mich um das einzige Kind Paul erzieherisch zu kümmern. Die

Familie bewohnte eine Villa mit großem Park, in dem ein Teil mit Turn- und Sportgeräten aller Art ausgestattet war. Unser Hauptinteresse wandte sich dem ganz neuen Hochrade, damals noch Veloziped genannt, zu, mit dem wir eifrig übten. Außerdem erschien jedes neu auftretende Sportgerät sofort im Besitze von Paul Ficinus: Pfeil und Bogen, Gere, Fußbälle – damals noch aufregende Neuerscheinungen, und Paul und ich waren bald durchtrainierte Sportler. Das plötzliche Ableben von Bergrat Ficinus machte dieser Betätigung ein jähes Ende, als ich der Untersekunda [der zehnten Klasse], Paul in der Obertertia saß.

Die Bestattung des Bergrats Ficinus hat auf mich einen unauslöschlichen Eindruck gemacht. Kurz vor seinem Ende hatte er noch testiert, dass er in dem einsamen Walde bestattet werden wolle, den ich oft in meiner Jugend allein besucht hatte. Viele hundert Trauergäste folgten dem Sarg zu Fuß auf dem stundenlange Wege. Weder Musik noch eine Gedächtnisrede störten den gewaltigen Eindruck des Trauerzugs. Mit dem Tode des Bergrats endete auch die Freundschaft zwischen Paul und mir, da die Witwe des Verstorbenen nach Dresden verzog und Paul Ficinus in jungen Jahren als Unterleutnant verstarb.

Wie in allen Grenzländern die Bevölkerung im Allgemeinen zweisprachig ist, so auch in Oberschlesien rechts der Oder. Die Bauern, Berg- und Fabrikarbeiter sowie das Gesinde sprechen ein relativ wortarmes und veraltetes Polnisch, die Beamten und anderen Gebildeten Deutsch. Die Kaufleute und Händler beherrschen meist beide Sprachen, je nach der Abstammung wird die eine oder andere Sprache bevorzugt. Bis zu meinem siebenten Jahr verstand ich beide Sprachen, Polnisch radebrechte ich allerdings nur. In der Schule durften wir nur noch Deutsch sprechen. Wer beim Polnisch-Sprechen attrappiert [erwischt] wurde, erhielt eine Strafe, die in der Volksschule in ein paar Stockschlägen oder Ohrfeigen, im Realgymnasium in einer Stunde Nachsitzen bestand. Von der Quinta ab hörte die Zweisprachigkeit vollständig auf, und wir sprachen nur noch Deutsch. Bis auf ein paar Brocken habe ich deshalb auch das Polnische leider vollständig vergessen. Meine Schwester Walli (Valeska), die durch ihre Heirat in fast rein polnisches Gebiet verschlagen wurde, spricht beide Sprachen gleich geläufig. In Weichsel, wo sie auf eigenem Grund und Boden lebt, wird heute [1943/1944] offiziell nur Deutsch gesprochen. Die polnische Bevölkerung ist nach der Besetzung durch die Deutschen zum größten Teil enteignet worden und wird als Menschenkategorie zweiter Klasse behandelt. Sie darf auf der Eisenbahn nur die dritte Klasse benutzen, darf keinen selbstständigen Gewerbebetrieb unterhalten, keine gehobenen Stellungen bekleiden und ist gezwungen, bei Amtshandlungen lediglich Deutsch zu sprechen. Es speichert sich deshalb in diesem Teil der eingesessenen Bevölkerung ein ausgesprochener Deutschenhass auf, der einmal zur Katastrophe werden kann. Davon war damals noch nicht

zu spüren; trotz allem herrschte zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung im Allgemeinen Verträglichkeit. Erst mit dem Ende des Ersten Weltkriegs hörte diese Toleranz auf. Der aggressive Teil war hier allerdings das polnische Element in der Bevölkerung. In der Gegenwart haben sich dann die Verhältnisse durchaus umgekehrt.

Eine große Rolle spielte in den achtziger Jahren die persönliche Einstellung zur Religion. Die Mehrzahl der Einwohner von Tarnowitz war streng katholisch; der damals aufgekommenen deutsch-katholischen Bewegung [³³] hatten sich nur wenig katholische Bürger angeschlossen. Da unser Religionslehrer, der Kaplan Blümel, ein strenggläubiger Katholik, durch seinen Fanatismus die Kritik am katholischen Glauben geradezu herausforderte, hatte ich mich persönlich der deutsch-katholischen Bewegung angeschlossen, schon um dem Zwang, regelmäßig zu beichten, entgehen zu können. Ich fingierte zwar meiner Mutter gegenüber die regelmäßige Ohrenbeichte und kommunizierte ohne vorhergegangene Beichte, was in den Augen der Gläubiger eine unsühnbare Todsünde war, trat aber später, als ich volljährig war, durch Erklärung vor dem Amtsgericht aus der katholischen Kirche aus.

Eines der wichtigsten Ereignisse in unserem Kleinstadtleben war die Tanzstunde. Für die Untersekundaner gehörte es zum guten Ton, daran teilzunehmen. Nach dem Usus in deutschen Kleinstädten waren die Herren des ersten Tanzstundenkursus Ehrengäste in dem nächstjährigen Kurs. Die Ehrendame in diesem zweiten Kurs hieß Selma Kessler; sie begeisterte mich so, dass ich in einem französischen Aufsätze. „*Le genie allemand*“, die These aufstellte, dass zur Hebung des deutschen Geistes eine Durchsetzung mit jüdischen Elementen unbedingtes Erfordernis sei, eine Bemerkung, die unser französischer Oberlehrer wohlwollend als selbstständigen Gedanken kennzeichnete.

Mit dem Abiturientenexamen war das Ziel des Aufenthaltes in Tarnowitz erreicht, und wir zogen nach Breslau, um mir das Studium und meinen Schwestern Clementine und Else die Ausbildung als Lehrerin bzw. Turnlehrerin, Josefine und Walli als Kindergärtnerinnen zu ermöglichen. Unser Umzug war ein richtiger Zigeunerzug; wir hatten einen ganzen Güterwagen für unsere Möbel gemietet und dessen Mitte mit Steinkohle aufgefüllt, die wir zum letzten Male in Tarnowitz unentgeltlich beziehen durften.

Ich hatte ursprünglich die Absicht, hauptsächlich Chemie zu studieren. Da das Honorar für die chemischen Collegien aber nicht gestundet wurde, belegte ich kurzer Hand nur Physik und Mathematik und kam damit sofort in persönlichen Kontakt mit Oskar Emil Meyer und Leonhard Weber, die mir von Anfang an ihre Sympathien entgegenbrachten und mich nach

³³ Die deutsch-katholische Bewegung entstand im Vorfeld der bürgerlichen Revolution von 1848/1849. Sie verband die Forderung „Los von Rom“ mit einer sozialen Orientierung des Christentums und einer innerkirchlichen Demokratisierung. Sie war in Breslau entstanden und behielt ihr Zentrum in Schlesien.

Möglichkeit förderten, wofür ich ihnen noch heute dankbar bin. Die Anteilnahme an meiner persönlichen Entwicklung ging bei Prof. Meyer sogar so weit, dass er mich nach meiner Verhaftung im Breslauer Sozialistenprozess im Untersuchungsgefängnis besuchte und im Verhandlungstermin persönlich für mich eintrat. Das Leumundzeugnis von Prof. Meyer hatte allerdings nur die Wirkung, dass der Blutrichter Freytag meine Intelligenz als Grund zur Strafverschärfung bezeichnete.

Aus dem Kapitel „Breslau“³⁴

Um das Jahr 1884 verkehrte ich als Student der Mathematik viel mit Breslauer bekannten Sozialdemokraten. Es war die Zeit der großen Probleme in Wissenschaft, Kunst und Gesellschaftsleben. In der Universität, dem ehemaligen Jesuiten-Colleg an der Oder, kämpften sie einen lautlosen, aber erbitterten Kampf mit den alten Traditionen. Kam man aus dem geistvollen und formschönen Colleg Ferdinand Cohns und stand noch ganz im Banne Darwinscher Gedankengänge, so schlugen einem sofort die Schwaden mittelalterlicher Scholastik entgegen, wenn man dann das Pflichtcolleg Theodor Webers, des altkatholischen Bischofs, über Psychologie über sich ergehen lassen musste. Heyse und Dostojewski, Dahn und Ibsen, Julius Wolff und Zola kennzeichneten die Pole der literarischen Interessen von Vätern und Söhnen. Der nach den Gründerjahren sich zu üppiger Blüte entfaltende industrielle Kapitalismus, der dem ehrsamem Handwerk so mitleidslos den Garaus machte, schuf eine Atmosphäre der Spannung zwischen Unternehmern und Industrieproletariat von heute ganz unverständlicher Schärfe.

In dem sich mächtig reckenden alten Breslau, das einen fast jahrhundertelangen Dornröschenschlaf hinter sich hatte, wurde das Neue und Ungewohnte immer noch einige Grade feinseliger aufgenommen als in dem regeren Westen. Immerhin durfte man doch auch in guter Gesellschaft über die neue Kunst wenigstens sprechen, ohne gleich als Verlorener angesehen zu werden.

Worüber man keinesfalls mit persönlicher Anteilnahme sprechen durfte, das waren die Probleme des Sozialismus. In der Heimatstadt Lassalles war der Sozialismus verfemt, und selbst in den Kreisen der Industriearbeiter bekannte sich so leicht niemand offen zur Sozialdemokratie, da er sonst Gefahr lief, Arbeit und Brot zu verlieren. Nicht einmal in der

³⁴ Heinrich Lux: Memoiren, S. 11 – 24

„Freien Wissenschaftlichen Vereinigung“^[35] durften Fragen des Sozialismus zur Diskussion gestellt werden. Und es war nicht nur der Druck des Sozialistengesetzes, das diese bleischwere Atmosphäre schuf, vielmehr war es die eigene persönliche Einstellung der studierenden Jugend und der akademischen Kreise. Galt doch schon der Versuch sachlichen Eingehens auf die Probleme des Sozialismus als Verrat an der eigenen Gesellschaftsklasse. Wie engstirnig im Allgemeinen die Auffassung des Gesellschaftsproblems war, das unsere Zeit so vollständig beherrschte, habe ich an meinem eigenen Leibe erfahren müssen. Ausschlaggebender Grund für meine Relegation von der Breslauer Universität war nicht etwa meine Beschäftigung mit dem Sozialismus, ja nicht einmal die Tatsache, dass ich als Student wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz rechtskräftig zu langer Gefängnisstrafe verurteilt war, sondern allein die Tatsache, dass ich als Student an einer sozialdemokratischen Versammlung teilgenommen hatte, auf der es angeblich Freibier gab! Nach der Auffassung des akademischen Senates war es eine Verletzung der Standesehre, wenn ein Akademiker mit Handarbeitern kameradschaftlich verkehrte! Natürlich war das nur der publizierte Grund. Der wahre Grund war der Wunsch, Sozialdemokraten als solche von der Alma Mater fernzuhalten. Diesen Grund zu publizieren, wäre freilich für eine auf die „freie Forschung“ abgestellte Universität denn doch zu blamabel gewesen. Die Betonung des Standesdünkels dagegen konnte im Land des preußischen Kastengeistes kaum Anstoß erregen. Und das galt nicht nur für Breslau und Preußen. Als mein väterlicher Freund, der verstorbene Physiker O. E. Meyer, mich nach erfolgter Relegation an seinen Bruder, den Chemiker Lothar Meyer in Tübingen, zur Immatrikulation empfahl, musste er die Antwort einheimsen, dass ein Sozialdemokrat ein Mensch mit einem moralischen Defekt sei, der nicht auf die Universität gehöre.

Und doch hatte trotz alledem der Sozialismus auch in der akademischen Jugend schon Wurzeln zu fassen vermocht. In Breslau war es allerdings nur ein sehr kleiner Kreis, der sich in zunächst noch sehr unklarer Schwärmerei zusammengeschlossen hatte. Er ging wurzelhaft auf eine Gruppe von Schulfreunden des Realgymnasiums „Zum Zwinger“ zurück, die sich ursprünglich in die Rollen der Helden aus Dahns *Kampf um Rom* hineinversponnen hatten. Carl Hauptmann,^[36] Alfred Ploetz, der bekannte Rassenhygieniker,^[37] Ferdinand Simon,

³⁵ Die Freie Wissenschaftliche Vereinigung, in die Heinrich Lux eingetreten war, bezeichnet er an anderer Stelle als die „damals freieste Korporation der Breslauer Universität“: Heinrich Lux: Memoiren, S. 13

³⁶ Carl Hauptmann, Philosoph und Schriftsteller, ist der ältere Bruder von Gerhart Hauptmann.

³⁷ Alfred Ploetz (1860 – 1940) publizierte 1895 über das Verhältnis von Rassenhygiene zu Humanismus und Sozialismus; 1905 gründete er die Gesellschaft für Rassenhygiene, die durch eine genetische Verbesserung der Bevölkerung sozialpolitische Probleme lösen wollte. 1933 wurde er NSDAP-Mitglied. Siehe Jürgen Reulecke: Rassenhygiene, Sozialhygiene, Eugenik – ein Überblick. In: Sozialwissenschaftliche Informationen, Jg. 26 1997, S. 20 – 27

der aufopferungsvolle Züricher Arzt und nachmalige Schwiegersohn August Bebels, waren die Hauptstützen dieses Freundschaftsbundes, dem der erheblich jüngere Gerhart Hauptmann und der farbenfrohe Landschaftler [Landschaftsmaler] und feinsinnige Kunstkritiker Hugo Schmidt engverbunden in persönlicher Freundschaft und Weltanschauung gleichfalls angehörten. [38] Was diesen Kreis zusammenschweißte, war mehr als Jugendfreundschaft von der Schulbank her; es war der zielbewusste Zusammenschluss für ein Lebensproblem, und das Problem bestand in nicht mehr oder weniger als in der praktischen Verwirklichung des Sozialismus.

Unsere Bibel war damals ein heute schon fast verschollenes Buch Karl Kautskys: *Der Einfluss der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft*, durch das uns zum ersten Male Klarheit über die Theorien des Sozialismus wurde. Wer die Zeiten des Sozialistengesetzes nicht selbst durchgemacht hat, der hat gar keine Vorstellung mehr davon, wie hermetisch damals die studierende Jugend von allen sozialistischen Schriften abgeschlossen war. Das ernste, gelehrte Buch Kautskys stand zwar auch auf dem Index der verbotenen Bücher, trotzdem war es durch den regulären Buchhandel erhältlich, und mit wahrem Heißhunger warfen wir uns auf diese Schrift, die fast wie eine Offenbarung auf uns wirkte, indem sie uns die Augen öffnete.

Über Kautsky kamen wir zu Marx. Aber der langsame Gang der Entwicklung, wie er aus den Marxschen Theorien folgte, wollte uns jungen Brauseköpfen so ganz und gar nicht gefallen. Wir konnten das Ziel des Sozialismus nicht erwarten. Die alte Welt schien uns abgetan, sie mochte ohne uns fertig werden, wir wollten eine neue Gesellschaft auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus auf freier Erde begründen.

Marx hatte uns nur aufgerüttelt, aber nicht belehrt, und so gründeten wir allen Ernstes eine „Gesellschaft Pacific“, die die Bedingungen für die praktische Durchführung des Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika untersuchen sollte. An der Spitze der Gesellschaft stand natürlich Alfred Ploetz. Die Kerntruppe war der Freundeskreis um ihn und die Brüder Hauptmann, daneben gliederten wir noch Praktiker an, einen Forstmann, einen gebildeten Landwirt, einen Botaniker und einen Geometer. Keiner von uns gehörte damals der sozialdemokratischen Partei an, und so sicher waren wir, mit unseren utopistischen Bestrebungen dem Sozialistengesetz nicht ins Gehege zu kommen, dass wir unsere Gesellschaft sogar der Polizei anmeldeten.

³⁸ Gerhart Hauptmann ließ sich bei der Gestaltung seiner Dramenfiguren von mehreren Personen aus dem Breslauer Freundeskreis anregen. So hat der Sozialreformer Alfred Loth in *Vor Sonnenaufgang* Ähnlichkeiten mit Alfred Ploetz. In einige Figuren Hauptmanns sollen auch Züge von Heinrich Lux eingeflossen sein.

Mit unseren kärglichen Mitteln, zu denen Carl Hauptmann und Otto Pringsheim [³⁹] den Löwenanteil beisteuerten, rüsteten wir den damals Unabhängigsten unseres Kreises, eben Alfred Ploetz, aus und sandten ihn über das große Wasser. Ich selbst war das Verbindungsglied zwischen Ploetz und den übrigen Gesellschaftern. Obwohl der Plan für unsere Koloniegründung bereits fix und fertig war, sollte Ploetz doch zunächst den Rest der übrig gebliebenen Ikarier Cabetscher Gründung in Iowa (USA) aufsuchen. [⁴⁰]

((Leerzeile und den folgenden Abschnitt als redaktionelle Zusammenfassung optisch vom Text der Memoiren abheben))

[Alfred Ploetz kommt ernüchtert von seinem Besuch bei den Ikariern zurück, der Plan der Koloniegründung in den USA wird aufgegeben. Heinrich Lux „war nach dem ikarischen Irrweg in die sozialdemokratische Partei ein getreten“, Alfred Ploetz und Ferdinand Simon studierten inzwischen in Zürich, die Gruppe war längst zerfallen – da folgt ein unliebsames Nachspiel: Ein Gerichtsprozess gegen die Studenten Heinrich Lux und Julian Marcuse sowie gegen den Schriftsteller Jan Kasprovicz wegen „Geheimbündelei“, dem angeblichen Zweck des Vereins Pacific, und wegen Verstöße gegen das Sozialistengesetz.⁴¹ Heinrich Lux wird der Hauptangeklagte: „Schon seit einer Reihe von Jahren ist der hiesigen Polizei der stud. math. Lux als sozialdemokratischer Agitator verdächtig. Bei einer infolgedessen bei ihm am 5. März 1887 vorgenommenen Durchsuchung ist eine umfangreiche Korrespondenz mit Beschlag belegt worden ... es kann nach dem Inhalt jener Korrespondenz nicht zweifelhaft sein, dass der Zweck dieser Verbindung lediglich der Förderung von auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen war ... Als das Haupt der Verbindung ist der Mediziner Alfred Ploetz anzusehen. Er ist zur Zeit in Zürich. Als Geschäftsführer ist der Angeklagte Lux anzusehen.“ (Aus der Anklageschrift zu dem Breslauer Geheimbundprozess, 1887, zitiert aus Heinrich Lux: Memoiren, S.18 f.)]

((Leerzeile, Ende der eingeschobenen Zusammenfassung))

³⁹ Otto Pringsheim war der Sohn eines Breslauer Bankiers.

⁴⁰ Étienne Cabet, ein französischer Sozialist, übte mit seinem utopischen Roman *Reise nach Ikarien*, zuerst 1840 in Paris erschienen, Einfluss auf weite Teile der französischen Arbeiter aus. Später gründete er kommunistische Siedlungen in den USA. Seine Anhänger wurden „Ikarier“ genannt. Heinrich Lux publizierte später über den sozialistischen Utopisten und seine Anhänger: Heinrich Lux: Étienne Cabet und der ikarische Kommunismus. Stuttgart: Dietz 1894. Die Darstellung von Étienne Cabet ist kritisch und achtungsvoll zugleich.

⁴¹ Das Sozialistengesetz war von 1878 bis 1890 in Kraft und auf Betreiben Bismarcks vom Reichstag verabschiedet und viermal verlängert worden. Das Gesetz verbot sozialistische und sozialdemokratische Vereine und Versammlungen, aber auch Druckerzeugnisse wie Zeitschriften und alle anderen Formen einer sozialistischen oder sozialdemokratischen Agitation. Gleichzeitig bestand die Sozialdemokratische Partei weiter, sozialdemokratische Abgeordnete gehörten dem Reichstag und den Landtagen an, hier konnten sie für ihre Ziele eintreten, nicht aber in der außerparlamentarischen Öffentlichkeit. Trotz dieser Bedingungen, bei denen ein Wahlkampf im heutigen Sinn gar nicht stattfinden konnte, stieg, während das Sozialistengesetz in Kraft war, die Anzahl der sozialdemokratischen Kandidaten im Reichstag und in den meisten Landtagen deutlich an.

Am 7. März 1887 wurde ich verhaftet. Der eingeleitete Prozess wurde direkt als Geheimbundprozess bezeichnet.^[42] Die Hauptanklagepunkte waren aber die Verbreitung der durch das Sozialistengesetz verbotenen sozialdemokratischen Schriften, wie die in Zürich erscheinende Zeitung *Der Sozialdemokrat*, August Bebel's Buch *Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft* u. a. m.

Am 17. November 1887 erfolgte die Urteilsverkündung. Von allen Angeklagten erhielt ich die härteste Strafe, ich wurde wegen „Vergehens gegen die öffentliche Ordnung“ in zwei Fällen sowie wegen zwei anderer Vergehen gegen § 19 des Gesetzes vom 21. X. 78 [Sozialistengesetz] zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet, so dass ich im ganzen 22 Monate im Gefängnis gesessen habe.

Im angenehmen Gegensatz zu der Gehässigkeit, mit der der Breslauer Sozialistenprozess von 1887 geführt worden war, stand die Vollstreckung der Strafen im Breslauer Gefängnis. Der Gefängnisdirektor Th. Grützmaker war ein humaner und wohlwollender Mensch, der die politischen Gefangenen mit unverkennbarer Achtung behandelte und ihnen, im Gegensatz zu manchen seiner damaligen Kollegen, die Strafe nicht noch durch kleinliche Schikanen erschwerte. Soweit es die Räume des meist überfüllten Gefängnisses gestatteten, wurden die Leidensgenossen des Prozesses in derselben Zelle untergebracht, und sie erhielten auch sonst kleine Vergünstigungen, wie häufigere Besuchs- und Briefverlaubnis, reichlichere Lektüre, Absonderung von den gemeinen Verbrechern u. dgl. mehr. Natürlich galt auch für sie Arbeitszwang, aber das Pensum der zugewiesenen Arbeiten – Adressenschreiben und leichte Buchbinderarbeiten – war so gering bemessen, dass für die Lektüre auch während der Arbeitsstunden reichlich Zeit übrig blieb. Gute Bücher aus der Gefängnisbibliothek wurden meist während der Arbeit vorgelesen, und auch Zeitungen fanden den Weg in die Zelle.

Nachdem die letzten Prozessgenossen ihre Strafzeit verbüßt hatten und an ihre Stelle in der Gemeinschaftszelle andere „Verbrecher“ traten, begann für mich eine schwere Zeit, die noch 3/4 Jahre dauern sollte. Hier nahm sich meiner der katholische Gefängnisgeistliche, Pfarrer Thamm, an, der sich in den Herzen vieler Gefangener ein unvergängliches Denkmal gesetzt hat. Obwohl ich ihm schon bei dem ersten Besuche offen gesagt hatte, dass ich religiös freidenkend sei, bestellte er mich doch für den Rest meiner Strafzeit zu seinem

⁴² Über den Geheimbundprozess, der mit einem Prozess gegen Breslauer Sozialisten verbunden wurde, berichtet Theodor Müller: *Die Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie*. Breslau: Verlag des Sozialdemokratischen Vereins Breslau 1925, Zweiter Teil: *Das Sozialistengesetz*, S. 204 – 286 (unveränderter Nachdruck: Glashütten im Taunus, Verlag Detlev Auvermann 1972). Bei Müller sind längere Passagen deckungsgleich mit dem Bericht von Heinrich Lux im „Breslau“-Kapitel seiner Memoiren. Theodor Müller dankt im Vorwort Dr. Heinrich Lux dafür, dass er „durch seine Artikel gutes Material für die Parteigeschichte“ lieferte. (S. 5) Dieser hatte ihm seine Aufzeichnungen und Unterlagen zur Verfügung gestellt, aus denen Müller mehrmals und lange zitiert. Darüber hinaus gehen weitere Passagen bei Müller, die nicht als Zitate kenntlich sind, auf Heinrich Lux zurück, wie ein Textvergleich ergibt.

„Privatsekretär“, im Gefängnisjargon: zum „katholischen Gefängnisschreiber“. Mein Aufenthalt war nunmehr tagsüber das Büro des Geistlichen, in dem dieser selbst nur ein bis zwei Stunden verweilte. Die Arbeit bestand in der Aktenführung der katholischen Gefangenen, in der Begutachtung von Gesuchen der Angehörigen von Gefangenen und dieser selbst, weiter in der Oberaufsicht über die katholische Gefängnisbibliothek, vor allem in der Zucht von Kanarienvögeln in etwa einem Dutzend Hecken. Sonst konnte ich tun und lassen, was ich wollte. War das schon eine ganz außerordentliche Erleichterung der Haft, so gestaltete sich das Zusammenarbeiten mit Pfarrer Thamm für mich zu einem nachhaltigen seelischen Erlebnis.

Als meine Gefängniszeit zu Ende ging, bedauerte er lebhaft, dass er keinen rechten Nachfolger für mich hätte. Ich versprach ihm, dafür zu sorgen. Wenn er meinen Freund Julian Marcuse, der bis nach Beendigung seines medizinischen Staatsexamens Strafaufschub hatte und im April 1889 seine Strafe antreten musste, als Gefängnisschreiber annehmen wollte, würde ich ihm seine Akten und seine Kanariennecke noch bis dahin auch nach meiner Entlassung Ende 1888 in Ordnung halten. Er ging auch darauf ein, denn nicht im geringsten störte ihn die Tatsache, dass ein Jude katholischer Gefängnisschreiber werden sollte. Während seiner viermonatigen Haft sind Pfarrer Thamm und Dr. med. Julian Marcuse ^[43] glänzend miteinander ausgekommen.

Am 15. Dezember 1888 verhängte der Senat der Universität Breslau über den Kandidaten der Mathematik, Heinrich Lux, das *consilium abeundi* (Verweisung von der Hochschule). Wie mir erging es den anderen beteiligten Studenten. Von den deutschen Hochschulen verbannt, gingen wir nach der Schweiz, um dort unsere Studien zu beenden.

Aus dem Kapitel „Basel, Zürich, Magdeburg“⁴⁴

Ich hatte bereits 1887 meine Doktorarbeit in Breslau eingereicht und mich mit dieser Arbeit zugleich um ein größeres Stipendium beworben, das mit einer Assistentenstellung an der Technischen Hochschule in Braunschweig verbunden war. Mit meiner Verhaftung am 7. März 1887 brachen diese Aussichten völlig zusammen. Darüber hinaus verlor ich die Möglichkeit, an einer deutschen Universität zu promovieren. Es blieb mir nichts anderes übrig, als mich an eine schweizerische Universität zu wenden. In erster Linie wandte ich mich

⁴³ Julian Marcuse (1862 – 1942) wurde Nervenarzt, Schriftsteller und Sanatoriumsgründer. Er lebte und praktizierte überwiegend in und bei München und publizierte zur vegetarischen Ernährung, zur Hydrotherapie sowie zur Sexualaufklärung.

⁴⁴ Heinrich Lux: *Memoiren*, S. 25 – 33

nach Basel, wo mich Prof. O. E. Meyer an den damaligen Direktor der Universität, Prof. Dr. G. Soldau, empfohlen hatte. Die Ausstellung eines Reisepasses war mir zwar von der Breslauer Polizei glatt verweigert worden, aber die damals noch wirklich freie Schweiz machte mir nicht die geringsten Schwierigkeiten, mich in Basel niederzulassen, und die erwähnte Empfehlung von O. E. Meyer eröffnete mir auch sofort die Möglichkeit, mich an der Baseler Universität immatrikulieren zu lassen.

Der erste Besuch der dortigen Alma Mater brachte mir zugleich eine große persönliche Überraschung, denn auf ihren Stufen stieß ich auf meinen alten Freund Alfred Ploetz, der sich aus familiären Gründen gleichfalls in Basel niedergelassen hatte, um dort sein Medizinstudium abzuschließen. Der ein Semester dauernde Aufenthalt in Basel war im wesentlichen der Vorbereitung auf das Rigorosum gewidmet, und da auch Ploetz Examenssorgen hatte, so blieben für die Erholung nur die Sonntage übrig. Im November 1889 machte ich dann das Doktorexamen.⁴⁵ Sofort brach ich meine Zelte in Basel ab, um nach Zürich zu gehen und mich technischen Studien zu widmen.

Während ich in Basel nur ein einziges Mal mit einem Parteigenossen, dem Vorkämpfer der Gewerkschaftsbewegung, Baumeister Kessler, eine rein politische Aussprache gehabt hatte, änderte sich in Zürich mein Verkehr von Grund aus. Ich fand sofort Anschluss an prominente Persönlichkeiten, zunächst an Rüegg, den Herausgeber der *Züricher Post*, einer rein demokratischen Tageszeitung, für die ich eine große Zahl von technischen Artikeln schrieb, die mir im wesentlichen die Subsistenzmittel für mein Leben lieferten. Außerdem schrieb ich literarische Aufsätze für die Breslauer *Gerichtszeitung*, deren Herausgeber Cohn und deren Redakteur Maximilian Schlesinger waren.

Mit meinem Freunde Ferdinand Simon, der sich auf das medizinische Schlussexamen vorbereitete, wohnte ich in Oberstraß zusammen bei Frau Spillmann, einer Kusine von Gottfried Keller, mit der ich persönlich allerdings nur einen ganz oberflächlichen Kontakt hatte. Näheren Anschluss fand ich an Simons Freund, den Ingenieur Charles Bock, der allmählich zu meinem Lehrer auf dem Gebiet der Technik wurde. Dann bahnten sich Beziehungen zu Frank Wedekind [⁴⁶] an, der damals noch im Hauptberuf Reklamechef der Firma Maggi war. Auch mit John Henry Mackay [⁴⁷] wurde ich damals schon bekannt, später in Berlin setzte ich diese Bekanntschaft fort. Zu diesem Kreise gehörte auch der Oberrichter

⁴⁵ Heinrich Lux promovierte in Physik und erwarb gemäß der damaligen Zugehörigkeit der Fächer Mathematik und Naturwissenschaften zur Philosophischen Fakultät den Dr. phil.

⁴⁶ Frank Wedekind wurde nach 1900 einer der bekanntesten und umstrittensten Dramatiker Deutschlands.

⁴⁷ John Henry Mackay propagierte als Schriftsteller einen „individualistischen Anarchismus“.

Otto Lang, [48] mit dem mich bald persönliche Freundschaft verband, die auf der gleichen Einstellung zur Sozialdemokratie basiert war. Die Verbindungsglieder waren hier die Studentin Elisaweta Holzmann, meine spätere Frau, [49] und Motja Großmann, die nachmalige Gattin von Otto Lang. Über Charles Bock fand ich auch zunächst rein gesellschaftliche Beziehungen zu Ida Häny, meiner späteren zweiten Frau. [50] Über Alfred Ploetz und Ferdinand Simon kam ich auch in Verbindung mit Prof. Forel (Zürich) und Prof. Bunde in Basel, den Initiatoren der Antialkoholbewegung, der ich mehrere Jahre hindurch als Schriftführer diente. Umgekehrt wurde ich für Ferdinand Simon und Frieda Bebel [51] das Verbindungsglied, als diese nach Zürich kam, um an der Universität zu studieren, was damals in Deutschland für Frauen noch nicht möglich war. Die überaus glückliche Ehe zwischen den beiden fand leider ein grauenhaftes Ende durch einen Mäusebiss, dem Simon zum Opfer fiel, als er Studien an Streptokokken durchführte. Frieda Bebel verfiel in Irrsinn, ihr Sohn entartete, und bald darauf (1913) starb auch der vereinsamte Führer der deutschen Sozialdemokratie.

Mein Leben in Zürich war streng geregelt. Die Vormittage gehörten dem theoretischen Studium der Elektrotechnik und literarischen Arbeiten, die meine einzige bescheidene Einnahmequelle waren. Das Mittagessen wurde zusammen mit Ferdinand Simon und Charles Bock in kleinen Restaurants eingenommen. Da wir alle Temperenzler [Antialkoholiker] waren, also wenig einträgliche Gäste, mussten wir sehr häufig den Stammtisch wechseln, meist wurden wir ganz systematisch herausgeekelt. Schließlich beköstigten wir uns selbst, wobei mir die Rolle des Kochs zuerteilt wurde. Nachdem meine Beziehungen zu Elisaweta intimer geworden waren, zog auch sie zu Frau Spillmann und übernahm die Rolle der Köchin, die sie in ausgezeichneter Weise ausfüllte. Die Abende gehörten meist dem Besuch der Tonhalle, wo damals ganz ausgezeichnete populäre Musik gemacht wurde. Die Sonntage wurden mit Ausflügen in die nähere und fernere Umgebung Zürichs ausgefüllt.

Bei einem Ausflug in das Murgtal, meiner ersten Hochtour in den Schweizer Alpen, wurde mein Interesse für den Alpinismus geweckt. Bald darauf machte ich unter Führung von Charles meine erste wirklich alpinistische Hochtour von Schwanden auf den Glärnisch, an der

⁴⁸ Otto Lang war Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Jurist, Kommunalpolitiker und Initiator eines sozialdemokratischen Tagblatts für die Stadt Zürich.

⁴⁹ Elisaweta (Elisabetha) Holzmann war eine Medizinstudentin aus Russland. Im Kapitel „Aus meinem Familienleben“ trägt Heinrich Lux nach: „... kaum war ich nach bestandemem Doktor-Examen von Basel nach Zürich übersiedelt, da begegnete ich schon in den ersten Tagen Elisaweta Holzmann auf der Straße. Ihre außerordentliche Schönheit machte mir sofort einen unverlöschbaren Eindruck. Ich erzwang mir ihre persönliche Bekanntschaft, und wir verliebten uns sofort ineinander.“ (Heinrich Lux: Memoiren, S. 89)

⁵⁰ Ida Häny, eine Schweizer Frauenrechtlerin und Sozialistin, war seit Mitte der 1890er Jahre bis 1909 die Partnerin von Heinrich Lux in Berlin.

⁵¹ Frieda Bebel war die einzige Tochter von August Bebel.

sich auch Clara Zetkin, die später so bekannt gewordene kommunistische Führerin beteiligte. Die zweite Hochtour, die einige nicht ganz leichte Klettereien erforderte, ging auf die Churfürsten, weitere mussten aus Geldmangel unterbleiben, da sie nicht ohne Führer durchzuführen waren. Erst Jahrzehnte später war ich in der Lage, von Berlin aus, mich dem immer heimlich geliebten Alpinismus wieder zuzuwenden und eine Reihe wirklich großer und schöner Hochtouren zu unternehmen. Aber davon später. –

Mein bescheidenes Einkommen musste zum Lebensunterhalt auch für Elisaweta dienen, und war hierfür sehr knapp. Eine Lösung der materiellen Schwierigkeiten erfolgte endlich, als mir auf Empfehlung von August Bebel im Jahre 1890 die Redaktionsführung der sozialdemokratischen *Magdeburger Volksstimme* angeboten wurde. Die Arbeit an der *Volksstimme* machte mir nur wenig Vergnügen und zu Anfang auch recht erhebliche Schwierigkeiten, da für den politischen Teil überhaupt keine Mitarbeiter vorhanden waren und ich gänzlich auf mich alleine angewiesen war. Ich hatte zwar schon einige Erfahrungen in Breslau durch die Mitarbeit an der damaligen *Neuen Gerichtszeitung* gewonnen, deren Redakteur Maximilian Schlesinger ^[52] war. Diese *Neue Gerichtszeitung* war eine Notlösung, nachdem die ursprünglich von ihm geleitete *Wahrheit* dem Sozialistengesetz zum Opfer gefallen war. Aber eine Zeitung ganz ohne Mitarbeiter und ganz aus Eigenem zu leiten, erforderte doch eine geistige Anstrengung ganz außergewöhnlicher Art, wenn auch der Text zum größten Teil reine Scherensarbeit und nur die Leitartikel eigenes Produkt war. Viele Anregungen verdanke ich dem Lokalredakteur Koester, der allerdings eine so scharfe Feder führte, dass er es allmählich zur Verurteilung zu mehr als einem Jahre Gefängnis – damals einer recht erheblichen Strafe – brachte. ^[53]

In der kurzen Zeit meiner Redaktionsleitung hatte ich auch selbst ein nicht unbeträchtliches Strafkonto erworben. ^[54] Die erste Strafe von drei Monaten erhielt ich wegen Beleidigung des ersten Staatsanwalts Nentwig. Dazu kam dann noch ein Monat Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Als ich die beiden Strafen absitzen wollte, stellte ich bei dem Staatsanwalt Nentwig den Antrag, während des Absitzens der Strafe mich selbst beschäftigen zu dürfen. Auf meinen Antrag erwiderte Nentwig, dass er mir wegen Überfüllung des

⁵² Maximilian Schlesinger, ein Breslauer Publizist, veröffentlichte unter anderem: *Die soziale Frage. Eine volkswirtschaftliche Untersuchung* (1889) und *Geschichte des Breslauer Theaters* (1898).

⁵³ Auch nach Auslaufen des Sozialistengesetzes hafteten die Redakteure persönlich für alle Beiträge. Vor allem Redakteure von SPD-Zeitungen wurden mit Prozessen überzogen.

⁵⁴ Allein im Jahr 1882 wurde Heinrich Lux vom Landgericht Magdeburg neunmal zu Geld- und/oder Haftstrafen verurteilt; sein „Straf-Verzeichnis“ befindet sich in einer Akte der politischen Polizei Berlins. Dazu kamen, wie aus den dort vorliegenden Zeitungsberichten hervorgeht, mehrere Prozesse, in denen er freigesprochen wurde. Was nicht in den Memoiren von Heinrich Lux steht: In Berlin setzte die politische Polizei seine Überwachung bis 1901 fort. Siehe: Acta des königlichen Polizei-Präs. zu Berlin betreffend den Elektrotechniker, Redakteur Dr. Heinrich Lux, 1884 – 1901, Landesarchiv Berlin, geheime Präsidial-Registatur Lit. L .Nr. 725, Bestand A Pr. Br. Rep. 03 – Polizeipräsidium Berlin – Tit. 94, Nr. 11506

Magdeburger Gefängnisses empfehle, mich an ein kleineres Gefängnis in der Provinz zu wenden und schlug mir Seehausen in der Altmark vor, wo ein ihm befreundeter Richter die Gefängnisleitung hätte. Er werde mich seinem Freunde empfehlen. Ich hatte es nicht zu bedauern, dass ich seinem Rat folgte. Es war das fidelste Gefängnis, das ich je erlebt habe. – Der Gefängnisleiter war zwar offiziell der einzige Gerichtsdienner, in Wirklichkeit aber dessen Frau. Das Gefängnis hatte außer mir noch einen verbummelten Schuster und fünf Magdeburger Prostituierte als Insassen. Ich aber erhielt als Vertrauensperson der Wärterin die Gefängnischlüssel und durfte die übrigen Gefangenen beaufsichtigen. Als meine Strafzeit abgelaufen war, verabschiedete ich mich von der Gefängniswärterin unter Zurücklassung eines Vertikos als Gastgeschenk.

Ein sehr unangenehmes Strafverfahren musste ich dann noch im Jahre 1895 zusammen mit Kurt Baake ^[55] über mich ergehen lassen. Auf dem Kölner soz. dem. [sozialdemokratischen] Parteitage hatten wir beide als offizielle Berichterstatter für das Parteiprotokoll fungiert und hatten dabei die Ausführungen eines Delegierten über einen Gewerbeaufsichtsbeamten stenographisch aufgenommen. Der Sprecher hatte ausgeführt, dass der sehr ängstliche Aufsichtsbeamte die Fabrik-Antriebsmaschinen abstellen ließ, ehe er die Fabrikräume betrat. Durch diesen Bericht fühlte sich der Gewerbeaufsichtsbeamte beleidigt und stellte Strafantrag gegen den offiziellen Herausgeber des Protokolls, den Gen. [Genossen] Glocke. Baake und ich wurden von dem Verteidiger Glockes als Zeuge geladen. Noch ehe wir vernommen wurden, sagte uns der Rechtsanwalt, wir könnten unbesorgt aussagen, da ein eventuelles Verfahren gegen uns verjährt sei. Tatsächlich fehlten aber zur Verjährung noch einige Tage. Glocke wurde aufgrund seiner und unserer Aussage, dass wir die Verfasser des Protokolls seien, freigesprochen. Dagegen wurde gegen Baake und mich ein Verfahren eingeleitet, und wir kamen vor den blutigen Strafrichter Brausewetter, der gegen uns beide eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten verhängte, die wir in Plötzensee absitzen mussten. Das Urteil wurde vom Reichsgericht aufrechterhalten, obwohl wir den Nachweis erbringen konnten, dass bei Brausewetter in der Novembernacht vor der Verhandlung infolge eines schweren Gewitters der Irrsinn zum Ausbruch gekommen und er kurz darauf im Wahnsinn gestorben sei. Baake und ich mussten deshalb die verhängte Strafe voll absitzen. Die Direktion des Plötzenseer Gefängnisses nahm aber wohl eine andere Stellung ein als die gelehrten Richter, denn uns beiden wurde alle nur irgend zulässigen Erleichterungen bei der Strafverbüßung gewährt.

⁵⁵ Kurt Baake war ein Schriftsteller aus Berlin.

Abgesehen von den Konflikten mit dem Staatsanwalt brachte mir die Magdeburger Zeit auch sonst noch eine ganze Reihe von Ärgernissen. Meine Redaktionstätigkeit befriedigte mich gar nicht. Ich fand nur geringen Kontakt mit den Lesern. Ich war ihnen zu „wissenschaftlich“, die Leser der *Volksstimme* verlangten eben den in der damaligen sozialistischen Presse üblichen aufreizenden Propagandaton. Dagegen fanden meine Aufsätze die Zustimmung des damaligen sozialdemokratischen Parteivorstandes. Eine Überarbeitung der Aufsätze lieferte das im Jahre 1892 im Verlage des *Vorwärts* erschienene *Sozialpolitische Handbuch*. [56]

Gesellschaftlichen Verkehr hatten wir so gut wie gar nicht. Ich hatte noch in Zürich Elisaweta Holzmann geheiratet und sie war mir nach Magdeburg gefolgt. Wir führten zunächst einen Junggesellenhaushalt und aßen in einem Restaurant zu Mittag. Eines schönen Tages sprach der Inhaber des Lokals bei mir in der Redaktion vor und bat mich, nicht mehr in seinem Restaurant zu erscheinen, da einige seiner Gäste ihm erklärt hätten, sie würden nicht mehr bei ihm verkehren, „wenn die Sozialdemokraten nicht eliminiert würden“. Es blieb uns also nichts anderes übrig, als eine eigene Wohnung zu nehmen und uns selbst zu beköstigen. Unser Meublement bestand damals nur aus einem Liegestuhl, den uns Ida Häny zur Hochzeit geschenkt hatte. Alles weitere mussten wir auf Abschlag erwerben.

Auch aus dem Magdeburger Theater, in dem wir Redaktionsplätze hatten, wurden wir herauskomplimentiert, obgleich die Schauspieler mit den Kritiken in der *Volksstimme* besonders zufrieden waren.

Dagegen waren die Abonnenten mit dem literarischen Teil der Zeitung nicht einverstanden. Da das Budget der *Volksstimme* außerordentlich knapp war, machte das Feuilleton die größten Schwierigkeiten, und die Redaktion suchte eifrig nach geeigneter Literatur, deren Verfasser bereits 30 Jahre tot waren. Ich kam dabei auf *Dantons Tod* von Georg Büchner, dessen literarischer Wert zwar unbestreitbar ist, von den Lesern der *Volksstimme* aber nicht nur nicht gewürdigt, sondern in der Volksversammlung heftig angegriffen wurde. Den Stein des Anstoßes bildete besonders die Scene „Eine Gasse“ im ersten Akt. Man könne der Kinder wegen die Zeitung nicht offen liegen lassen, wurde gesagt. Der die Versammlung überwachende Polizeibeamte machte eifrig Notizen, und diese Notizen verdichteten sich zu einer Anklage gegen den Feuilleton-Redakteur Koester. Den Magdeburger Richtern war die über die *Volksstimme* verhängte Zensur ein gefundenes Fressen, und Kollege Fritz Koester

⁵⁶ H. Lux, Dr. (Hg.): Sozialpolitisches Handbuch. Berlin: Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt (Th. Glocke) 1892. In dem Handbuch, in dem ein breites Spektrum von Themen auf hohem Niveau abgehandelt wird, ist kein Artikel namentlich gezeichnet. Ich vermute, dass alle von Heinrich Lux stammen, gemäß seiner Angabe, es handle sich um Überarbeitungen früherer Aufsätze von ihm, die ursprünglich in der *Magdeburger Volksstimme* erschienen waren. Möglicherweise nahm er weitere Artikel von sich aus dem *Vorwärts* auf.

wurde wegen „Veröffentlichung unsittlicher Schriften“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Da Koester, wie schon früher erwähnt, bereits ein beträchtliches, noch nicht ausgeglichenes Strafkonto aus seiner Redaktionstätigkeit hatte, legten die leitenden Parteigenossen, um die Zeitung nicht finanziell zu ruinieren, ihm nahe, seinen Aufenthalt in der Schweiz zu nehmen, rüsteten ihn mit einem ziemlich bescheidenen Reisegeld aus und übernahmen den Unterhalt seiner Familie. Koester, der von Beruf Metallarbeiter war, fand mit Hilfe von schweizerischen Parteigenossen in Zürich Arbeit und konnte bald seine Familie nachkommen lassen.

Auf dem nächsten Parteitage erfuhren die Flucht von Koester und das Verhalten der Magdeburger Genossen eine sehr abfällige Beurteilung. Ob einer der Kritiker, zu denen vor allem auch das Partei-Vorstandsmitglied Paul Singer gehörte, geneigt gewesen wäre, seinerseits die Strafe von 1 ½ Jahren abzusetzen, steht auf einem anderen Blatt.

Unter diesen Umständen war mir der Aufenthalt in Magdeburg völlig verleidet, und so beschlossen wir, Magdeburg zu verlassen und nach Berlin überzusiedeln. [Heinrich Lux verließ Magdeburg am 31. Dezember 1892.]

Aus dem Kapitel „Berlin“⁵⁷

Für mich begann nun eine Zeit härtester Arbeit. Ich schrieb Leitartikel und Versammlungsberichte für den *Vorwärts* und für die demokratische *Volkszeitung*. Für die *Elektrotechnische Zeitschrift*, die damals von Uppenborn redigiert wurde, und den *Elektrotechnischen Anzeiger*, herausgegeben von Franz Grünwald, verfasste ich Fachaufsätze. Zusammen mit Kurt Baake machte ich die offiziellen Berichte der Jahrestagungen der Internationalen Kongresse in Brüssel und Zürich. Daneben schrieb ich für den Verlag von Hans Baake [⁵⁸] eine ganze Anzahl populärer sozialistischer Broschüren. [⁵⁹] An Arbeit fehlte es nicht, aber die Einnahmen aus der Arbeit waren doch recht bescheiden.

Allmählich fingen meine pekuniären Verhältnisse an, sich wesentlich zu verbessern. Der bekannte Verleger S. Fischer plante eine Beleuchtungstechnische Zeitschrift zu gründen. [⁶⁰] Das erste Heft der Zeitschrift für Beleuchtungstechnik erschien im Jahr 1895. Leider wurde

⁵⁷ Heinrich Lux: Memoiren, S. 34 – 36

⁵⁸ Hans Baake ist der Bruder von Kurt Baake.

⁵⁹ Verschiedene kleinere Publikationen von Heinrich Lux, die er hier Broschüren nennt, befinden sich in der „Bibliothek Stein“, in der Universitätsbibliothek der Freien Universität Berlin, so: Heinrich Lux: „Die Juden als Verbrecher“, eine 1893 veröffentlichte Widerlegung der antisemitischen Behauptung, Juden würden anteilmäßig mehr Verbrechen verüben als Nichtjuden. Oder: „Verbrechen und Strafe“, eine 1892 erschienene Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Ursachen von Verbrechen, auch: „Die technische Revolution und der Kapitalismus“ (1895).

⁶⁰ Heinrich Lux wurde der leitende Redakteur.

meine Tätigkeit sehr bald durch das schon erwähnte Verfahren gegen Baake und mich anlässlich des Kölner Parteitags-Berichts unliebsam unterbrochen. Das Verhalten des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei bei dieser Gelegenheit hatte dann zur Folge, dass ich mich völlig von weiterer politischer Betätigung zurückzog. Der Parteivorstand hatte ja, um die Strafe von 200 Mk, die gegen Glocke beantragt war, zu sparen, in fahrlässiger Weise die Verurteilung von Baake und mir überhaupt erst ermöglicht. Nun hatte ich im Jahre davor von der Partei eine Vorauszahlung von 300 Mk für eine durchzuführende literarische Arbeit bewilligt erhalten. Als jetzt uns beiden eine Strafentschädigung von je 200 Mk monatlich von der Partei zugebilligt wurde, zog man mir auf Veranlassung des Vorstandsmitglieds Richard Fischer die bereits erhaltenen 300 Mk ausgerechnet während meiner Gefängniszeit in Raten von je 100 Mk ab, so dass meine Familie auf den Rest von 100 RM monatlich angewiesen gewesen wäre, wenn nicht von anderer Seite Unterstützung gekommen wäre, und zwar vonseiten meines neuen Verlegers S. Fischer. Er wurde zwar durch meine Gefängnisstrafe in arge Verlegenheit gesetzt, da er einen Ersatzredakteur, den Oberlehrer Max Rosenkranz, für mich einstellen musste. Trotzdem wälzte er die Kostenerhöhung für die Zeitschrift nicht auf mich ab, sondern zahlte das verdoppelte Redaktionshonorar aus eigener Tasche. Mehr als 20 Jahre lang habe ich die *Zeitschrift für Beleuchtungswesen* im Verlage von S. Fischer redigiert und habe in dieser Zeit niemals einen Anlass zu einer Beschwerde gegen ihn gehabt. ^[61] Gegen alle Autoren, die ihre Arbeiten in seinem Verlage veröffentlichten, benahm sich „Sammi“, wie er in dem ganzen Kreis genannt wurde, gleich vornehm.

Die *Zeitschrift für Beleuchtungswesen* fand in Fachkreisen eine gute Aufnahme, und sie muss für den Verleger ein lukratives Unternehmen gewesen sein, denn ihre Gründung fiel in die Zeit der Erfindung und Entwicklung des Gasglühlichtes, durch Auer und seine zahlreichen Konkurrenten.

Zunächst arbeitete ich in den Räumen der alten Firma Stobwasser, bald aber in eigenen Räumen für Büro und Laboratorium in der Bülowstraße 91. Das im Jahr 1905 begründete Laboratorium besteht noch heutigen Tages (1944).

Der große technische Umschwung um die Jahrhundertwende war auch für mich von einschneidender Bedeutung geworden. Meine Stellung als Spezialist auf dem Gebiete des Beleuchtungswesens hatte mich sehr bald in persönliche Beziehungen zur Industrie und zu den Erfindern gebracht, die wie Pilze aus der Erde schossen, nachdem Auer von Welsbach das Gasglühlicht marktfähig gemacht hatte. Berlin war schon seit Jahrzehnten das Zentrum

⁶¹ Heinrich Lux wird als Mitarbeiter im S. Fischer Verlag verschiedentlich von Peter de Mendelssohn erwähnt: S. Fischer und sein Verlag. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1970 (S. 82, S. 185 und S. 234). Für „Fischer's technologische Bibliothek“ verfasste Heinrich Lux den Band *Die öffentliche Beleuchtung von Berlin* (1896).

der Lampenindustrie. Ihre leitenden Köpfe hatten sehr bald die wirtschaftliche Bedeutung des Gasglühlichts erkannt und machten sofort Versuche, das Glühlicht auf die Lampen für flüssige Brennstoffe, speziell für Petroleum, zu übertragen. Die Finanzwelt erkannte, dass sich ihr hier ein ausbaufähiges Gebiet erschloss. Ihr fehlten aber zunächst die sachkundigen Berater. Es war deshalb für mich die gegebene Zeit, mich hier einzuschalten und meine Beratertätigkeit auch auf das Gewerberecht auszudehnen. Ich wurde Patentanwalt.

Die Patentanwaltschaft war damals noch ein freier Beruf, und es war mir ein Leichtes, rasch eine gute Klientel zu gewinnen. Das Anwachsen der Patentanwaltschaft führte naturgemäß bald zu ihrer Organisation und Monopolisierung. Es wurde bestimmt, dass man zur Ausübung des Patentanwaltberufes beim Kaiserlichen Patentamt eingetragen werden musste. Selbstverständlich beantragte auch ich diese Eintragung, erlitt aber sogleich eine unerwartete Abfuhr. Der damalige Vorsitzende des Patentamts lehnte mich nämlich glatt ab, weil ich vorbestraft war! Dass meine Vorstrafen sämtlich politischer Natur, also durchaus nicht entehrend waren, rührte ihn auch nicht einen Augenblick. Ich war eben diffamiert, weil ich mehrmals im Gefängnis gesessen hatte. Ich arbeitete freilich als Patentingenieur weiter, musste aber für wichtige Verhandlungen und höhere Instanzen die Hilfe eines eingetragenen Patentanwalts in Anspruch nehmen, der die Unterschriften abgeben musste. Dadurch war ich natürlich sehr behindert.

((Leerzeile, und den folgenden Absatz optisch abheben wie auf den Seiten 22 und 23))

[In den Memoiren von Heinrich Lux folgen Berichte über die sozialistisch-anarchistischen Künstler- und Intellektuellenkreise in Berlin vor dem Ersten Weltkrieg, in denen er verkehrte, sowie über seine Mitarbeit an diversen politischen und technischen Zeitschriften, unter anderem den *Sozialistischen Monatsheften*.]

„Aus meinem Familienleben (Nachträge)“⁶²

Als Wera [⁶³] etwa sechs Monate alt war und bereits sitzen konnte, begann meine große Freundschaft mir ihr. Des Morgens strebte sie nach meinem Bett, weckte mich und ließ mir keine Ruhe mehr, bis ich sie auf meinen Armen durch die Wohnung trug, wo sie hauptsächlich nach den ausgestopften Vögeln drängte. Und dann saß sie auf meinem Schoß, um mir beim Schreiben zu „helfen“. Oft setzte ich sie zu ihrem jauchzenden Vergnügen in die

⁶² Heinrich Lux: Memoiren, S. 88 – 91

⁶³ Wera Lux, geboren 1891 oder 1892 in Magdeburg, war die älteste Tochter von Heinrich Lux und Elisaweta Holzmann.

Lücke einer Buchreihe in meiner Bibliothek. Sie hatte dann einen Sitzplatz mit Seitenlehnen, was ihr besonderen Spaß machte.

Noch in der letzten Magdeburger Zeit, im Dezember 1892, war Lisa [Elisaweta], während ich als Vertreter der sozialdemokratischen Studentenschaft zu einer Tagung nach Genf gereist war, zu einer Hauptmann-Premiere nach Berlin gefahren. Dabei hatte sie unseren gemeinsamen Freund Hugo Ernst Schmidt kennengelernt. Als wir nach Berlin zogen, verbrachte sie ihre Zeit meist bei Schmidt im Atelier, der sie in jedem Zustand der Bekleidung malte. Es war das in jener aufgeregten Zeit, in der in Künstlerkreisen und auch sonst die „freie Liebe“ eifrig propagiert und auch realisiert wurde. Für die Freiheiten, die sich Lisa nahm, revanchierte ich mich mit der Ehefrau Schmidts, Clara Schmidt. In dieser Zeit wurde unser zweites Kind, Kaethe, geboren. Während ich wegen der oben erwähnten Beamtenbeleidigung im Gefängnis [in Plötzensee] saß, gebar Lisa noch einen Jungen, Klaus, dessen Vater Schmidt war. Diesem wilden pé`le mé`le machte der frühe Tod Schmidts ein Ende. Doch hatte ich mich vorher von Lisa getrennt.

Inzwischen hatte ich die freundschaftlichen Beziehungen zu Ida Häny in Zürich wieder aufgenommen. Erst zur Jahrhundertwende konnten Ida und ich heiraten. Ida hatte sich aber schon lange der Kinder und meiner völlig vernachlässigten Wirtschaft angenommen, so dass die Legitimierung nur eine Formfrage war. Ida wurde für die von ihrer leiblichen Mutter sehr vernachlässigten Kinder eine vorbildliche Mutter, mir war sie die treueste Kameradin und unermüdliche Helferin bei der Arbeit sowohl wie auch bei aller sonstigen Betätigung. Ihre seelische Größe offenbarte sich aber erst voll, als Dora in mein Leben trat und Ida mich freigab.

Vierter Exkurs

Zeitschrift und Gesellschaft ethische Kultur 1931 – 1936

Hier geht es um über die letzten Jahre des Bestehens der Zeitschrift *Ethische Kultur* und des eingetragenen Vereins Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Die Gesellschaft wurde 1892 in Berlin von Bürgern und Bürgerinnen gegründet, die linksliberale und sozialistische Positionen vertraten, so Friedrich Wilhelm Foerster, Georg von Gizycki, Lily von Gizycki (später Lily Braun), Rudolf Penzig, Jeannette Schwerin oder Ferdinand Tönnies. Sie bestand bis Ende 1936.

Das Publikationsorgan der Gesellschaft, die *Ethische Kultur*, erschien von 1893 bis 1936 mit den Untertiteln: „Wochenschrift zur Verbreitung ethischer Bestrebungen“ (1893), „Wochenschrift für sozial-ethische Reformen“ (1894 – 1909), „Halbmonatsschrift für ethisch-soziale Reformen“ (1910 – 1931) und „Monatsblatt für ethisch-soziale Neugestaltung“ (1932 – 1936). Alle Jahrgänge der *Ethischen Kultur* sind von der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung ins Internet gestellt.⁶⁴

In der bislang vorliegenden Literatur wird nur auf die Anfangsphase von 1892 bis längstens 1907 eingegangen,⁶⁵ die späteren Jahre von Gesellschaft und Zeitschrift haben so gut wie keine Beachtung gefunden.⁶⁶ Ich selbst stieß auf beide überhaupt erst, als ich über das Leben von Dr. Dora Lux recherchierte.

In Berührung mit der *Ethischen Kultur* kam Dora Lux, geborene Bieber, bereits in ihrer Jugend, also um 1900, und zwar über ihren Onkel Dr. jur. Richard Bieber und seine Frau Hanna Bieber-Böhm, eine bekannte Frauenrechtlerin. Beide gehörten zu den Gründern der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. Richard Bieber war zudem über Jahrzehnte der

⁶⁴ Ein genauer Wegweiser, wie die Zeitschrift im Internet zu finden und zu nutzen ist, findet sich in Hilde Schramm, 2012, als Anmerkung 1 auf S. 368.

⁶⁵ Eine Monografie zur Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur und/oder der Zeitschrift *Ethische Kultur* existiert nicht. Informationen finden sich bei: Frank Simon-Ritz: Die Organisation einer Weltanschauung. Die freigeistige Bewegung im Wilhelminischen Deutschland. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 1997, S. 155 – 183; Klaus Christian Köhnke: Der junge Simmel – in Theoriebeziehungen und sozialen Bewegungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1996, S. 284 – 301 und S. 459 – 472; Horst Groschopp: Dissidenten, Freidenkerei und Kultur in Deutschland. Berlin: Dietz Verlag 1997, S. 131 f.; Andreas von Prondczynsky: Ethische Kultur, neue Erziehung, Monismus, Reformbewegungen und pädagogische Diskurse in Österreich und Deutschland 1890 bis 1938. In: Jahrbuch für historische Bildungsforschung. Bd. 8, 2002, S. 135 – 158, insb. S. 143

⁶⁶ Einzig in einem Handbucharartikel der DDR werden die letzten Jahre des Bestehens der Zeitschrift wenigstens erwähnt: Gerhard Müller: Gesellschaft für ethische Kultur (GeK), 1882 – nach 1935. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789 – 1945). Hrsg. von Dieter Fricke. Bd. 3. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1985, S. 39 – 41

Verleger der dazugehörenden Zeitschrift und Mitglied in den Leitungsgremien der Gesellschaft. In diesen engagierte sich in der Weimarer Republik auch der Ehepartner von Frau Lux, Dr. Heinrich Lux. 1928 begann Dora Lux in der *Ethischen Kultur* zu publizieren. In den Jahren 1933 bis 1936 sind es Richard Bieber, Dora Lux und Heinrich Lux, die, zusammen mit einigen anderen, die Zeitschrift und die Gesellschaft fortführen. (Siehe den Abschnitt: „Hanna Bieber-Böhm und Richard Bieber als Vorbilder“, und das Kapitel „Dora Lux als Autorin der *Ethischen Kultur* 1933 – 1936“. In Hilde Schramm, 2012, S. 82 - 86, und S.155 - 178)

Rückblick auf die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur bis 1931

Die Gesellschaft strebte eine „Synthese von Persönlichkeitskultur und Gemeinschaftskultur“ an und versuchte, die freie Entfaltung des Einzelnen mit seiner Verantwortung für das Gemeinwohl zu verbinden.⁶⁷ Hierzu griffen Mitglieder und Freunde auf die Humanitätsidee der deutschen Aufklärung und Klassik zurück, die sie aber nicht, wie meist im Bildungsbürgertum, auf den privaten Bereich oder auf Kunst und Dichtung beschränkt wissen wollten, vielmehr versuchten sie diese gemäß der ursprünglichen Aufklärungsutopie in alle gesellschaftlichen Bereiche hineinzutragen. Für sie waren Humanismus und selbst Idealismus keine zu belächelnden Illusionen, sondern Antrieb für praktische Reformen.⁶⁸ Einer der wenigen Kenner der Gesellschaft, der Kulturphilosoph Klaus Christian Köhnke, schreibt: „Hier figurierte der Begriff des Ethischen, freilich immer in der Bedeutung des Sozialethischen, als Synonym für gesamtstaatliche Verantwortung.“⁶⁹

Unter den um 1900 aktiven Gruppierungen außerhalb von Parteien war die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur diejenige, die ihren Wirkungsanspruch am stärksten auf alle Konfliktfelder der Gesellschaft und nicht nur auf bestimmte Einzelprobleme richtete. Sie bezog Position gegen Militarismus, gegen Antisemitismus und nationalen Chauvinismus. Sie unterstützte die ökonomischen und sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung, ohne deren Klassenkampfkonzept zu teilen. Und sie hielt im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts nicht nur eine Verbesserung der Lebensbedingungen und rechtliche Gleichheit aller Frauen

⁶⁷ Dr. Artur Buchenau: Persönlichkeitsbildung oder Gemeinschaftskultur? In: *Ethische Kultur*, 19. Jg., 1911, Heft 5, S. 33 – 34. Der Autor war Reformpädagoge, Schulleiter und Berater des Verlags Walter de Gruyter und gehörte mehrere Jahre dem Hauptvorstand der Gesellschaft an.

⁶⁸ In der Literatur finden sich für diese Programmatik Bezeichnungen wie „ethischer Idealismus“, „Spätidealismus“ oder „Neuidealismus“. Siehe Helen Müller: Idealismus und Markt. Der literarische Beirat Artur Buchenau und die Popularisierung idealistischer Weltbilder im frühen 20. Jahrhundert. In: Constantin Goschler (Hg.): Wissenschaft und Öffentlichkeit in Berlin, 1870 – 1930. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2000, S. 155 – 183

⁶⁹ Klaus Christian Köhnke: Der junge Simmel – in Theoriebeziehungen und sozialen Bewegungen. 1996, S. 293

und Männer für unerlässlich, sondern ebenso eine freiheitliche Persönlichkeitsentwicklung. Mit dieser Programmatik zog die *Ethische Kultur* nicht viele Tausende an, wohl aber über Jahrzehnte mehrere hundert tatkräftige und einflussreiche Frauen und Männer. Um die Jahrhundertwende dürfte sie mit zwölf regionalen Untergliederungen, genannt Abteilungen, in allen Teilen des Reichs und etwa 2000 Mitgliedern ihre größte Ausdehnung erreicht haben.⁷⁰ Während des Ersten Weltkriegs überwog in der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur – wie fast überall – die Meinung, die Heimat sei angegriffen worden und Deutschland habe keine andere Wahl, als sich zu verteidigen. Allerdings beteiligten sich die Autoren der Zeitschrift nicht an der Hetze gegen Kriegsgegner und vertraten auch keine expansiven Kriegsziele.⁷¹ Später folgte das Bemühen, die Frage der Kriegsschuld Deutschlands und der instrumentalisierten Vaterlandsliebe aufzuarbeiten. Als Demokraten, die sie bereits im Kaiserreich gewesen waren, verteidigten die Mitglieder und Unterstützer der Gesellschaft die Weimarer Republik selbst dann, wenn sie ihre Mängel und Fehlentwicklungen kritisierten.

Der Tod von Rudolf Penzig

Am 23. April 1931 starb Dr. phil. Rudolf Penzig (geboren 1855).⁷² Seit 1904 war er der alleinige Herausgeber und Redakteur der *Ethischen Kultur*, dazu seit 1912 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. Zunächst hatte er Theologie studiert hatte, später wurde er Freidenker, Pädagoge und Freimaurer. Darüber hinaus war er als Kommunalpolitiker in Berlin-Charlottenburg und als Dozent an verschiedenen außeruniversitären Einrichtungen der Erwachsenenbildung tätig.

Zu seinem Nachfolger als Vorsitzender der Gesellschaft wurde im Juni 1931 Justizrat Dr. Richard Bieber gewählt. Er konnte die Kontinuität sichern, da er seit Jahrzehnten den Vorsitz der Abteilung Berlin inne hatte und dem Hauptvorstand angehörte. Richard Bieber war Rechtsanwalt und Notar. Die Redaktion der Zeitschrift übernahm kurzfristig Dr. Heinrich Lux, ein Publizist mit bewegter sozialistischer Vergangenheit, zugleich Physiker und

⁷⁰ Zahlenangaben aus: Reinhard Strecker: Zum neuen Jahr! In: *Ethische Kultur*, 44. Jg., 1936, Heft 1/2, S. 7 – 8

⁷¹ Romain Rolland, ein französischer Pazifist, tat der *Ethischen Kultur* viel Ehre an, wenn er 1915 schrieb: „So oft ich kann, halte ich weiterhin die deutschen Texte fest, in denen sich der Geist des alten, rechtlich denkenden und menschlichen Deutschland zeigt. Eine der vernünftigsten Sammlungen dieses Denkens ist die von Dr. Rudolf Penzig in Berlin herausgegebene Zeitschrift *Ethische Kultur*. Edelsinniger Vortrag von Wilhelm Foerster, Professor an der Berliner Universität (15. Januar 1915): Zukunftsgedanken über die Erdenwelt.“ Aus: Romain Rolland: Das Gewissen Europas. Tagebuch der Kriegsjahre 1914 – 1919. Aufzeichnungen und Dokumente zur Moralgeschichte Europas in jener Zeit. Berlin: Verlag Rütten & Loening 1983 (2. Aufl.), S. 323. Der Vortrag von Wilhelm Foerster erschien in: *Ethische Kultur*, Jg. 23, 1915, Heft 2, S. 8 – 11.

⁷² Nachruf auf Rudolph Penzig von Richard Bieber. In: *Ethische Kultur*, 39. Jg., 1931, Heft 4/5, S. 1. In der Zeitschrift wird sein Vorname uneinheitlich geschrieben, mal „Rudolf“, mal „Rudolph“.

Beleuchtungsexperte. Von Juni bis Dezember 1931 wurde die redaktionelle Verantwortung an Dr. Dora Lux-Bieber weitergegeben. 1932 erschienen im Kopf der Zeitschrift sieben Personen als Herausgeber. Die Redaktion ging an Paul Hennings in Hamburg. Nur der Verleger, Richard Bieber, blieb konstant.

Die Zeitschrift *Ethische Kultur* im Jahr 1932

Alle sieben Herausgeber waren Pazifisten, die sich in der Deutschen Friedensgesellschaft oder im Allgemeinen Deutschen Friedensbund engagierten.⁷³ Und alle gehörten dem Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne“ (FzaS) an, der 1907 von freigeistigen und pazifistischen Freimaurern gegründet worden war. Diese Großloge mit Sitz in Hamburg war der Dachverband für mehrere inhaltlich übereinstimmende Logen in Deutschland.⁷⁴ In einer dieser regionalen Logen, genannt „Zur Morgenröte“, mit Sitz in Berlin, war Heinrich Lux Mitglied.

Rudolf Penzig war das Scharnier zwischen der *Ethischen Kultur* und dem Logenverbund gewesen, lange Jahre hatte er beide Vereinigungen gleichzeitig geleitet. 1912 war er in die Loge „Zur Morgenröte“ aufgenommen worden, 1919 wurde er Großmeister des Freimaurerbunds „Zur aufgehenden Sonne“. Zusätzlich bestanden über den Philosophen Max Apel und Heinrich Lux personelle Verbindungen zwischen den beiden Vereinigungen. Heinrich Lux erklärt dies damit, dass die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur „in vielen Beziehungen ähnliche Ziele verfolgte wie unser Freimaurerbund und daher auch z. T. denselben Personenkreis umfasste. Penzig war auch ein Freund meines Schwagers Richard

⁷³ Die Antikriegs- und Friedensbewegung war nach dem Ersten Weltkrieg in Europa und auch in Deutschland eine relevante Kraft. So nahmen 1921 an einer Antikriegskundgebung in Berlin 100 000 bis 200 000 Menschen teil, parallel zirka 500 000 in anderen Städten. Eine Dachorganisation umfasste Mitte der zwanziger Jahre dreißig kleinere und größere pazifistische Verbände. Siehe dazu: Dieter Riesenberger: *Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1985, S. 134, S. 152 f. und S. 60. Personelle Verbindungen zwischen der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur und der Friedensbewegung bestanden seit Dezember 1892, als sechs von sechzehn Gründern und Gründerinnen der Deutschen Friedensgesellschaft zugleich der Gesellschaft angehörten, die nur zwei Monaten zuvor gegründet worden war.

⁷⁴ Zum Selbstverständnis des Freimaurer-Reformbunds „Zur aufgehenden Sonne“ auf dem Hintergrund der Freimaurertradition siehe einen der Herausgeber der *Ethischen Kultur* im Jahr 1932, den Literaturwissenschaftler Walter Arthur Berendsohn, in: *Ethische Kultur*, 40. Jg., 1932, Heft 5, S. 65 – 68 sowie Heft 10, S. 146 f. Siehe auch Bruno Peters: *Die Geschichte der Freimaurerei im Deutschen Reich 1970 – 1933*. Berlin: Wort- & Bild-Specials Hans Peter Heinicke 1986, insb. S. 152 – 157 und S. 237 f. Der beste Kenner ist gegenwärtig Hans-Detlef Mebes, dem ich wichtige Anregungen und Hinweise verdanke. Er arbeitet unter anderem an einer Historiografie der Großmeister des Freimaurerbunds „Zur aufgehenden Sonne“, wozu er bereits verschiedene Beiträge veröffentlichte. Ich beziehe mich speziell auf: Hans-Detlef Mebes: *Freimaurerischer Pazifismus in Freiburg*. Teil I: Stationen in der Weimarer Zeit und die deutsch-französische Friedenskundgebung im Mai 1932. In: *Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins Schau ins Land*, 121 (2002), S. 127 – 150, und Teil III: Logenmitglieder und Förderer der „Brudertreue“. *Herkunft – Engagement – Einzelschicksale*, 123 (2004), S. 1 – 26

Bieber, und beide waren Führer dieser Gesellschaft.“⁷⁵ Angemerkt sei, dass Richard Bieber kein Freimaurer war.

1932 bildeten den Herausgeberkreis der *Ethischen Kultur*: Dr. phil. Max Apel, Philosoph und Dozent in der außeruniversitären Erwachsenenbildung; Dr. Walter Arthur Berendsohn, Professor für Literaturwissenschaften in Hamburg; Dr. Wilhelm Hauser, Gymnasialprofessor für Mathematik in Freiburg und führende Persönlichkeit des linken Flügels der Deutschen Friedensgesellschaft; Dr. Lic. Hans Hartmann, Publizist aus Berlin; Dr. Friedrich Maase, pazifistischer Anwalt und Notar aus Düsseldorf; Louis Satow, Schriftsteller aus Hamburg, der mehrere Bücher gegen den Krieg herausgegeben hatte; Dr. Max Seber, Tierarzt aus Dresden, der in den letzten Jahren der Weimarer Republik als Großmeister dem Freimaurerbund vorstand und als solcher 1932 zum geistigen Widerstand gegen die NS-Bewegung aufrief. Von den neuen Herausgebern hatten nur Max Apel, Walter Berendsohn und Max Seber bereits in der *Ethischen Kultur* geschrieben.

Das siebenköpfige Team brachte 1932, angesichts der sich verschärfenden innenpolitischen Krise, zwölf Hefte heraus, die kompromisslos die Gefahr eines neuen Krieges und die Gefahr von rechts thematisierten. Im Unterschied dazu hatten die meisten liberalen Zeitungen bereits nach den Reichstagswahlen am 14. September 1930 begonnen, sich mit dem neuen politischen Machtfaktor, der NSDAP, zu arrangieren, die mit einem Stimmenanstieg von 2,6 Prozent (1928) auf 18,2 Prozent (1930) die zweitstärkste Partei geworden war.

Die *Ethische Kultur* berichtete im Maiheft über die 11. „Internationale Friedenskundgebung“, eine freimaurerische Friedensmanifestation zu Pfingsten in Freiburg, „die besonders stark von Franzosen besucht war“,⁷⁶ und rief zur Bildung von Friedensgruppen vor Ort sowie zum Zusammenschluss von „pazifistischen Gruppen, Organisationen, allen Friedensfreunden in den verschiedensten Parteien“ auf. Im selben Heft beteiligte sie sich an einer Unterschriftenaktion der „Liga für Menschenrechte“ für den Herausgeber der *Weltbühne*, Carl von Ossietzky. Im Juniheft 1932 informierte sie über eine Tagung der „Internationale der Lehrerverbände“ in Stockholm, deren Teilnehmer sich einstimmig gegen „die militärische Vorbereitung der Jugend an Schulen aller Art“ aussprachen. In mehreren Heften werden Organisationen gleicher Gesinnung vorgestellt, so die „Liga für Menschenrechte“ durch ihren Geschäftsführer Kurt Grossman oder die „Frauenliga für Frieden und Freiheit“ durch ihre Vorsitzende Magda Hoppstock-Huth oder der „Bund Entschiedener Schulreformer“ durch den Pädagogen Wilhelm Hoepner.

⁷⁵ Heinrich Lux: Memoiren.

⁷⁶ Zum Hintergrund siehe Hans-Detlef Mebes: Freimaurerischer Pazifismus in Freiburg. Teil I, a. a. O.

Der Schriftsteller Fritz Gross konfrontiert die Leser mit dem falschen Pathos der Kriegsbegeisterung und Kriegshetze.⁷⁷ Ein „Ethischer Pfefferstreuer“ – vermutlich der Redakteur Paul Hennings, ein Buchhändler, Antiquar, Literat und Übersetzer – thematisiert in Buchbesprechungen, Gedichten, Fabeln und Glossen die Sinnlosigkeit des Krieges. Wilhelm Hauser klärt über die unterbliebene Abrüstung und die bewusste Beschwichtigung und Irreführung der Völker auf. In einem weiteren Beitrag wendet sich der Herausgeber unter Bezug auf die Schrift *Staat und Wehrmacht* des Reichswehrministeriums gegen die „außerordentliche Überschätzung des Soldatenberufs für das Leben der Nation“ und gegen die gleichzeitige Verachtung der Kriegsdienstverweigerer. Nach seiner Auffassung verdienen diese „die Achtung der ganzen Menschheit“.⁷⁸

Die *Ethische Kultur* trägt 1932 aber vor allem die Handschrift von Walter Arthur Berendsohn (1894 – 1984).⁷⁹ In Heft 2 kritisiert er den „Eigennutz“ und die „blassblaue Romantik“ der Gebildeten, in Heft 6 den Missbrauch der nationalen Idee, die „mit Rassenhass um ihre geistig werbende und verbindende Kraft gebracht“ wurde. In Heft 7/8 analysiert er, warum Gewalt ein grundsätzlich untaugliches Mittel in Politik und Wirtschaft ist, und im gleichen Heft setzt er sich für Professor Emil Julius Gumbel ein.⁸⁰ Zwei Ausgaben weiter, in Heft 10, erläutert er, warum im Kapitalismus „die Rüstungswerte steigen“. Die innenpolitische Situation wiederum charakterisiert er Mitte des Jahres wie folgt: „Auch die gegenwärtige Reichsregierung glaubt an die Gewalt, obwohl sie die nationale Idee, die christliche Weltanschauung und neudeutsche Staatauffassung als ideologischen Schild vor sich herträgt. Sie stützt sich auf Reichswehr und Hitlerarmee. Nach außen wechselt sie zwischen Verständigungswille und Gesten der

⁷⁷ Zitate von Politikern und Journalisten aus den Kriegsjahren 1914 bis 1918 sind überschrieben mit: „Worte, die wir nicht vergessen. (Das Alphabet der Kriegshetze)“. In: *Ethische Kultur*, 40. Jg., 1932, Heft 7/8, S. 105 – 112. Fritz Gross unterzeichnet die Zitatensammlung und zwei andere Beiträge mit „F. G.“, so auch das Gedicht „Totenmal“. Nur unter der Würdigung von Jane Addams, einer amerikanischen Frauenrechtlerin und Pazifistin, steht sein vollständiger Name. Fritz Gross, Sohn einer jüdischen Familie aus Wien, war Poet, Literat und Journalist; 1932 wurde er aus der KDP ausgeschlossen.

⁷⁸ Wilhelm Hauser: Abrüstung und Sicherheit. In: *Ethische Kultur*, 40. Jg., Heft 2, S. 17 – 21. Ders.: Staat und Wehrmacht. 40. Jg., Heft 6, S. 83 – 87. Als Repräsentant der Deutschen Friedensgesellschaft hielt Hauser am Ende der Weimarer Republik Vorträge in allen Teilen Deutschlands. Dr. Wilhelm Hauser (1883 – 1983) stammte aus einer alten jüdischen Familie Badens. 1914 wurde er Dissident, 1919 Freimaurer. Zunächst war er Mitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), 1922 trat er in die SPD und in die Deutsche Friedensgesellschaft ein. Zu Wilhelm Hauser siehe: Günter Wirth: Die Hauser-Chronik. Geschichte einer Familie. Berlin: Buchverlag Der Morgen 1988, und Hans-Detlef Mebes: Freimaurerischer Pazifismus in Freiburg, Teil III. 2004

⁷⁹ Helmut Müssener: „Mein Herz aber gehört Israel.“ Zu Leben und Werk Walter A. Berendsohns. In: Stimmen aus Jerusalem. Zur deutschen Sprache und Literatur in Palästina/Israel. Hrsg. von Hermann Zabel (Deutsch-Israelische Bibliothek. Bd. 2). Berlin: LIT Verlag 2006, S. 228 – 247

⁸⁰ Emil Julius Gumbel (1891 – 1966) war Professor für Mathematische Statistik in Heidelberg. Als offensiver Pazifist, vor allem aber wegen seiner Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands war er in der Weimarer Republik einer der bestgehassten Personen, ähnlich wie Friedrich Wilhelm Foerster, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky. Nationalsozialistische Studenten agitierten bereits vor 1933 lautstark und handgreiflich gegen ihn. Im Sommer 1932 wurde Gumbel aus politischen Gründen die Lehrbefugnis entzogen.

Großmannssucht in verzweifelter Lage. Innen bereitet sie einer durch und durch gewalttätigen Partei den Weg zur Macht.“⁸¹ Dagegen setzt er, so schon im Leitartikel zum Jahresbeginn 1932, die Rückbesinnung auf die „schlichten Forderungen des Rechts, der Gerechtigkeit, der Wahrhaftigkeit, kurz der Ethik der Menschlichkeit“ – mit fast gleichlautenden Worten war die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur 1892 gegründet worden. Und er fährt fort, alles andere führe „zur Barbarei, zur völligen Zerstörung auch des sinnvollen Zusammenhangs in unserem persönlichen Dasein. Die künftige Kultur muss auf dem Felsen der Menschenrechte aller neu aufgebaut werden.“⁸²

Auffallend ist, dass Berendsohn, der selbst jüdischer Herkunft war, nirgends die Gefahr der Judenverfolgung anspricht, sollten die Nationalsozialisten an die Macht kommen.⁸³ Das Gleiche gilt für alle Autoren der *Ethischen Kultur*. Die fehlende Voraussicht nur ein Jahr vor dem Ausschluss der deutschen jüdischen Bürger aus Beruf und Gesellschaft – die uns, die wir die weitere Entwicklung kennen, immer wieder erstaunt – teilte sie mit den meisten linken und liberalen Gruppierungen und Zeitschriften in Deutschland.

Die Zeitschrift von 1933 bis 1936

Das Team muss spätestens im November 1932 beschlossen haben, ihre Herausgebertätigkeit nicht fortzusehen. Warum, konnte ich nicht herausfinden. Auch der Redakteur Paul Hennings muss sich zurückgezogen haben, denn im Dezemberheft wird angekündigt: „Vom 1. Januar 1933 ab befindet sich die Redaktion der *Ethischen Kultur* in Berlin, in den Händen von Frau Dr. Dora Lux-Bieber.“ Vermutlich ist Frau Dr. Lux erneut eingesprungen, wie auch schon 1931, nach dem Tod von Rudolf Penzig. Ein Herausgeber wird nicht mitgeteilt. Richard Bieber bleibt Verleger.

Dem anspruchsvollen Erbe zu genügen, das Dora Lux 1933 antrat, war unter der nationalsozialistisch geführten Regierung grundsätzlich nicht möglich. Eine publizistische „Offensive der Wahrheit“ konnte es nur noch im Exil geben.⁸⁴ Aufgrund der politischen und rassistischen Verfolgungen fehlten der Zeitschrift die früheren Kooperationspartner und viele

⁸¹ Bernhard Florian: Gewaltglaube als Ursache der europäischen Not. In: *Ethische Kultur*, 40. Jg., 1932, Heft 7/8, S. 101 – 104, Zitat S. 102. Das Pseudonym „Bernhard Florian“ hatte Walter Arthur Berendsohn schon früh verwendet. Unter diesem erschienen in der *Ethischen Kultur* 1931 und 1932 mehrere Beiträge von ihm.

⁸² Walter Arthur Berendsohn: Und dennoch. In: *Ethische Kultur*, 40. Jg., Heft 1, S. 1 – 3, Zitat S. 2

⁸³ Walter Arthur Berendsohn gehörte zu den deutschen Bürgern jüdischer Herkunft, die sich nicht als Juden sahen. Vor 1933 kamen in seinen Publikationen Fragen, die das Judentum betreffen, nicht vor. Erst 1933 verwendete er die Formulierung „wir Juden“. Siehe Helmut Müssener: „Mein Herz aber gehört Israel“. 2006, S. 232 f.

⁸⁴ Bernd Sösemann: Voraussetzungen und Wirkungen publizistischer Opposition im Dritten Reich. In: *Publizistik. Vierteljahresshefte für Kommunikationsforschung*, 30. Jg., 1985, S. 195 – 215, Zitat S. 205

der bisherigen Autoren. Profilierten Pazifisten wie Kurt Grossmann, Magda Hoppstock-Huth und Fritz Gross, die um ihr Leben fürchten mussten, gelang es, aus Deutschland zu fliehen. Vereinigungen wie der „Bund der entschiedenen Schulreformer“, mit denen die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur jahrelang zusammengearbeitet hatte, mussten ihre Arbeit einstellen. Der Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne“ stand Anfang April 1933 vor der Wahl, sich von seinen jüdischen Mitgliedern zu trennen oder sich selbst aufzulösen. Er löste sich auf.

Fast alle Herausgeber von 1932 waren von den im Frühjahr 1933 einsetzenden Maßnahmen gegen die politischen Gegner des Nationalsozialismus betroffen: Walter Arthur Berendsohn, „ein Jude, Freimaurer, Sozialist, Freireligiöser, der zudem den Nationalsozialismus ‚tatkräftig‘ bekämpft hatte“,⁸⁵ wurde im Mai 1933 ohne Bezüge aus dem Lehrkörper der Hamburger Universität entfernt. Im Juli 1933 emigrierte er nach Dänemark, 1943 flüchtete er weiter nach Schweden.⁸⁶ Seit 1928 hatte er in der *Ethischen Kultur* geschrieben. Wilhelm Hauser wurde aus politischen Gründen im März 1933 verhaftet und 1938 wie viele jüdische Männer im Konzentrationslager Dachau in „Schutzhaft“ genommen. Im Jahr darauf konnte er mit seiner Familie nach England emigrieren. Ab 1948 lebte er in Potsdam. Ein weiterer Herausgeber von 1932, Dr. Friedrich Maase, wurde im April 1933 aus der Anwaltskammer Düsseldorf ausgeschlossen und kam später ins KZ Sachsenhausen. Andere, die sich vor 1933 als Freimaurer oder als Pazifisten exponiert hatten, wie Max Seber, waren gefährdet und veröffentlichten nicht mehr. Vom Herausgeberkreis 1932 arbeitete ab 1933 nur Max Apel weiter in der *Ethischen Kultur* mit.

Wer die Zeitschrift nach 1933 – und damit auch die Arbeit von Dora Lux, Heinrich Lux und Richard Bieber – beurteilen will, muss neben der staatlichen Einschüchterung und der Gefährdung aller Regimegegner den unersetzbaren Verlust von gleichgesinnten, fähigen Mitarbeitern und Kooperationspartnern berücksichtigen.

Missachtung gesetzlicher Vorschriften

Dr. D. Lux-Bieber, die als Jüdin im April 1933 aus dem Schuldienst entlassen worden war, blieb trotzdem laut Impressum in den Heften der *Ethischen Kultur* bis Dezember 1933 „Für

⁸⁵ Helmut Müssener: „Mein Herz aber gehört Israel“. 2006, S. 233

⁸⁶ So weit möglich setzte Walter Arthur Berendsohn im Exil die Arbeit auf seinem Fachgebiet, der deutschen und skandinavischen Literatur, fort. 1946 erschien in Zürich sein bereits 1938 fertiggestelltes Werk: *Die humanistische Front. Einführung in die deutsche Emigranten-Literatur*. In der Nachkriegszeit wäre er gern an die Universität Hamburg zurückgekehrt, wurde aber „auf sehr verletzend Art und Weise vonseiten der Fakultät, in der ehemalige Nationalsozialisten das Sagen hatten, zurückgewiesen“. Helmut Müssener, a. a. O., S. 237

den gesamten Inhalt verantwortlich“ und publizierte in der Zeitschrift bis 1936 an die dreißig Beiträge, einschließlich einiger Rezensionen. Heinrich Lux, dem seine Ehe mit einer „nichtarischen“ Frau und seine sozialistische Vergangenheit anhängen, übernahm von 1934 bis 1936 die Redaktion. Richard Bieber, der wie Dora Lux als „Volljude“ galt, blieb bis Anfang Juni 1935 Vorstandsvorsitzender des Vereins und bis Ende 1935 der Verleger der Zeitschrift. Damit bewegten sie sich in einer Grauzone zwischen gesetzlich Verbotenem und nicht Geregelterm.

Nach dem „Gesetz über die Errichtung der Reichskulturkammer“ vom 22. September 1933 durften Schriftsteller, Journalisten, Redakteure, Verleger, aber auch Musiker oder Schauspieler ihren Beruf nur dann weiter ausüben, wenn sie in eine der „Kammern“, die anstelle der früheren Berufsverbände neu eingerichtet wurden, aufgenommen waren.⁸⁷ Die Aufnahme erfolgte auf individuellen Antrag. Für alle Autoren, seien sie Literaten oder Journalisten, bestand eine Zwangsmitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer (RSK).

Für Mitarbeiter von Zeitungen, Zeitschriften und Verlagen war dagegen die Reichspressekammer zuständig. Ihr mussten nach dem „Schriftleitergesetz“ – erlassen am 4. Oktober 1933, abgedruckt in der *Deutschen Presse* am 15. Oktober 1933, in Kraft getreten am 1. Januar 1934 – alle hauptamtlichen Redakteure, jetzt „Schriftleiter“ genannt, angehören, die wiederum dem „Hauptschriftleiter“ der jeweiligen Zeitung oder Zeitschrift unterstellt waren. Die hier entscheidende Frage ist: Musste auch eine kleine Zeitschrift wie die *Ethische Kultur*, in der niemand hauptberuflich tätig war, ab 1934 einen Hauptschriftleiter haben, der als Verantwortlicher der Reichspressekammer angehörte? Die Frage ist eindeutig zu bejahen. In der *Deutschen Presse* vom 15. Oktober 1933 ist in der zum Gesetz gehörenden Begründung zu lesen: „Auch Zeitungen von solch bescheidenem Umfange müssen in irgendwelcher Weise unter die Verantwortung des neuen Rechts gestellt werden.“ Im folgenden Satz steht, dass sich der Verleger am besten selbst als „Hauptschriftleiter“ angeben soll, sofern er die im Gesetz vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt, im anderen Fall kann die Zeitschrift nicht fortgeführt werden.⁸⁸

⁸⁷ In der „Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933“ steht (§ 4): „Wer bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen oder technischen Verarbeitung, der Verbreitung, der Erhaltung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Kulturgut mitwirkt, muss Mitglied der Einzelkammer sein, die für seine Tätigkeit zuständig ist.“ In: *Deutsche Presse. Zeitschrift für die gesamten Interessen des Zeitungswesens, Organ des Reichsverbandes der deutschen Presse e. V.* Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse. Berlin-Schöneberg. Ausgabe vom 17. November 1933, Nr. 21, S. 319. Die *Deutsche Presse* war die Zeitschrift des schon älteren „Reichsverbandes der Deutschen Presse e. V.“, der zum 1. Januar 1934 offiziell seine Unabhängigkeit verlor. Für den jüdischen Kulturbund und die jüdische Presse galten noch einige Jahre Sonderbestimmungen, bis auch sie wie alle anderen jüdischen Einrichtungen aufgelöst wurden.

⁸⁸ Aus der Begründung des Schriftleitergesetzes: Zum ersten Abschnitt (§§ 1 – 4). In: *Deutsche Presse*, a. a. O., 23. Jg. Nr. 19, Ausgabe vom 15. Oktober 1933, S. 286. Dass nicht nur Schriftleiter von „politischen Zeitschriften“ in die Reichspressekammer gingen oder gehen mussten, zeigen die namentlichen Veröffentlichung

Der Verleger Richard Bieber erfüllte jedoch eine entscheidende Voraussetzung nicht. Er war Jude. Das Schriftleitergesetz enthielt den sogenannten „Arierparagraphen“, an dem sich alle weiteren gesetzlichen Bestimmungen zu den rassistisch und politisch motivierten Berufsverboten orientierten. Paragraph 5,3 des Schriftleitergesetzes lautete: „Schriftleiter kann nur sein, wer arischer Abstammung ist und nicht mit einer Person von nichtarischer Abstammung verheiratet ist.“ Unter Verweis auf diesen Paragraphen wurden ab 1934/1935 in der *Deutschen Presse* lange Namenslisten von „Ablehnungen und Löschungen“ durch die Landesverbände abgedruckt.

Weder unter den aufgenommenen noch unter den „gelöschten“ Zeitschriften findet sich die *Ethische Kultur*. Auch fehlt der Begriff „Hauptschriftleiter“ im Deckblatt oder im Impressum der Zeitschrift. Im Impressum steht von 1934 bis 1936 die gleiche Formulierung wie bei allen früheren Redakteuren: „Für den gesamten Inhalt verantwortlich: H. Lux, Dr. phil., Berlin-Friedenau, Fregestr. 81.“ Die Bezeichnung „Schriftleiter“ taucht erst 1936 auf, und das nur einmal. Man kann davon ausgehen, dass keiner der für die *Ethische Kultur* Verantwortlichen der Reichspressekammer angehörte.

Im Unterschied zur Reichspressekammer gab es für die Aufnahme in die Reichsschrifttumskammer zunächst keinen „Arierparagraphen“. Über „Zuverlässigkeit“ und „Eignung“ wurde von Fall zu Fall entschieden. Der damit verbundenen Unklarheit über den Umgang mit den „nichtarischen“ Schriftstellern machte Joseph Goebbels Ende Januar 1934 mit der Begründung, „ein jüdischer Zeitgenosse ... [sei] ... im Allgemeinen ungeeignet, Deutschlands Kulturgut zu verwalten“, ein Ende.⁸⁹ Aufgrund von Ausnahmeregelungen gehörten damals noch 428 „nichtarische Schriftsteller“ der Reichsschrifttumskammer an. Ab 1935 aber wurde ihr Ausschluss „ohne jede Rücksicht auf nationale Verdienste, auf literarische Qualität oder soziale Härte verhängt“.⁹⁰

der aufgenommenen Schriftleitern mit den dazugehörenden Zeitschriften, darunter *Dtsch. Lufthansa*, *Die Literatur*, *Fünf Minuten für die Gesundheit* oder *Schuh und Leder*. In: *Deutsche Presse*, a. a. O., 23. Jg., Nr. 21, Ausgabe vom 17. November 1933, S. 328 Weitere Aufnahmen wurden in späteren Ausgaben bekannt gegeben.

⁸⁹ Jan-Pieter Barbian: *Literaturpolitik im „Dritten Reich“*. Institutionen, Kompetenzen, Betätigungsfelder. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1995, insb. das Unterkapitel: „Das Instrument der Berufszulassung durch die Reichsschrifttumskammer“, S. 365 – 386, Zitat S. 369

⁹⁰ Ebenda, S. 370

Ohne Registrierung in den „Kammern“: Dora Lux und Heinrich Lux

Dass Dora Lux als Autorin der *Ethischen Kultur* der Reichsschrifttumskammer nicht angehörte, ist schwer nachzuweisen, da kaum Unterlagen zu dieser Kammer überliefert sind. Erhalten ist nur eine handgeschriebene Mitgliederliste in zwei Heften, die über 19 000 Mitgliedsnummern mit den dazugehörigen Namen ausweist und neben bekannten Personen wie Theodor Heuss, Gertrud Bäumer, Ursula von Kardorff, Wolfgang Abendroth und Rudolf Augstein viele heute unbekannte Autoren enthält.⁹¹ In dieser Mitgliederliste ist Dora Lux nicht zu finden. Es soll sich um die vollständige Mitgliederliste bis 1937 handeln, was aber nicht stimmen kann, denn ein anderer Autor der *Ethischen Kultur*, Reinhard Strecker, der nachweislich der Kammer angehörte, ist dort nicht verzeichnet.

Trotz der Nachweisschwierigkeit bin ich sicher, dass Dora Lux nie einen Aufnahmeantrag in die Reichsschrifttumskammer gestellt hat. Als Jüdin hätte sie um eine Ausnahmegenehmigung bitten müssen, was mit ihrem sonstigen Verhalten nach 1933 nicht zusammenpassen würde. Vermied sie doch auch in anderen Situationen, in denen es gefordert war, den Kontakt zu offiziellen Stellen. (Siehe das Kapitel: „Die Weigerung, sich als Jüdin registrieren zu lassen“. In: Hilde Schramm, S. xx)

Während meiner Recherchen hörte ich mehrmals von Fachleuten: „Das kann nicht sein, das gab es nicht, alle hatten sich als Mitglieder in einer Kammer zu registrieren, sonst konnten sie nicht publizieren.“ Unklar ist aber, ob Personen, die weder hauptberuflich noch nebenberuflich tätig waren, sozusagen als Laien und nur gelegentlich publizierten, der Reichsschrifttumskammer angehören mussten. Doch wo verlief die Grenze? Vermutlich setzte Frau Lux gerade auf eine unklare Grenzziehung.

Eine Vorsichtsmaßnahme allerdings hielt sie ein: Ab Anfang 1934 übergab sie die Redaktion ihrem Mann Heinrich Lux. Über seine Mitarbeit ist nichts weiter bekannt, eventuell stellte er als Nichtjude vor allem seinen Namen zur Verfügung. Allerdings hätte auch er nach dem „Schriftleitergesetz“ seine Aufnahme als Schriftleiter in die Reichspressekammer beantragen müssen, die ihn aber höchstwahrscheinlich als „jüdisch versippt“ abgelehnt hätte. Aber die Buchstaben des Gesetzes scheinen auch von anderen Verantwortlichen für Zeitschriften nicht immer beachtet worden zu sein, so in der technischen Fachzeitschrift *Das Licht*. Dort hatte Heinrich Lux bis 1938 zusammen mit einem Kollegen offiziell die Schriftleitung inne und erschien im Impressum namentlich als verantwortlich für den Inhalt.

⁹¹ In zwei Heften sind handschriftlich eingetragen: Mitgliedsnummer der Reichsschrifttumskammer mit dem dazugehörigen Namen und dem jeweiligen Landesverband. Das Verzeichnis fängt bei den niedrigen Nummern an und endet bei Nr. 19 044: Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichterfelde, Sign. R 103/140.

Ebenso wenig wie Dora Lux als Autorin Mitglied der Reichsschrifttumskammer war, gehörte – nach allem, was man weiß – Heinrich Lux, der als Redakteur gleich für gleich zwei Zeitschriften verantwortlich zeichnete, der Reichspressekammer an. Allerdings sind die Unterlagen dieser Kammer ebenfalls nur sehr lückenhaft überliefert. Meine Einschätzung, dass beide die gesetzlichen Vorgaben unterliefen, wird dadurch gestützt, dass sich auch in allen anderen einschlägigen Archivbeständen nirgends ein Hinweis auf Dora Lux und Heinrich Lux findet.

Richard Bieber – Stabilisator der Zeitschrift und der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur

Über den Verlagsinhaber Richard Bieber muss es Nachfragen gegeben haben. Der „Verlag für Ethische Kultur Dr. Richard Bieber“ wurde letztmalig 1934 im *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* aufgeführt, dem offiziellen Adressbuch der Buchhändler und Verleger.⁹² Aus diesem wurde er, wie einer Karteikarte zu entnehmen ist, im Laufe des Jahres 1934 als „nichtarische Firma“ gestrichen.⁹³ Auf dem Deckblatt eines jeden Hefts der Zeitschrift steht trotzdem weiterhin bis Ende 1935, wortgleich mit 1933 und 1934: „Verlag für Ethische Kultur (Richard Bieber)“, mit Angabe der Verlagsanschrift, die ab August 1933 mit der Büro- und Privatanschrift von Richard Bieber zusammenfiel.

„Ich versuche vorläufig, wie Sie wissen“, so schrieb dieser am 27. Juli 1935 an Professor Ferdinand Tönnies in Kiel, einem langjährigen Autor der *Ethischen Kultur*, „die Zeitschrift am Leben zu erhalten; wie lange noch, steht allerdings dahin.“⁹⁴ Im Januar- und im Februarheft 1936 fehlt Biebers Name, nicht aber die alte Verlagsanschrift: „Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 53.“ Von März bis Dezember 1936 wird kein Verlag mehr genannt, stattdessen „Prof. R. Strecker“ als Herausgeber.

Richard Bieber trat aber nach 1933 nicht nur als Verleger der Zeitschrift, sondern auch als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur wie bisher öffentlich in Erscheinung. Doch Vereine, wollten sie weiterbestehen, mussten ihre jüdischen Mitglieder

⁹² Das *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel* wurde vom Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V., Leipzig, herausgegeben. Diesem gehörten die Verleger in Form einer persönlichen Mitgliedschaft an, nicht wie heute in Form einer Firmenmitgliedschaft.

⁹³ Dokument im Staatsarchiv Leipzig, Bestand 21765, Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig (I), Mitglieder-Firmen-Registratur, Karteikarte. Weitere Unterlagen zum Verlag oder zu Richard Bieber fanden sich in den einschlägigen Archivbeständen, die allerdings nur unvollständig erhalten sind, nicht.

⁹⁴ Schreiben von Dr. Richard Bieber vom 27. Juli 1935 an Ferdinand Tönnies zu dessen achtzigstem Geburtstag. In: Nachlass Ferdinand Tönnies in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel, Sign. CB 54 56:76, „Briefeingänge Dt. Ges. f. eth. Kultur“

ausschließen. Waren sie dazu nicht bereit, konnten sie einer Zwangsauflösung nur durch Selbstauflösung zuvorzukommen. Er aber lud in drei aufeinanderfolgenden Nummern der *Ethischen Kultur* (Ende 1933 und Anfang 1934) – und damit öffentlich – als „der Vorsitzende Dr. Richard Bieber“ für den 27. Januar 1934 zum „Gesellschaftstag“ ein, also zur Mitgliederversammlung in sein Büro in die Kaiser-Wilhelm-Straße 53. Im Juni 1935, auf der nächsten Mitgliederversammlung, legte er allerdings mit fast siebenundsiebzig Jahren den Vorsitz nieder, ob aus politischen oder aus gesundheitlichen Gründen – laut Gerda Voss, einer Tochter von Dora und Heinrich Lux, soll er schon länger krank gewesen sein –, ist nicht bekannt. Hilfreich für sein Ausharren mag gewesen sein, dass er trotz des auf ihn zutreffenden „Arierparagraphen“ eine Wiederezulassung als Rechtsanwalt erhalten hatte, da er unter die Ausnahmeregelung für jene jüdischen Anwälte fiel, die bereits vor dem 1. August 1914 praktiziert hatten.⁹⁵ Ein gutes Jahr nachdem er den Vorsitz niedergelegt hatte, am 19. September 1936, starb Richard Bieber in Berlin.

Keiner der nach 1933 noch aktiven Mitglieder von Gesellschaft und Zeitschrift war so lange und so kontinuierlich mit diesen beiden Einrichtungen verbunden wie Richard Bieber. Er stabilisierte sie, ohne nach außen groß in Erscheinung zu treten. In einem Brief von 1930, den er ebenfalls an Ferdinand Tönnies verfasste, spielt er seine Bedeutung ironisch herunter: „Als Verleger der E. K. habe ich nur die ehrenvolle Aufgabe, jährlich ein nicht ganz unerhebliches Defizit aus meinen Privatmitteln zu decken.“⁹⁶

Politische Kontrolle im Medienbereich

Bei den Zeitschriften und Zeitungen wurde eine Lenkung primär über Personalkontrollen, über die skizzierten Aufnahme- beziehungsweise Ausschlussverfahren ausgeübt. Bei den täglichen Publikationen kam eine inhaltliche Lenkung durch direkte Anweisungen hinzu, beispielsweise über Tagesparolen. Zusätzlich führten Einschüchterungen von Herausgebern und Redakteuren, Entzug der Finanzierungsgrundlage beziehungsweise der Papierzuteilung sowie Beschlagnahme oder Zensur zur Einstellung von Zeitschriften und Zeitungen.

Die *Ethische Kultur* konnte sich vermutlich noch einige Jahre halten, weil sie klein war. Ihre größte Auflage erreichte sie 1908 mit 3000 Exemplaren; 1933 sank die Auflage auf 800, 1935

⁹⁵ Simone Ladwig-Winters: *Anwalt ohne Recht. Das Schicksal jüdischer Anwälte in Berlin nach 1933*. Berlin: be.bra verlag 1998; zur Ausnahmeregelung siehe S. 10; eine Kurzbiografie über Richard Bieber befindet sich auf S. 103. Dass er bis 1935 praktizierte, steht auch in einem Curriculum Vitae seiner Frau Dr. med. Annemarie Bieber von 1940.

⁹⁶ Brief von Richard Bieber an Ferdinand Tönnies vom 3. April 1930. Aus dem Nachlass von Ferdinand Tönnies in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek in Kiel, a. a. O.

auf 600, 1935/1936 auf 600 Exemplare.⁹⁷ Sie mag zudem unbehelligt geblieben sein, weil ab 1933 niemand mit Rang und Namen an ihr mitwirkte. Auch hatte sie, außer im Jahr 1932, keine eindeutig linke und pazifistische Ausrichtung.

Die für die Zeitschrift Verantwortlichen verfolgten die Strategie, jeden Kontakt sowohl zu den neu eingerichteten Kammern und Kontrollinstanzen als auch zu den „alten“ Behörden zu vermeiden. So teilten sie der Registerabteilung der Berliner Handelskammer weder die veränderte Verlagsanschrift im Sommer 1933 mit noch im September 1936 den Tod des Verlagsinhabers Richard Bieber.⁹⁸

Weil die Kontrollen nur langsam und nur eingeschränkt griffen und weil der nationalsozialistische Staat nicht völlig auf eine bürgerliche Presse verzichten wollte, war der Prozess der Mediengleichschaltung formal erst 1936, faktisch jedoch nie ganz abgeschlossen. Speziell in den ersten Jahren der NS-Herrschaft war für die Medien wie für die anderen gesellschaftlichen Bereiche eine „Mischung aus Selbstanpassung und erzwungener Umstellung“ charakteristisch.⁹⁹ Dies alles mag erklären, warum die *Ethische Kultur* bis Ende 1936 erscheinen konnte. Unbekannt ist, wie viele und welche anderen kleinen Zeitschriften in regimekritischer Absicht noch einige Jahre nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten weiter bestanden.¹⁰⁰

⁹⁷ Vor und während des Ersten Weltkriegs wurden jeweils 2200 Stück gedruckt; ab 1925, mit Zwischenschritten, nur noch 1000 Exemplare. Die Angaben beruhen auf Selbstanzeige in: Sperlings Zeitschriften- u. Zeitungs-Adressbuch: Handbuch der deutschen Presse. Hrsg. vom Börsenverein der Deutschen Buchhändler. Leipzig: Verlag des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler 1926 – 1947; Vorläufer: Sperlings Zeitschriften-Adressbuch 1902 – 1925. Die seit der Jahrhundertwende abnehmende Bedeutung der Zeitschrift lässt sich auch aus ihrer Entwicklung von einer Wochenschrift (ab 1893) zu einem Monatsblatt (ab 1920) ersehen. Im letzten Jahr ihres Erscheinens wurden zudem Format und Seitenumfang reduziert: Die zwölf Hefte pro Jahr umfassten 1932 bis 1935 jeweils 190 Seiten im Großformat, 1936 erschienen nur sechs Doppelhefte in kleinerem Format mit jeweils achtundsechzig Seiten. Ein Grund mag die limitierte Papierzuteilung gewesen sein.

⁹⁸ Der Verlag war am 22. August 1897 als Firma Richard Biebers ins Handelsregister eingetragen worden. In einem Schreiben vom 22. März 1937 der Industrie- und Handelskammer/Registerabteilung ans Amtsgericht Berlin in N 65, Gerichtstraße 27, heißt es, für mich nicht interpretierbar: „Der Betrieb ist bereits im Jahre 1930 eingestellt worden.“ Am 27. März erhielt die Witwe Dr. Annemarie Bieber per Postzustellungsurkunde die Mitteilung, dass die Firma von Amts wegen gelöscht werden soll – was am 29. Juni 1937 erfolgte. Siehe: Landesarchiv Berlin, Handelsregisterakten, A Rep. 342-02, Nr. 32051

⁹⁹ Norbert Frei und Johannes Schmitz: Journalismus im Dritten Reich. München: Verlag C. H. Beck 1989, S. 26

¹⁰⁰ Einige – allerdings größere – Zeitschriften sind besprochen in: Heinz-Dietrich Fischer (Hg.): Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts. Pullach: Verlag Dokumentation 1973. Nach der dortigen Darstellung versuchten einen Dissens zur NS-Ideologie zu wahren: die konservative *Deutsche Rundschau*, *Die Neue Rundschau* in der Nachfolge Samuel Fischers mit Peter Suhrkamp als Redakteur, *Die Hilfe* in liberaler Tradition unter Mitwirkung von Theodor Heuss sowie die katholische Zeitschrift *Hochland*. Über *Die Hilfe* liegt eine kritische Analyse vor: Jürgen Frölich: „Die Umformung des deutschen Seins erlaubt keine passive Resignation“. Die Zeitschrift *Die Hilfe* im Nationalsozialismus. In: Christoph Studt (Hg.): „Diener des Staates“ oder „Widerstand zwischen den Zeilen“? Die Rolle der Presse im „Dritten Reich“ (Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli, Bd. 8). Berlin: LIT Verlag Dr. W. Hopf 2007, S. 115 – 129

Von Kritik bis Zustimmung: Autoren und Inhalte der Zeitschrift 1933 – 1936

Die Beiträge in der *Ethischen Kultur* reichen von einer kritischen Kommentierung der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung über ein Festhalten an liberalen Werten bei Vermeidung von Aussagen zur Gegenwart bis zur sprachlichen Anbiederung. Sogar eine Zustimmung zu Teilen der staatlichen Politik ist erkennbar. Rückblickend erstaunt, dass einige, die in der Zeitschrift publizierten, das ganze Spektrum abdeckten. Unter den Autoren gehört Dora Lux eindeutig zu denjenigen, die ihre Kritik an der neuen Regierungspolitik unmissverständlich und durchgängig äußerten. Ihre wichtigsten Beiträge habe ich besprochen. (Siehe: Hilde Schramm, 2012)

In manchen Beiträgen wird versucht, einen Dissens „zwischen den Zeilen“ zu vermitteln, wie eine indirekte und vorsichtige Form der Kritik damals genannt wurde. Bei großer Unterschiedlichkeit gehe ich davon aus, dass alle, die in der *Ethischen Kultur* schrieben, in ihrer eigenen Wahrnehmung Distanz zum NS-Staat wahrten. Was für einige aber nicht haltbar erscheint, etwa für August Messer, Professor für Philosophie und Pädagogik an der Universität Gießen. Wie der Philosoph und Schriftsteller Ludwig Marcuse berichtet, hatte dieser sich bereits 1932 mit einer anderen Zeitschrift, die er herausgab, den Nationalsozialisten angedient.¹⁰¹ An der Einschätzung seines Verhaltens als opportunistisch kann die Tatsache, dass er trotzdem 1933 aus dem Staatsdienst entlassen wurde, nichts ändern. Dass er überhaupt, wenn auch erst 1935 und 1936, zu Wort kam, zeigt, wie weit sich die *Ethische Kultur* von ihrem früheren Anspruch entfernt hatte.¹⁰²

Überblickt man die Beiträge in dieser Zeit, so fällt eine Zustimmungstendenz zu bestimmten nationalsozialistischen Ideologie- und Politikelementen auf, die eine vordergründige Nähe zu alten Forderungen der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur haben. Die drei deutlichsten Einbruchstellen für Zustimmung zu der von den Nationalsozialisten propagierten „neuen Ordnung“ waren:

((1 LZ))

- Der Vorrang der Gemeinschaft vor dem Einzelnen – hier konnten die Autoren an die Gemeinwohlorientierung, einem Grundpfeiler der Ethischen Kultur, anknüpfen.

¹⁰¹ Messer hatte, laut Ludwig Marcuse, bereits 1932 das Märzheft der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Philosophie und Leben* mit einer Banderole versehen, die die Aufschrift trug: „Das ganze Heft ist gewidmet der Weltanschauung des Nationalsozialismus.“ Dazu Ludwig Marcuse: „An der Spitze des Hefts hieß es: ‚Im Dienste der Volkseinheit erstrebt unsere Zeitschrift eine sachliche Aussprache der verschiedenen weltanschaulichen Richtungen.‘ Wie wissenschaftlich das klang: Es gibt einen Empirismus, einen Kantianismus und nun auch noch einen Rassismus.“ Siehe: Ludwig Marcuse: *Mein zwanzigstes Jahrhundert. Auf dem Weg zu einer Autobiographie*. München: Verlag List 1960, S. 143

¹⁰² August Messer, der seit seiner Jugend mit Reinhard Strecker befreundet war, schrieb 1935 erstmalig zwei Beiträge in der *Ethischen Kultur*, 1936 drei Artikel – wovon ich einen als unerträglich, die beiden anderen als unbedeutend bezeichnen würde.

- Die antiklerikale Haltung führender Nationalsozialisten – als Bezugspunkt diente die alte Forderung der Zurückdrängung des Einflusses der Kirchen bei gleichzeitiger Aufwertung des Freireligiösen.
- Der Antikapitalismus innerhalb der NS-Bewegung – damit korrespondierte die in der *Ethischen Kultur* durchaus verbreitete Vorstellung, es läge im gesellschaftlichen Gesamtinteresse, die Macht des Kapitals einzuschränken.

((1 LZ))

Irritierend ist, dass „Rasse“ als politische und gesellschaftliche Kategorie in der Zeitschrift kaum explizit zurückgewiesen wird, sie fließt vielmehr unhinterfragt in zahlreiche Beiträge ein, so zur Eugenik oder zu den veränderten Unterrichtsinhalten im Fach Geschichte. Was dennoch unterbleibt, ist jegliche Diffamierung der Juden.

Aussagen darüber, wie distanziert oder affirmativ die einzelne Autoren und Autorinnen sich in der *Ethischen Kultur* äußern, sind dadurch erschwert, dass ab 1933 zahlreiche Beiträge – selbst Leitartikel – nur mit einem oder zwei Großbuchstaben beziehungsweise mit einem Pseudonym gekennzeichnet sind.¹⁰³ Wer war Dr. Sturm? Welche Person verbirgt sich hinter Argus? Wer steckt hinter S.? Wer hinter ***? Manche fingierte Namen oder Initialen konnte ich bestimmten Personen eindeutig zuordnen, manche hypothetisch, andere gar nicht. Da auch Pseudonyme bei der Reichsschrifttumskammer angegeben werden mussten und im Mitgliedsausweis vermerkt wurden (so nachweisbar „Heinrich Gosen“ für Reinhard Strecker), verdeckte man die Urheberschaft der Artikel häufig durch Einzelbuchstaben. Ab 1932 gab es zudem kein Inhaltsverzeichnis mehr, in dem – wie bis dahin fast durchgängig – die vollen Namen der Verfasser ausgewiesen waren, selbst wenn sie ihre Beiträge nur mit ihren Initialen zeichneten.

Ich möchte zwei Autoren vorstellen, die beide die *Ethische Kultur* mitprägten und dem Anpassungsdruck der damaligen Zeit unterschiedlich stark nachgaben: Reinhard Strecker und Rolf Gustav Haebler. Zudem gehe ich auf jene Frauen ein, die zusätzlich zu Dora Lux in der Zeitschrift publizierten.

Die Entwicklung des Reinhard Strecker

Professor Dr. Reinhard Strecker (1876 – 1951), Philosoph und Pädagoge, muss in der Gesellschaft und in der Zeitung eine zunehmend wichtige Rolle gespielt haben. Zumindest im

¹⁰³ Zum Vergleich: In den Zeitschriften *Die Frau* und *Die Hilfe* sind, mit wenigen Ausnahmen, alle Artikel mit Vor- und Nachname gezeichnet.

letzten Jahr des Bestehens muss er den Leitungsgremien beider Einrichtungen angehört haben. Von März 1936 bis Ende 1936 erscheint er als Herausgeber der *Ethischen Kultur*. Den Neujahrsgruß 1936 unterzeichnet er „Für Vorstand und Schriftleitung“. In der Zeitschrift hatte er seit 1910 häufig geschrieben, und von 1933 bis 1936 stammen von ihm mindestens zweiundzwanzig Beiträge, einschließlich größerer Rezensionen, die sich überwiegend auf geistesgeschichtliche Themen beschränken, ohne einen direkten Bezug zur Gegenwart.

Sein biografischer Hintergrund ist gut zu rekonstruieren: Reinhard Strecker studierte Philosophie und Geschichte. Zu Beginn der Weimarer Republik trat er in die Deutsche Demokratische Partei ein, bald darauf wechselte er zur SPD. Von 1919 bis 1921 war er hessischer Kultusminister; der Deutschen Friedensgesellschaft gehörte er seit der Kaiserzeit an. 1933 wurde er aus dem Staatsdienst in Thüringen, wo er zeitweilig Honorarprofessor war, entfernt, konnte aber seine Stelle als Privatdozent für Naturphilosophie an der Forsthochschule in Eberswalde behalten. Dass Personen, die aus politischen und nicht aus rassistischen Gründen entlassen worden waren, an anderer Stelle und in anderer Funktion weiter arbeiten konnten, war nicht ungewöhnlich und hing mehr von ihrem gegenwärtigen als von ihrem zurückliegenden politischen Verhalten ab.

Bevor weiter auf Streckers Werdegang nach 1933 eingegangen werden soll, füge ich Passagen aus dem Leitartikel des Februarhefts 1933 ein, der mit drei Sternchen gekennzeichnet ist und den ich dennoch ihm zuordnen kann – das glaube ich wenigstens. Der Beitrag trägt den merkwürdigen Titel „Die Leichenfeier des Antyllius“ und ist eine Parabel über die NS-Machteroberung in Deutschland Anfang der dreißiger Jahre.

Zum historischen Kontext: Antyllius war ein Sklave, dessen Herr zu den Anhängern eines Livius Drusus gehörte. Antyllius wurde im Jahr 121 v. Chr. in einem Streit, den er selbst entfacht hatte, von einem Gefolgsmann des Gajus Gracchus¹⁰⁴ erstochen. Gracchus stirbt kurz darauf auf der Flucht. Im Gewand einer dramatischen Geschichte aus dem alten Rom werden von Strecker die Mechanismen der Herrschaftsaneignung durch die Nationalsozialisten beschrieben.

Wir erfahren: Bei der Wahl der Volkstribunen war Gajus Gracchus, der die dringend notwendigen sozialen und demokratischen Reformen weiterführen wollte, durchgefallen: „Das war der erste Sieg der großen Herren, oder wie sie sich selbst nannten, der Gutgesinnten, der Vaterländischen.“ Der Gewinner, Livius Drusus, „ein äußerst wirkungsvoller Volksredner“, hatte seinen Wahlkampf mit falschen Versprechungen und nationalem Pathos geführt: „Vor allem ... wenn er zu diesen Versprechungen seine volltönenden Satzgebilde von

¹⁰⁴ Bei allen Namen wird die Schreibweise des Autors beibehalten.

Volk und Vaterland, von römischer Tugend und Religion über die Versammlung hinrollen ließ, erhoben sich wahre Stürme berauschten Beifalls.“ An mächtigen Unterstützern fehlte es ihm nicht, auch hatten die Konsuln „einem Teil der Bürger zur rechten Zeit das Wahlrecht entzogen“. Ihre neue Macht demonstrierten die Sieger gegenüber den unterlegenen Anhängern des Gajus Gracchus handgreiflich: „Aus dem Wege ihr Untermenschen! Jetzt sind Gott sei Dank wir Vaterländischen hier die Herren.“

Bei einem sich anschließenden Gerangel wurde am Ende Antyllus mit einem Dolch getötet. Die Vaterländischen heizten die Stimmung in Rom so lange an – unter anderem durch ein „pompöses Leichenbegängnis“ für den zum Märtyrer stilisierten Sklaven –, bis ihnen diktatorische Vollmachten übertragen wurden, wenn auch nicht streng nach Gesetz: „Aber über juristische Zwirnfäden wird eine entschlossene vaterländische Regierung natürlich niemals scheitern.“ Danach begann die Verfolgung der politischen Gegner. Nachdem Gajus Gracchus in aussichtsloser Lage von einem Diener den Dolchstoß erbeten hatte, seine Anhänger umgebracht oder geächtet waren, erbauten die Vaterländischen auf dem Forum „der Concordia, der Göttin der nationalen Einheit, einen neuen glänzenden Tempel und sich selbst schöne Häuser in dem vornehmen Viertel auf dem Palatin“.

Die „Vaterländischen“ im alten Rom setzten, um an die Macht zu kommen, Demagogie, falsche Versprechungen, Inszenierungen zur Emotionalisierung der Massen und Gewalt ein. Gemeint sind mit ihnen die Nationalsozialisten in Deutschland. Obwohl die Parabel vor Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 24. März 1933 entstanden war – sie wurde bereits Mitte Februar 1933 publiziert –, ist in ihr die weitere Entwicklung helllichtig vorweggenommen, bis hin zur Zelebrierung der nationalen Eintracht, nachdem die Gegner ausgeschaltet sind. In dem Leitartikel bezieht der Autor – wenn auch indirekt, dennoch gut verständlich – eine klare Position gegen die immer mächtiger werdenden Nationalsozialisten. Die Parabel ordne ich deshalb Reinhard Strecker zu, weil er 1951, in einem unfertigen Nachkriegsmanuskript, ausführt,¹⁰⁵ die Geschichte der Gracchen habe ihn schon im Studium fasziniert. Dort zieht er zudem Parallelen zwischen ihrem Untergang und dem Ende der Weimarer Republik.¹⁰⁶

¹⁰⁵ Prof. Dr. Reinhart [*] Strecker, Hessischer Kultusminister a. D., Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Gießen, unveröffentlichtes Manuskript, 1951, 124 Seiten, sowie ein Kapitelfragment von fünfzehn Seiten [* sonst mit „d“ geschrieben]. Siehe: Bundesarchiv, Standort Koblenz, Nachlass Reinhard Strecker, Sign. N 1782 Nr. 2/3. Die Arbeit am Manuskript, das einen noch unfertigen Eindruck macht, endete mit seinem Tod 1951.

¹⁰⁶ Reinhard Strecker schrieb 1951: Anlässlich eines Fackelzugs, in den er zufällig in einer Kleinstadt geraten war, musste „ich an jenen bezahlten Volkstribun Livius Drusus denken, für den sich das römische Volk ebenso begeisterte, als er im Dienste der römischen Großagrarien die Gracchen totschiessen half. Damit schlug das Weltreich die Richtung zum Untergang ein ... Auch da wurde die demokratische Entwicklungslinie verlassen, der Weg rechtzeitiger sozialistischer Reformen verfehlt.“ Aus: Reinhard Strecker, a. a. O., S. 11 f. und S. 117 f.

Knapp drei Jahre später, zum Jahresbeginn 1936, verfasste er den Neujahrsgruß in der *Ethischen Kultur*, in dem ich keine klare Absage an die Nationalsozialisten mehr erkennen kann: „Dass Gemeinnutz vor Eigennutz gehe und dass jeder an seinem Platze – und wäre es der allerbescheidenste – in voller Einsatzbereitschaft seine Schuldigkeit tue, das sind Grundsätze der nationalsozialistischen Bewegung, die aus der gleichen Quelle kommen, aus der auch unsere Gesellschaft für Ethische Kultur ihre Existenzberechtigung herleitet, nämlich aus dem deutschen Idealismus.“¹⁰⁷ Mit dieser Verbindungslinie vom deutschen Idealismus über die ethische Kultur bis hin zur nationalsozialistischen Bewegung hat Strecker den früheren intellektuellen und moralischen Anspruch der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur aufgegeben.

Seine publizistische Anpassungsbereitschaft korrespondiert mit seiner biografischen Entwicklung. Nachweislich gehörte er von September 1934 bis Februar 1940 der Reichsschrifttumskammer an und ab September 1934 dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB).¹⁰⁸ Solche Zugeständnisse mögen ihm unumgänglich erschienen sein, wollte er weiterhin lehren, publizieren und Geld verdienen. Sie mögen, so eine Hypothese, sogar im Interesse der Zeitschrift gelegen haben, weil auf diese Weise wenigstens einer der Verantwortlichen die gesetzlichen Vorgaben einhielt und damit die Publikationsmöglichkeit der anderen erleichterte. Aber Ende 1939, die *Ethische Kultur* bestand schon drei Jahre nicht mehr, ging er einen Schritt weiter: Er stellte einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP, der allerdings zu Beginn 1941 abgelehnt wurde.¹⁰⁹ Spätestens Anfang 1943, möglicherweise auch einige Monate früher, schloss er sich dann, nach eigener Aussage, oppositionellen Zirkeln an.¹¹⁰

Während leicht zu verstehen ist, warum Reinhard Strecker seine Mitarbeit in der *Ethischen Kultur* auf den Fragebögen der Reichsschrifttumskammer verschwieg¹¹¹ und angab, seit Ende 1933 nur in „forstlichen und Naturschutzblättern“ publiziert zu haben, lässt sich schwer erklären, warum er die Zeitschrift auch nach der Befreiung vom Faschismus in seinen

¹⁰⁷ Reinhard Strecker: Zum neuen Jahr! In: *Ethische Kultur*, 44. Jg., 1936, Nr. 1/2 und Heft 7/8

¹⁰⁸ Zu Reinhard Strecker liegen im Bundesarchiv drei ausgefüllte Fragebögen, zum Teil mit Anlagen (von 1934, 1938, 1939), im Zusammenhang mit seinen Aufnahmeanträgen in die Reichsschrifttumskammer vor; dort gibt er auch seine Mitgliedschaft im NSLB an. Weiterhin: Kopien von zwei Mitgliedsausweisen (vom September 1934 und vom Juni 1936), eine Erklärung vom 10. Februar 1940, dass er nicht mehr schriftstellerisch tätig ist, und die Antwort der Reichsschrifttumskammer vom 20. Februar 1940, die eine Entlassung aus der Kammer, „Gruppe Schriftsteller“ beinhaltet. Siehe: Bundesarchiv, Standort Berlin, Bestand RKK, Reinhard Strecker

¹⁰⁹ Der Aufnahmeantrag in die Partei wurde am 7. Februar 1941 endgültig abgelehnt. Von einer unteren Instanz, der NSDAP-Ortsgruppe Wilhelmshagen, wird mit dem Datum 28. November 1940 angegeben: „... aufgrund des hohen Alters und der politischen Vergangenheit“. Siehe: Bundesarchiv, Standort Berlin, PK Reinhard Strecker.

¹¹⁰ Reinhard Strecker: *Erinnerungen eines deutschen Demokraten*. 1951

¹¹¹ Auf den Fragebögen zu den Aufnahmeanträgen der Reichsschrifttumskammer von 1938 und 1939 musste er bei Frage 27 Auskunft geben zur „Mitarbeit an Zeitschriften seit dem 15. Dezember 1933“, und als Unterpunkt „mit welchen Zeitschriften“. Die *Ethische Kultur* gibt er verständlicherweise nicht an.

unveröffentlichten Erinnerungen von 1951 mit keinem Wort erwähnt. Vielleicht wollte er keine Nachfragen provozieren, denn er unterschlug nicht nur die *Ethische Kultur*, sondern ebenso seine Mitgliedschaft im NS-Lehrerbund und seinen Aufnahmeantrag in die NSDAP.

Rolf Gustav Haebler – der Autor mit den meisten Beiträgen

Die *Ethische Kultur* wollte zeitnah über die schnellen Veränderungen in der Politik informiert und Licht in die große Unübersichtlichkeit der nationalsozialistischen Gesetzgebung bringen. So sinnvoll die Absicht gewesen sein mag, so schwierig war ihre Realisierung. Die Aufgabe hatte vor allem „R. G. H.“ in der ständigen Rubrik „Kultur der Zeit“ übernommen. „R. G. H.“ ist die Abkürzung für Rolf Gustav Haebler.¹¹² Zeitgleich publizierte er unter dem Pseudonym „Ernst Falk“ oder „Ernst Wolfgang Falk“¹¹³ vor allem zu philosophiegeschichtlichen Themen und zum Verhältnis von Kirche und Staat. Ohne kleinere Rezensionen und kurze „Streiflichter“ mitgerechnet, ist er mit fünfzig Beiträgen von 1933 bis 1936, davon sechzehn unter seinen Pseudonymen, der häufigste Autor in der *Ethischen Kultur*.

Rolf Gustav Haebler (1888 – 1974) war vor 1933 ein ausgewiesener Pazifist. Über eine Loge in Süddeutschland gehörte er dem Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne“ an. Politisch engagierte er sich als SPD-Landtagsabgeordneter und Bildungsreformer in Karlsruhe, 1933 erhielt er als erster Lehrer Badens Berufsverbot; Publikationsverbote folgten.¹¹⁴ Später wurde er mehrmals verhaftet, und irgendwann zog er sich in seine Heimatstadt Baden-Baden zurück. Er verfasste literarische Texte zur Geschichte Badens sowie Manuskripte zur Demokratie als Staatsform, die er erst nach der Befreiung vom Faschismus veröffentlichte.

Vor und nach 1933 stand Haebler der Deutschen Glaubensbewegung nahe und publizierte gelegentlich in deren Zeitschrift *Deutscher Glaube*.¹¹⁵ Seine Artikel in der *Ethischen Kultur* sind allerdings weit weniger kritisch als die von Dora Lux zur Deutschen Glaubensbewegung.

¹¹² Rolf Gustav Haebler hatte bereits seit 1928 in der *Ethischen Kultur* publiziert, aber auch in anderen Zeitschriften, so zum Beispiel in der *Weltbühne*. In der *Ethischen Kultur* zeichnete er nach 1933 nur drei seiner Beiträge mit seinem Namen, die anderen mit „R. G. H.“.

¹¹³ „Ernst Falk“ als ein Pseudonym für Rolf Gustav Haebler postuliert Hans-Detlef Mebes (brieflich am 31. August 2010). Mebes ist der gegenwärtig beste Kenner der pazifistisch eingestellten Freimaurer, denen Haebler zugehörte. In der *Ethischen Kultur* veröffentlichte ein „Ernst Falk“ bereits vor 1933 gelegentlich Rezensionen.

¹¹⁴ Einige Unterlagen befinden sich im Stadtarchiv Karlsruhe, darunter zwei Artikel aus den *Badischen Neuen Nachrichten*, so einer vom 7. Februar 1958 zu seinem siebzigsten Geburtstag und ein weiterer vom 17. April 1974 anlässlich seines Todes. Gemäß einer Erklärung von Haebler vom 27. Juli 1946 wurde die *Badische Presse* vom Gaupropagandaamt Karlsruhe angewiesen, keine Beiträge mehr von ihm zu drucken, später folgte „ein von Berlin erlassenes Verbot jeder schriftstellerischen Tätigkeit“, jedoch ohne Angabe, wann die Anweisung und das Verbot erfolgte. Der Nachlass in Baden-Baden umfasst laut Auskunft des dortigen Stadtarchivs nur Dokumente aus der Nachkriegszeit, an deren demokratischer Erneuerung er als Lokalhistoriker, Antifaschist und Bildungspolitiker aktiv beteiligt war.

¹¹⁵ Ernst Falk in: *Deutscher Glaube*, 1934, Heft 3 und Heft 5. Als „R. G. H.“ bezieht er sich einmal in der *Ethischen Kultur* auf den im *Deutschen Glauben* publizierenden Autor Ernst Falk.

Er wandte sich aber dagegen, die „Rasse“ zur Basis einer neuen deutschen Religiosität zu machen, und niemals hat er sich antisemitisch geäußert. Unter seinem Pseudonym „Ernst Wolfgang Falk“ veröffentlichte er einen Nachruf auf den Maler Max Liebermann, der am 8. Februar 1935 in Berlin gestorben war. In ihm hob Haebler die naturalistische, ungeschönte und doch achtungsvolle Gestaltung arbeitender Menschen besonders im Frühwerk des Malers hervor.¹¹⁶ Liebermann hatte von 1920 bis 1933 der Preußischen Akademie der Künste vorgestanden und galt als Repräsentant des deutsch-jüdischen Großbürgertums. Von den Nationalsozialisten war er ab 1933 aus dem Kulturbetrieb herausgedrängt worden. Nur wenige nahmen sich die Freiheit, anlässlich seines Todes an seine Verdienste zu erinnern.¹¹⁷

Die Gradlinigkeit von Rolf Gustav Haelber, die er in seiner Lebensführung offenbar auch unter dem NS-Regime beibehielt, und seine respektablen Beiträge in der *Ethischen Kultur* sind für mich schwer vereinbar mit zahlreichen affirmativen oder zumindest unkritischen Stellungnahmen, die er in derselben Zeitschrift veröffentlichte. Ein Beispiel aus dem September 1934: „Revolutionen schaffen neues Recht: das heißt neue Wertungen der Rechtsbegriffe und neue Zielstellungen. Wenn politische Wirklichkeit und formuliertes Recht übereinstimmen sollen, dann ist eine Neugestaltung der rechtlichen Bestimmungen heute eine sachliche Notwendigkeit ... Das neue Strafrecht hat seinen Wert – Grundlage im Begriff des ‚Soldatischen‘“. Es ist „Ausdruck des Freund-Feind-Verhältnisses ... Der Verbrecher ist der Feind, der in das Gebiet der Gemeinschaft einbrechen will.“ Das neue Strafrecht wird entsprechend „eine unerbittliche, harte, insbesondere nicht vor Tötung zurückschreckende Bekämpfung des asozialen Feindes bringen“.¹¹⁸

Die Charakterisierung des zukünftigen Strafrechts – es handelte sich erst um Vorarbeiten zur Änderungen des Strafrechts durch die „Strafrechtskommission“ – mag den Wunsch der Leser, ohne Beschönigungen informiert zu werden, erfüllt haben. Durch den Rückgriff auf die „sachliche Notwendigkeit“, durch das Fehlen von Gegenargumenten und durch den Verzicht auf sprachliche Distanz wird das zukünftige Strafrecht jedoch immanent gerechtfertigt und als unumgänglich hingestellt.

Da der Blick von heute notwendigerweise ein anderer ist als der von damals, muss offen bleiben, was für die Zeitgenossen die vorherrschende Botschaft dieses und ähnlicher Artikel

¹¹⁶ Ernst Wolfgang Falk: Das Ethos im Werk Max Liebermanns. In: *Ethische Kultur*, 43. Jg., 1935, Heft 5, S. 68 – 72. Nur einige wenige andere Zeitungen und Zeitschriften brachten respektvolle Nachrufe. Siehe Ernst Volker Braun: Die Beisetzung Max Liebermanns am 11. Februar 1935: Umstände, Personen, Überlieferungen, Presseaktionen. In: Jahrbuch der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden. Dresden 1985, S. 167 – 186

¹¹⁷ Regina Scheer: „Wir sind die Liebermanns“. Die Geschichte einer Familie. Berlin: List Verlag 2008, insb. S. 340 – 354

¹¹⁸ R. G. H.: Kultur der Zeit. In: *Ethische Kultur*, 42. Jg., 1934, Heft 9, S.137 – 140. Die Rubrik „Kultur der Zeit“ informierte in der Regel zu Entwicklungen in mehreren Bereichen, so auch hier. Der Abschnitt zum neuen Strafrecht umfasst nur anderthalb Seiten (S. 137 f.).

war. Dass die *Ethische Kultur* als regimekritisch eingeschätzt wurde, geht aus einer Dissertation von 1938 über pazifistisch orientierte Presseorgane hervor. Dort ist sie unter den „Freidenkerisch-pazifistischen Blättern“ aufgeführt, die folgendermaßen charakterisiert werden: „Mit Ausnahme weniger zentraler Blätter war allen der Hass gegen den nationalen Staat gemeinsam.“¹¹⁹

Wer war Dr. M. J.? Die Beiträge der Autorinnen

Autorinnen und Frauenthemen traten ab 1933 in der *Ethischen Kultur* stärker hervor als in den unmittelbar davor liegenden Jahrgängen, wenn auch nicht so stark wie in den Anfangsjahren, als es eine enge Zusammenarbeit mit der Frauenbewegung gab. Diese Entwicklung ist vermutlich Anstößen von Dora Lux zu verdanken, als sie im Jahr 1933 als Redakteurin tätig war.

Im Unterschied zu den männlichen Autoren gibt es keinen Beitrag von einer Frau, der sich nicht explizit oder implizit von der antidemokratischen und repressiven Entwicklung in Staat und Gesellschaft abgrenzen würde. So spricht aus einem Artikel im Juniheft 1933, gezeichnet mit Dr. M. J., eine hohe Wertschätzung des „Bundes deutscher Frauenvereine“ und ein unverhohlenes Bedauern über seine Auflösung am 15. Mai 1933. Diese „kam mit einer Schnelligkeit, die etwas Erschütterndes hat“.¹²⁰ Teils in Rezensionen, teils in Kurzbiografien wird die Mütter- und Familienideologie abgelehnt. In einem geschichtlich ausgerichteten Beitrag beschreibt L. Berger die Berufstätigkeit der Frau im Mittelalter und in der Renaissance, bevor sie die Frauenberufsarbeit im 20. Jahrhundert als „ein zwangsläufiges Ergebnis der jahrhundertelangen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung“ kennzeichnet.¹²¹ Dr. M. Job plädiert wiederum in der Tradition der sozialistischen Reformpädagogik für Erholungsaufenthalte von Stadtkindern in Kinderheimen.¹²²

Vor allem eine Autorin, eine Marga Jarno beziehungsweise Margot Jarno, erinnert an emanzipierte, engagierte jüdische und nicht-jüdische Frauen der Vergangenheit und

¹¹⁹ Karl Ferdinand Reichel: Die pazifistische Presse. 1938. Die Erwähnung der *Ethischen Kultur* ist auf S. 69 f., Zitat S. 89

¹²⁰ Dr. M. J.: Opfer der Gegenwart. In: *Ethische Kultur*, 41. Jg., 1933, Heft 6, S. 93 – 95. Ausnahmsweise setze ich hier und bei anderen Beiträgen, die nachweislich oder möglicherweise von Frauen sind, den Dokortitel hinzu, mit dem Ziel, die Autorinnen zu identifizieren.

¹²¹ L. Berger: Zur Frage der Berufstätigkeit. In: *Ethische Kultur*, 42. Jg., 1934, Heft 4, S. 55 – 59; fortgesetzt: Heft 5, S. 72 – 77, Zitat S. 75. „L. Berger“ ist höchstwahrscheinlich Luise Berger, die verschiedentlich zur Mädchenbildung in der Zeitschrift *Die Mittelschule* schrieb, darunter 1930 einen emphatischen Nachruf auf Helene Lange, aber auch zur Bodenreform in der Publikation *Die Lehrerin*. In der *Ethischen Kultur* veröffentlichte L. Berger außerdem: „Fichtes ‚Geschlossener Handelsstaat‘: Ein Autarkie-Plan aus dem Jahre 1800“, 42. Jg., 1934, Heft 8, S. 113 – 119, und Heft 9, S. 129 – 133.

¹²² Dr. Marga Job: Kinderleben im Kinderheim. In: *Ethische Kultur*, 41. Jg., 1933, Heft 7, S. 109 – 111

Gegenwart.¹²³ So gedenkt Dr. Margot Jarno im April 1933 anlässlich des 100. Todestages der klugen Liebenswürdigkeit Rahel Varnhagens und würdigt ihr Eintreten für die Rechte der Frauen.¹²⁴ In ihrem Salon sei sie einst der „Mittelpunkt einer glänzenden Gesellschaft“ gewesen, „die sie mit ihrer Lebenswärme füllte ... Rahel bekämpfte leidenschaftlich Vorurteile, die der geistigen Entwicklung der Frau, ihrem Anrecht auf Arbeit und soziale Geltung hinderlich waren.“ Ihre jüdische Herkunft und ihr späterer Übertritt zum Christentum werden nur gestreift.

Vermutlich dieselbe Autorin, jedenfalls „Dr. M. J.“, verfasst im August 1933 eine Laudatio auf Jeannette Schwerin (1852 – 1899), einer Vertreterin der frühen Frauenbewegung.¹²⁵ Sie wird als eine der Wegbereiterinnen moderner Sozialarbeit und ehemals tätiges Mitglied in der Gesellschaft für ethische Kultur vorgestellt, als eine mutige Frau, die „Herzengüte mit Verstand“ verband. Am Schluss steht: „Was Jeannette Schwerin, die Jüdin, mit selbstvergessener, heroischer Hingabe tat, geschah aus reinster Menschenliebe für ihre deutsche Heimat. In einer Zeit, in welcher der jüdische Händlergeist in den Vordergrund gerückt wird, ist es für seine gedankenlosen Feinde ratsam, sich derer zu erinnern, die jüdischen Idealismus verkörpern; dann wirkt J. Schwerin noch von ihrem Grabe aus.“ Diese Worte sind auf dem Hintergrund zu lesen, dass der deutsche Staat seit Frühjahr 1933 den Jüdinnen und Juden die Mitarbeit in der deutschen Gesellschaft verwehrte und ihre Leistungen diffamierte.

Einige Monate nach dem erwähnten Nachruf auf Max Liebermann von Ernst Wolfgang Falk erschien ein weiterer in der *Ethischen Kultur* unter der Überschrift „Liebermann-Erinnerungen“, der mit „H. B.“ gezeichnet war.¹²⁶ Die Initialen stehen aller Wahrscheinlichkeit nach für Hetta Bamberger, die später, im Juli 1934, unter ihrem vollen Namen in der *Ethischen Kultur* zu einem anderen kunsthistorischen Thema publizierte.¹²⁷ Der Nachruf von H. B. besteht aus Textzitaten von zwei unangefochten, aber bereits verstorbenen

¹²³ In der *Ethischen Kultur* werden von Marga Jarno 1933 gewürdigt: Malwida von Meysenburg zum dreißigsten Todestag (Heft 6, S. 85 – 87), Gertrud Bäumer zum sechzigsten Geburtstag (Heft 9, S. 142 – 143) sowie Selma Lagerlöf zum fünfundsiebzigsten Geburtstag (Heft 11, S. 170 – 172).

¹²⁴ Dr. Margot Jarno: Rahel Varnhagen zum 100. Todestag am 7. März 1933. In: *Ethische Kultur*, 41. Jg., 1933, Heft 4, S. 60 – 62. Einen Aufsatz mit identischem Titel publizierte Margot Jarno in: *Der Bund*, Bern, 5./3. Zum 100. Todestag erschienen einzig vier weitere Artikel in verschiedenen Zeitschriften.

¹²⁵ Dr. M. J.: Jeannette Schwerin, 41. Jg., 1933, Heft 8, S. 125 – 127

¹²⁶ H. B.: Liebermann-Erinnerungen, 43. Jg., 1935, Heft 9, S. 130 – 133

¹²⁷ Hetta Bamberger, jüdischer Herkunft und evangelisch getauft, war eine Freundin der Familie Lux/Bieber. Sie wird als eine der Juden und Jüdinnen erwähnt, die am 5. Februar 1945 mit dem Internationalen Roten Kreuz von Theresienstadt in die Schweiz kamen. Siehe: Eberhard Röhm und Jörg Thierfelder: *Juden – Christen – Deutsche*. Bd. 4, Teil 2. Stuttgart: Calwer Verlag 2007, S. 131, S. 594, Anm. 220. Den geschichtlichen Hintergrund schildert Andreas Biss: *Wir hielten die Vernichtung an. Kampf gegen die „Endlösung“ 1944*. Mit einer Nachbemerkung von Hans Dieter Heilmann. Herstein: MÄRZ Verlag 1985, auch Ladislaus Löb: *Geschäfte mit dem Teufel. Die Tragödie des Judenretters Rezsö Kaszner*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau Verlag 2010

Größen der Museumsgeschichte, Alfred Lichtwark und Wilhelm von Bode.¹²⁸ Dennoch ist er unmissverständlich und scharf im Ton. Für Lichtwark und Bode war Liebermann ein „deutscher Maler“ sowie ein Freund und Förderer anderer deutscher Künstler; Angriffe gegen ihn lassen sie nicht zu. Lichtwarks Textzitat endet – angesichts einer Anfeindung, der Liebermann als Jude ausgesetzt war – mit einer drastischen Aussage des „urdeutschen“ Malers Wilhelm Leibl: „Ich bin der Leibl. Wenn Ihnen einer was tut, dem schlage ich die Knochen entzwei. Von da an waren sie Freunde.“

Viel Platz erhält eine Serie mit dem Titel: „Sozialpolitische Reformversuche in den Vereinigten Staaten von Amerika“.¹²⁹ J. Gentz leitet diese im Juli 1934 mit einem Artikel über Reformen im Frauenstrafvollzug in den USA ein.¹³⁰ Straffällige Frauen, so heißt es, werden dort „mehr als Menschen angesehen, die der Fürsorge, des Schutzes und der Erziehung bedürfen, denn als gefährliche Elemente, vor denen die Gesellschaft geschützt werden muss.“ Der Artikel wehrt sich gegen die „bei uns ... besonders in letzter Zeit wieder zur erhöhten Geltung gekommenen Theorien über den Zweck der Strafe: dass sie nämlich in erster Linie Sühne, Vergeltung und Buße sein solle“.

Anschließend würdigt „Dr. Margaret Jack (USA)“ das sozialpolitische Lebenswerk von Jane Addams, einer amerikanischen Frauenrechtlerin und Pazifistin.¹³¹ Sieben weitere Artikel aus den Jahren 1934, 1935 und 1936, die über Projekte und Reformen unter dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt berichten, darunter das Tennessee-Valley-Projekt,¹³² stammen von „Dr. M. Jackson (New York)“ beziehungsweise „Dr. Margaret Jack (USA)“.¹³³ Unter Dr. Margaret Jack wird 1935 zudem das Bild der eleganten, selbstbewussten, sozial und kulturell tätigen und obendrein politisch einflussreichen „Dame“ in den Vereinigten Staaten gezeichnet, die stolz darauf ist, berufstätig zu sein und ohne Hausangestellte ihre Kinder versorgt.¹³⁴

Sämtlichen Beiträgen der Amerika-Reihe ist gemeinsam, dass sie Möglichkeiten und Effizienz einer Politik, die sich am Gemeinwohl orientiert, in einer Demokratie aufzeigen. In

¹²⁸ Die Textzitate von Alfred Lichtwark, einst Direktor der Hamburger Kunsthalle, sind seinen „Briefen an die Kommission für die Verwaltung der Kunsthalle (1891 – 1913)“ entnommen. Den zweiten Text schrieb Wilhelm von Bode, Gründer des heute nach ihm genannten Bode-Museums in Berlin, zu Max Liebermanns sechzigsten Geburtstag 1927.

¹²⁹ So die Bezeichnung der Serie durch die Redaktion. In: *Ethische Kultur*, 42. Jg., 1934, Heft 7, S. 97

¹³⁰ J. Gentz: Strafvollzug an Frauen in USA. In: *Ethische Kultur*, 42. Jg., 1934, S. 97 – 103. Die Autorin könnte die Ehefrau von Werner Gentz gewesen sein, eines Reformers des Jugendstrafvollzugs in der Weimarer Republik und in den Anfangsjahren der DDR.

¹³¹ Dr. Margaret Jack (USA): 45 Jahre Hull-House. Das Lebenswerk Jane Addams. In: *Ethische Kultur*, 42. Jg., 1934, S. 104 – 106

¹³² Dr. M. Jackson: Amerikanische Kulturarbeit. Das Tennessee-Projekt lebt! In: *Ethische Kultur*, 44. Jg., 1936, Heft 3/4, S. 9 – 11

¹³³ Die sieben Beiträge von Dr. Margaret Jack (USA)/Dr. M. Jackson (New York) verteilen sich auf vier Beiträge 1934, zwei 1935 und einen 1936.

¹³⁴ Dr. Margaret Jack: Die „Dame“ in USA. In: *Ethische Kultur*, 43. Jg., 1935, Heft 1, S. 12 – 14

ihnen wird allerdings weitgehend vermieden, die Politik in Deutschland direkt anzusprechen. Dadurch weichen die Verfasserinnen vor Schwierigkeiten aus, vor der offenbar viele männlichen Autoren stehen, die über aktuelle politische Entwicklungen in Deutschland informieren wollen.

Vielleicht ist es schon aufgefallen: Zahlreiche Artikel stammen von Autorinnen, deren Vornamen mit „M“ und deren Nachnamen mit „J“ beginnen. Oder sie sind mit den Initialen „M. J.“ gezeichnet. Ich bin dem nachgegangen, mit folgendem Ergebnis: Dr. M. Job und Dr. Marga Jarno sind nachweislich identisch,¹³⁵ wobei entweder Job der richtige Nachname war und Jarno ein Pseudonym – oder umgekehrt. Eine M. Job veröffentlichte von 1928 bis 1932 in diversen Zeitungen und Zeitschriften mehrere Artikel zu Frauenthemen und zur Sozialpolitik. In einer Tageszeitung schrieb sie letztmalig 1932.¹³⁶ Dass die Abkürzung „Dr. M. J.“ für alle hier aufgeführten Namen stehen kann, auch für Dr. Marga Jack und Dr. M. Jackson, lässt an die Autorschaft ein- und derselben Frau denken. Eine Spur führt zu Jakob oder Jack Job als Ehemann oder Verwandtem, einem Schweizer Reiseschriftsteller und Literat, der seinerseits mit einem J. Jarno identisch zu sein scheint und unter diesem Namen 1928 über Wien berichtete.¹³⁷ „Dr. M. J.“ war vermutlich SPD-Mitglied, denn unter Margot Jarno veröffentlichte sie auch im *Vorwärts*. Weiterhin muss sie zur Frauenbewegung gehört haben, denn – wie aus ihrem Beitrag zur Auflösung des „Bundes deutscher Frauenvereine“ hervorgeht – sie nahm an dessen letzter „Generalversammlung“ im Oktober 1931 in Leipzig teil. Mehr war über „Dr. M. J.“ nicht herauszufinden.

Dieser Exkurs erhebt nicht den Anspruch, unter Einbeziehung aller Artikel und aller Autoren Ausmaß und Inhalt der Anpassung der *Ethischen Kultur* wie auch Formen und Stoßrichtung der kritischen Distanz in den letzten Jahren ihres Bestehens umfassend zu analysieren. Selbst eine vorläufige Einschätzung ist nur möglich, wenn man die etwa dreißig Beiträge von Dora Lux heranzieht, die nicht hier, sondern in *Meine Lehrerin, Dr. Dora Lux* vorgestellt werden (und dort auch nur teilweise). Sie verstärken den Gesamteindruck, dass die kleine Zeitschrift ihre liberale und demokratische Tradition wenigstens in Teilen gewahrt hat.

¹³⁵ Derselbe Artikel erschien einmal unter Dr. Marga Jarno, ein anderes Mal unter Dr. M. Job. Siehe Dr. Marga Jarno: Selma Lagerlöf, der Märchentante der Welt, zu ihrem 75. Geburtstag am 20. November 1933. In: *Ethische Kultur*, 41. Jg., 1933, Heft 11, S. 170 – 172, und in: *Deutsche Lehrerinnenzeitung*, 1933, S. 391

¹³⁶ M. Job schrieb in den *Bremer Nachrichten* (1929), den *Halleschen Nachrichten* (1930, 1931, 1932), in der *Schlesischen Zeitung* (1929) sowie im *Schwäbischen Merkur* (1930). Einige ihrer Themen: die soziale Wirkung der Mode, die Erwerbsmöglichkeiten älterer Frauen. Dr. Margot Jarno veröffentlichte auch im *Vorwärts*, etwa am 22. Januar 1931 den Beitrag „Die Angestellten in der Versicherung“.

¹³⁷ Alle Angaben sind entnommen aus Felix Dietrich, Reinhard Dietrich u. a. (Hg.): *Bibliographie der deutschen Zeitschriftenliteratur mit Einschluss von Sammelwerken und Zeitungen. Internationale Bibliographie der Zeitschriftenliteratur/Autorenregister/Abteilung A*. Verlegt von Felix Dietrich in Gautzsch bei Leipzig, ab 1936 in Markkleeberg bei Leipzig, ab 1950 in Osnabrück (teilweise reprinted in New York).

Selbstauflösung – eine Vermutung

In der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur muss es Kontroversen zur Frage gegeben haben, ob es sinnvoll ist, die Zeitschrift weiterzuführen. Dem „Gesellschaftstag“ am 1. Juni 1935 lag ein „Antrag auf Auflösung der Gesellschaft“ vor, der „mit großer Mehrheit abgelehnt“ wurde. Da der Antrag als Tagesordnungspunkt bereits auf der Einladung im März 1935 stand, ist anzunehmen, dass ihn noch der alte Vorstand unter Richard Bieber, der bis Juni 1935 amtierte, eingebracht hatte.

Zum neuen Vorsitzenden wurde Max Apel gewählt,¹³⁸ der sich über Jahrzehnte in der Gesellschaft engagiert und in der Zeitschrift publiziert hatte. Dr. phil. Max Apel (1877 – 1945) gehörte zu denjenigen, die sich weder persönlich noch als Autor kompromittiert haben. 1933 bis 1935 erschienen nur insgesamt sechs Beiträge von ihm – sofern er nicht außerdem unter bisher unerkannten Pseudonymen oder nicht deutbaren Initialen publizierte. Auch in seinem beruflichen Feld, der Philosophie, machte er keine Kompromisse. Die 1943 fertiggestellte Neuauflage seines *Philosophischen Wörterbuchs* ist frei von jeglicher NS-Ideologie und blieb ungedruckt.¹³⁹

Ungeklärt ist, was Ende 1936 zur Einstellung der Vereinstätigkeit und der Zeitschrift führte – ohne jede Ankündigung in einem der letzten Hefte. Bedrohliche Einwirkung von außen? Zerfallsprozess der Gesellschaft? Finanzprobleme? Die Einsicht in die Nichteinlösbarkeit der Ansprüche? Die vorhandenen Quellen geben darauf keine Antwort. Sie gewähren auch keinerlei Einblick in das Vereinsleben in den davorliegenden Jahren, von 1933 bis 1936. Wenn die Zeitschrift *Ethische Kultur*, in der bisweilen Entwicklungen in der Gesellschaft mitgeteilt werden, nicht vollständig bis 1936 vorläge, könnte man meinen, die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur habe schon Jahre davor aufgehört zu existieren.

Alles spricht dafür, dass Zeitschrift und Verein nicht ins Visier der staatlichen Kontrolle und der politischen Zensur gerieten und sich Ende 1936 selbst auflösten. Im anderen Fall hätte sich, auch wenn von lückenhaften Archivunterlagen auszugehen ist, in den einschlägigen Personen- oder Behördenbeständen von 1933 bis 1936 zumindest Spuren einer Überwachung

¹³⁸ Max Apel, von Beruf Philosoph, hatte 1902 die Freie Hochschule, eine Abzweigung der seit 1879 bestehenden Humboldt-Akademie, mitbegründet und in den Anfangsjahren geleitet. Sie hatte „Jahre hindurch eine nicht geringe Bedeutung im Berliner Geistesleben“ und war die „Vorläuferin der späteren Volkshochschulen“ – so Heinrich Lux, ein Freund von Max Apel und Logenbruder. Heinrich Lux: *Memoiren*, S. 42.

¹³⁹ Der Verlag Walter de Gruyter und dessen Berater Arthur Buchenau hielten es für besser „das Manuskript im Luftschutzkeller zu verstauen, wo es einstweilen ‚innerlich‘ reifen sollte“. In: Helen Müller: *Idealismus und Markt*. 2000, S. 183. Apels *Philosophisches Wörterbuch* wurde nach 1945 noch mehrmals aufgelegt.

gefunden. Vermutlich haben die Mitwirkenden, um unliebsamen Nachwirkungen vorzubeugen, ihrerseits alle Unterlagen vernichtet.

Fünfter Exkurs

Zur Wiedereinführung des Geschichtsunterrichts in Nordbaden nach 1945

In keinem Schulfach war ein Umdenken nach der Befreiung vom Nationalsozialismus so notwendig und zugleich so schwierig wie im Fach Geschichte. Die Tradition des Faches seit der Kaiserzeit war mit einem Bildungsauftrag zu Demokratie und Völkerverständigung nicht vereinbar. Weil aber keine neuen Konzepte, keine neuen Bücher und auch keine neuen Lehrer aus dem Boden gestampft werden konnten, verboten die drei westlichen Besatzungsmächte in ihren Zonen den Geschichtsunterricht bis auf Weiteres. Die Position, dass der Geschichtsunterricht in Deutschland grundlegend verändert werden müsse, vertraten nicht nur die Alliierten, sondern auch die meisten Deutschen, die sofort nach Kriegsende am Wiederaufbau von Schule und Unterricht arbeiteten. Neben Lehrern beteiligten sich an den Diskussionen Historiker und Pädagogen an den Universitäten und Personen in den Kultusverwaltungen. Es ist das Verdienst von Ulrich Mayer,¹⁴⁰ inzwischen vergessene Vorstellungen zur konsequenten Erneuerung des Geschichtsunterrichts, die gleich nach Kriegsende bis etwa 1948 entwickelt wurden, ausgegraben und ideengeschichtlich markiert zu haben.¹⁴¹ Diese aber wurden in den folgenden Jahren von den Geschichtslehrern und den Schulbuchautoren kaum aufgegriffen. (Welche geschichtsdidaktischen Positionen sich in den fünfziger Jahren stattdessen durchsetzten und wie der Geschichtsunterricht von Frau Dr. Lux sich davon abhob, ist Gegenstand des Kapitels: „Eine Geschichtslehrerin gegen den Zeitgeist“. In: Hilde Schramm, 2012, S. 293-307)

In Verbindung mit der Biografie von Dr. Dora Lux interessiert vor allem die Wiedereinführung des Geschichtsunterrichts im Regierungsbezirk Nordbaden, denn sie arbeitete seit 1947 als Geschichtslehrerin an der Elisabeth-von-Thadden-Schule in Heidelberg-Wieblingen, das zu Nordbaden gehörte. Unter den zahlreichen Länderstudien zur Schul- und Bildungspolitik in der Nachkriegszeit fehlt aber ausgerechnet eine Untersuchung zu Nordbaden – und damit für den Heidelberger Raum. Auch in den speziellen Studien zur

¹⁴⁰ Ulrich Mayer: Neue Wege im Geschichtsunterricht? Studien zur Entwicklung der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1953. Köln/Wien: Böhlau Verlag 1986

¹⁴¹ Ulrich Mayer korrigierte damit die häufig anzutreffende Meinung, dass es außer der Schrift von Erich Weniger: Neue Wege im Geschichtsunterricht (zuerst erschienen in: Die Sammlung, 1, 1945/1946, S. 339 – 343, S. 404 – 411, S. 500 – 511) keine relevanten Beiträge zur historisch-politischen Bildung gegeben habe.

Lehrplanentwicklung oder zur Zusammenarbeit mit den Alliierten wird Nordbaden immer ausgespart, während Hessen, Niedersachsen oder Bayern und ebenso die früheren Länder Württemberg-Hohenzollern und Baden (Südbaden) durchaus vorkommen. Und so kann ich über den damaligen Geschichtsunterricht in Nordbaden nur bruchstückhaft informieren. Bis Anfang der fünfziger Jahre zunächst der Südweststaat, dann das neue Bundesland Baden-Württemberg entstand, bildete der Regierungsbezirk Nordbaden (mit Sitz des Präsidiums in Karlsruhe) zusammen mit dem Regierungsbezirk Nordwürttemberg das Land Württemberg-Baden (mit der Landeshauptstadt Stuttgart). Die beiden Regierungsbezirke hatten in Fragen von Schule und Kultur eine relative Eigenständigkeit gegenüber der Landesregierung.

Sicher ist, dass in Nordbaden – wie in den drei Westzonen generell – nicht nur die US-Militärregierung, sondern ebenfalls die Verantwortlichen auf deutscher Seite den Geschichtsunterricht zunächst aussetzen wollten. So weigerte sich 1946 der für Nordbaden zuständige „Landesdirektor für Kultus und Unterricht“ mit Amtssitz in Karlsruhe, Professor Dr. Franz Schnabel, die Wiedereinführung des Geschichtsunterrichts bei der amerikanischen Militärregierung zu beantragen, obwohl er von Gymnasiallehrern dazu gedrängt wurde. Man ahnt die tiefer liegenden Gründe für seine Weigerung, liest man die Eingabe eines Mannheimer Geschichtslehrers, der ganz in völkisch-nationaler Tradition schreibt, es müsse der Jugend „vor allem der Stolz auf ihr Deutschtum wiedergegeben werden“ und dies könnte man unter „Hinweis auf die großen Leistungen des eigenen Volkes in seiner Vergangenheit“ erreichen. Ohne auf das Schreiben inhaltlich einzugehen, antwortet Schnabel: „Zu viele Vorfragen über die Auswahl des Stoffes und das Ziel des Unterrichts seien noch zu klären. Dies wiederum sei nur im Zusammenhang aller drei Länder der amerikanischen Zone möglich.“¹⁴²

Franz Schnabel (1887 – 1966) war Professor für Geschichte an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Von September 1945 bis November 1947 war er zuständig für Schule und Unterricht im Regierungsbezirk Nordbaden, von 1947 bis 1963 Lehrstuhlinhaber für Neuere Geschichte an der Maximilians-Universität München. Als Demokrat und liberaler Historiker war er 1936 von seinem Karlsruher Lehrstuhl vertrieben worden und hatte Publikationsverbot – „Maßnahmen, die das Regime nur gegen sehr wenige seiner wie er nichtjüdischen Kollegen zu ergreifen Anlass sah“.¹⁴³

¹⁴² Eingabe vom 23. Februar 1946, abgedruckt mit dem Antwortschreiben von Franz Schnabel bei Ulrich Mayer: *Neue Wege im Geschichtsunterricht?* 1986, S. 130

¹⁴³ Lothar Gall: Franz Schnabel. In: Lothar Gall (Hg.): *Die großen Deutschen in unserer Epoche*. Berlin: Propyläen Verlag 1995, S. 143 – 155, Zitat S. 144

Professor Schnabel gehörte zu denjenigen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit für eine konsequente Erneuerung von Schule und Unterricht eintraten und für eine Entlassung aller Lehrkräfte plädierte, die einst NSDAP-Mitglieder waren.¹⁴⁴ Das hätte 70 bis 80 Prozent der Lehrkräfte in Württemberg-Baden betroffen. Zahlenangaben über die – wenn auch meist nur kurzzeitig – in Nordbaden aus dem Schuldienst entfernten Lehrer und Lehrerinnen konnte ich nicht finden, wohl aber zu einigen Städten in Hessen und Bayern, beides Länder, die zur amerikanischen Zone gehörten. So wurden in Frankfurt 50 Prozent, in Darmstadt 85 Prozent und in Würzburg 90 Prozent der Lehrkräfte entlassen.¹⁴⁵

Im Regierungsbezirk Nordbaden, wie in der ganzen amerikanischen Zone, dauerte das Verbot des Geschichtsunterrichts für die höheren Schulen, die hier vor allem im Blick sind, bis Herbst 1947. Als Zwischenlösung waren von Franz Schnabel für Nordbaden (und ähnlich von Dr. Adolf Richter für Nordwürttemberg) Geschichtstabellen in Form chronologischer Aufrisse, auch „Zeittafeln“ genannt, ausgearbeitet und von der US-Militärregierung im Herbst 1946 genehmigt worden – allerdings nicht für das Fach Geschichte, das ja noch nicht wieder unterrichtet wurde, sondern zur Verwendung in den Fächern Deutsch und Latein. Ein regulärer Geschichtsunterricht stand dann ab dem Schuljahr 1947/1948, das im Herbst begann, von der siebten bis zur dreizehnten Klasse mit wöchentlich zwei Stunden wieder auf dem Stundenplan. Bereits damals schloss das Fach die „jüngste Vergangenheit“ ein, so eine Umschreibung der Zeitspanne ab der Revolution 1918/1919 bis 1945. Das bedeutet, dass die Schulverwaltung das Thema Nationalsozialismus als Unterrichtsgegenstand gleich mit der Wiedereinführung des Geschichtsunterrichts vorgesehen hatte – was vielfach falsch erinnert wird.

Einen Lehrplan gab es allerdings noch nicht, die erwähnten Geschichtstabellen dienten weiterhin als Notbehelf. Sie wurden ergänzt durch eine grobe Verteilung der vergangenen Epochen auf die einzelnen Jahrgangsstufen. Diese Stoffverteilung schrieb vor, dass in der vierten wie auch in der elften Klasse jeweils mit dem Altertum zu beginnen und in der zehnten und dreizehnten Klasse mit der jüngsten Vergangenheit abzuschließen sei.¹⁴⁶ Aber schon bald zeigten sich die Mängel eines Geschichtsunterrichts, für den nur Tabellen verbunden mit einer sehr pauschalen Stoffverteilung vorgegeben waren. Die

¹⁴⁴ Über Franz Schnabel als Bildungspolitiker in der Nachkriegszeit findet sich einiges bei Anette Hettinger: Geschichtslehrausbildung im diachronen Vergleich. Das Beispiel Württemberg-Baden. In: Wolfgang Hasberg und Manfred Seidenfuß (Hg.): Modernisierung im Umbruch. Geschichtsdidaktik und Geschichtsunterricht nach 1945. Berlin/Münster: LIT Verlag Dr. W. Hopf 2008, S. 187 – 216

¹⁴⁵ Karl-Ernst Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945 – 1949. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1970, S. 74

¹⁴⁶ Ulrich Mayer: Neue Wege im Geschichtsunterricht? 1986, S. 132, unter Bezug auf den Erlass des Präsidenten des Landesbezirks Baden, Abt. Kultus und Unterricht, Nr. B 6645, vom 1. Juli 1947, GLK (Generallandesarchiv Karlsruhe), Abt. 235, Nr. 35448, 66

Geschichtstabellen erwiesen sich geradezu als kontraproduktiv: Sie hatten dazu geführt, dass viele Lehrer, „um durch Interpretationen und Stellungnahmen nicht anzuecken“, sich ganz auf die „reinen Fakten“ zurückzogen.¹⁴⁷ In Ermanglung eines ausgearbeiteten Lehrplans wurde der Unterricht weitgehend über die zugelassenen Geschichtsbücher gesteuert, die dadurch eine große und durchaus problematische Bedeutung erhielten.

Zeitgleich mit der amerikanischen Zone war auch der Geschichtsunterricht in der britischen Zone wieder eingeführt worden. In der französischen Zone dagegen wurde er zunächst nur sukzessive, immer in Abhängigkeit von der Genehmigung eines Schulbuchs für den jeweiligen Zeitabschnitt erlaubt. Erst im Juli 1949, kurz vor Ablauf des Besatzungsstatuts, wurde er hier generell und überall zugelassen. Hintergrund der Verzögerung war unter anderem ein Konflikt im damaligen Land Württemberg-Hohenzollern, das zur französischen Zone gehörte, um ein Unterrichtswerk von Fritz Karsen. Zum Schuljahr 1949/1950 war dann in der gesamten Bundesrepublik in allen Schulformen und Schulstufen Geschichte als Unterrichtsfach wieder vorgesehen. Das schloss überall, außer in den Volksschulen in Südbaden,¹⁴⁸ eine Bearbeitung des Nationalsozialismus ein.

Verbot und Wiedereinführung des Geschichtsunterrichts in Nordbaden scheinen im Wesentlichen einvernehmlich zwischen der US-Besatzungsmacht und der Kultusverwaltung in Karlsruhe verlaufen zu sein.¹⁴⁹ Das ist insofern bemerkenswert, als die Mehrzahl der Deutschen damals die amerikanische Re-Education-Politik als Indoktrination und Bevormundung ablehnte. Inzwischen hat sich deren Einschätzung – zumindest in der wissenschaftlichen Diskussion – grundlegend geändert. Ihre Ziele gelten jetzt als notwendig und ihre Umsetzung als weitgehend partizipatorisch. Die Bildungsexperten aus den USA standen in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor dem Dilemma, die Schulen demokratisieren zu wollen und gleichzeitig zu wissen, „dass die Schulreform von den Deutschen selbst vollzogen werden müsste“.¹⁵⁰ Wegen Widerstands unter den Lehrern und in den Kultusverwaltungen setzten sie ihr zentrales Anliegen, die Aufhebung des dreigliedrigen Schulsystems, das sie als vordemokratisch erachteten, nicht durch. (In einer Neugliederung nach Schulstufen bei größtmöglicher Einheitlichkeit der Unterrichtsinhalte hatten sie den

¹⁴⁷ Ebenda, S. 132 f.

¹⁴⁸ Einzig der Lehrplan von 1949 für die Volksschule im Land Baden (Südbaden gehörte damals zur französischen Zone) hatte noch „die brisanten Themen der Weimarer Republik und der NS-Zeit schlichtweg ausklammert“. A. a. O., S. 141 f.

¹⁴⁹ Als Besatzungsmacht trat die amerikanische Militärregierung von Frühjahr 1945 bis Spätherbst 1949 als „Office of Military Government für Germany (US)“ (OMGUS) auf, danach, bis zur Beendigung des Besatzungsstatus im Mai 1955, als „U.S. High Commissioner for Germany“ (USHCG).

¹⁵⁰ Karl-Ernst Bungenstab: Umerziehung zur Demokratie? 1970, S. 85. Siehe auch: Marcelo Caruso: Die Bildungspolitik als politische Bildung (1945 – 1949). Eine Bilanz der Literatur über verpasste Chancen und Restauration im Nachkriegsdeutschland. In: Pädagogische Rundschau, Jg. 52, 1998, S. 549 – 578

Kern ihrer Demokratisierungsbemühungen im Schulsystem gesehen.) Bei anderen Programmpunkten aber, wie der Einführung des Fachs Sozialkunde, waren sie erfolgreich.¹⁵¹ Im Fach Geschichte gab in den westlichen Besatzungszonen verschiedentlich Kontroversen um den Grad der Erneuerung, die sich an der Einführung von Schulbüchern festmachten.¹⁵² Sie entzündeten sie sich vor allem an den Unterrichtswerken von Fritz Karsen und Fritz Wuessing, die beide in der Weimarer Republik zum „Bund entschiedener Schulreformer“ gehört hatten, und, wenn auch weniger vehement, an einem Geschichtsbuch von Karl König und Kurt Witte. Sie fanden Zustimmung bei den Besatzungsmächten, nicht aber bei den Vertretern der Geschichtslehrer, die als Gremienmitglieder oder als Gutachter Mitspracherecht hatten und häufig von den Kultusverwaltungen in ihrer Ablehnung unterstützt wurden.

Fritz Karsen (1885 – 1951) war der wohl bekannteste Schulreformer der Weimarer Republik, er hatte sich als Theoretiker und zugleich als Leiter einer erfolgreichen Einheitsschule in Berlin-Neukölln profiliert. 1933 emigrierte er über Zwischenstationen in die USA. Zusammen mit anderen Emmigranten arbeitete er bereits seit 1944 an einem dreibändigen Geschichtsbuch für die Oberstufe des Gymnasiums mit dem Titel: *Geschichte unserer Welt*. 1945 kehrte er im Stab der amerikanischen Militärregierung nach Berlin zurück. Von den westlichen Alliierten erhielt er für sein Buchprojekt Unterstützung, von deutscher Seite kaum. Der zweite Band, *Die Vorherrschaft Europas*, erschien 1948. Die beiden anderen Bände wurden nicht fertiggestellt. Fritz Karsen kehrte 1948 enttäuscht über die erfahrene Ablehnung in Deutschland in die Vereinigten Staaten zurück.¹⁵³

Fritz Wuessing wiederum leitete in der direkten Nachkriegszeit eine Arbeitsgruppe von Geschichtslehrern in Berlin. Das von ihm verantwortete mehrbändige Unterrichtswerk *Wege der Völker*, das dem Geschichtsunterricht der höheren Schulen bis zum Abitur zu Grunde gelegt konnte, war in Nordbaden 1949 als erstes Schulgeschichtsbuch zugelassen und den

¹⁵¹ Warum die westlichen Alliierten die Aufhebung des dreigliedrigen Schulsystems landesweit nicht durchsetzen konnten – trotz unterschiedlicher regionaler Bedingungen und Interventionsstrategien – thematisiert Marcelo Caruso: Das Scheitern lasse sich nicht auf äußere Faktoren, sondern einzig auf den politischen Willen „der Deutschen als Subjekte“ zurückführen. Die Deutschen waren „hauptsächlich hungrig nach Tradition und Vergangenheit“. Marcelo Caruso: Die Bildungspolitik als politische Bildung (1945 – 1949). 1998, S. 571 f. Die Re-Education-Politik und ihre Auswirkungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Presse, Rundfunk und Schule), analysiert Harold Hurwitz: Antikommunismus und amerikanische Demokratisierungsvorhaben im Nachkriegsdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1978, B. 29/78, S. 29 – 46

¹⁵² Rainer Riemenschneider: Das Geschichtslehrbuch in der Bundesrepublik. Seine Entwicklung seit 1945. In: Klaus Bergmann und Gerhard Schneider (Hg.): Gesellschaft – Staat – Geschichtsunterricht. Beiträge zu einer Geschichte der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts von 1500 – 1980. Düsseldorf: Pädagogischer Verlag Schwann 1982, S. 295 – 312

¹⁵³ Zu den heftigen Konflikten um das Unterrichtswerk von Fritz Karsen siehe Ulrich Mayer: Neue Wege im Geschichtsunterricht? 1986, S. 113 – 121

Schulen empfohlen worden.¹⁵⁴ Ob und welche Widerstände es gegeben hatte, war nicht in Erfahrung zu bringen. Bereits in den fünfziger Jahren, als die Besatzungsmächte nicht mehr intervenierten, konnten sich in der Bundesrepublik weder Fritz Wuessing noch Fritz Karsen gegenüber traditionelleren Schulbuchautoren behaupten, auch nicht Karl König und Kurt Witte. Diese Autoren waren mit ihrem Demokratisierungsanspruch zu weit gegangen. Nur in Berlin wurde *Wege der Völker* von Wuessing bis in die sechziger Jahre hinein an höheren Schulen benutzt. Es sollte noch gut ein Jahrzehnt dauern, bis progressive, aber „verschüttete, abgebrochene, verleugnete oder verschwiegene Traditionen der unmittelbaren Nachkriegszeit“ wiederbelebt wurden“.¹⁵⁵

Geschichtsunterrichts in den fünfziger Jahren

Zu Beginn der fünfziger Jahre war die ministerielle Lehrplanung in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten. Im damaligen Land Württemberg-Baden verlief sie auffallend schleppend. Während es für die Volksschulen seit August 1950 Lehrpläne für alle Fächer, also auch für Geschichte, gab, galt in den höheren Schulen die erwähnte vorläufige grobe Stoffverteilung von 1947 als Notlösung im Fach Geschichte weiter.¹⁵⁶ Erst Anfang Februar 1957 wurden Lehrpläne für Geschichte und alle anderen Fächer der höheren Schulen, die jetzt alle Gymnasien hießen, im Amtsblatt Baden-Württembergs, in *Kultus und Unterricht*, veröffentlicht. Der zeitliche Rückstand erklärt sich aus der schwierigen Neugründung 1951/1952 des Südweststaats, dem späteren Bundesland Baden-Württemberg, das nur langsam aus drei Ländern – Württemberg-Baden (Nordbaden), Württemberg-Hohenzollern und Baden (Südbaden) zusammenwuchs und die unterschiedlichen Entwicklungen in zwei Besatzungszonen und vier Regierungsbezirken integrieren musste: Nordbaden und Nordwürttemberg (amerikanischen Zone) sowie Baden und Württemberg-Hohenzollern (französische Zone). Die Vereinheitlichung der Stundenpläne, die Genehmigungen der Schulbücher oder die Klärung der Fremdsprachenfolge waren vorrangig und erwiesen sich für die höheren Schulen als besonders kompliziert.¹⁵⁷

Um einer Auseinanderentwicklung der Länder entgegenzusteuern, hatte Anfang der fünfziger Jahre bereits bundesweit eine rege Lehrplan- und Richtlinienarbeit zum Geschichtsunterricht

¹⁵⁴ Fritz Wuessing. Leiter einer Arbeitsgemeinschaft deutscher Geschichtslehrer (Hg.): *Wege der Völker. Geschichtsbuch für deutsche Schulen*. Berlin: Pädagogischer Verlag Berthold Schulz 1948

¹⁵⁵ Ulrich Mayer: *Neue Wege im Geschichtsunterricht?* 1986, S. 446

¹⁵⁶ Ebenda, S. 132

¹⁵⁷ Albert Kieffer: *Zur einheitlichen Gestaltung unserer Höheren Schulen*. In: *Kultus und Unterricht*. Amtsblatt des Kultusministeriums Baden-Württemberg. Nichtamtlicher Teil, 1953, S. 97 – 101

begonnen. Treibende Kraft dabei war der im Herbst 1949 neu gegründete „Verband der Geschichtslehrer Deutschlands“, der schon von 1913 bis zu seiner Gleichschaltung 1934 die einzige Standes- und Interessenvertretung der Schulhistoriker gewesen war.¹⁵⁸ Das Motiv der wiederbelebten Verbandstätigkeit war weniger eine kritische Standortbestimmung des Geschichtsunterrichts mit Blick auf Nationalsozialismus und Weimarer Republik – und schon gar nicht eine selbstkritische Analyse der eigenen Rolle –, sondern die Vereinheitlichung des Geschichtsunterrichts zwischen den westdeutschen Zonen und Ländern. Entsprechend dominierten Fragen zur Reduktion der Stofffülle, zur altersgemäßen Stoffauswahl und zur Stoffverteilung auf Schulformen und Jahrgangsklassen. Grundsatzdiskussionen wurden vermieden. Der Verband zeigte, wie Ulrich Mayer schreibt, „wenig Bereitschaft zu einer diskursiven Auseinandersetzung mit kontroversen Auffassungen“.¹⁵⁹ Genau daran aber hatte es schon einmal, nämlich nach dem Ersten Weltkrieg, gemangelt. 1918/1919 war die politische Diskussion um die Aufgaben des Geschichtsunterrichts in dem genannten Verband, dem damals einzigen Zusammenschluss der Geschichtslehrer – von einigen wenigen streitbaren, aber kaum aufgegriffenen Impulsen abgesehen –, ausgeblieben. Zu diesem Ergebnis kommt der Geschichtsdidaktiker Jochen Huhn in seinen Untersuchungen. Er sieht den entscheidenden Mangel in der Vergangenheit darin, dass die im Geschichtsverband organisierten Lehrer allzu einheitlich eine „über den Parteien stehende und damit neutrale geschichtsdidaktische Position einnahmen“.¹⁶⁰

Die Notwendigkeit und zugleich die Gefahr einer Vereinheitlichung wurden in der Nachkriegszeit von Karl Dietrich Erdmann und Felix Messerschmidt, den Herausgebern der damals wichtigsten Fachzeitschrift *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, durchaus gesehen. 1952 warnten sie davor, den historischen Unterricht in Westdeutschland auf Jahre festzulegen, „obwohl der entscheidende Schritt zur Reform des Geschichtsunterrichts noch nicht getan“ sei.¹⁶¹

Die Bestrebungen zur Vereinheitlichung mündeten in den „Grundsätzen zum Geschichtsunterricht“, die – basierend auf Vorarbeiten des Geschichtslehrerverbands – von der Konferenz der Kultusminister in Bonn Ende 1953 einstimmig verabschiedet wurden.¹⁶² Bedeutung und Qualität der „Grundsätze“, die wegen der Kulturhoheit der Länder nur den

¹⁵⁸ Jochen Huhn: Geschichtsdidaktik in der Weimarer Republik. In: Klaus Bergmann und Gerhard Schneider (Hg.): Gesellschaft – Staat – Geschichtsunterricht. 1982, S. 218 – 260, insbesondere S. 221 ff.

¹⁵⁹ Ulrich Mayer: Neue Wege im Geschichtsunterricht? 1986, S. 392

¹⁶⁰ Jochen Huhn: Geschichtsdidaktik in der Weimarer Republik. 1982, S. 221 ff., Zitat S. 234

¹⁶¹ Entnommen aus Ulrich Mayer: Neue Wege im Geschichtsunterricht? 1986, S. 420

¹⁶² Empfehlungen der Kultusminister-Konferenz vom 17. Dezember 1953 in Bonn. Betr. Grundsätze zum Geschichtsunterricht, 1954. Erschienen mit einer Einführung von Otto Heinrich Müller in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU)* 5, 1954, S. 129 – 141

Status von Empfehlungen hatten, wurde unterschiedlich eingeschätzt. Das Verdienst der „Grundsätze“ ist die Parallelisierung der Stoffpläne für die verschiedenen Schulformen. Inhaltlich sind sie offen genug, um einem Lehrer oder einer Lehrerin einen anspruchsvollen Geschichtsunterricht nach eigenen Vorstellungen zu erlauben. Von der Unter- und Einordnung der Heranwachsenden in die Gemeinschaft, die in der Weimarer Republik vorrangig vom Geschichtslehrerverband vertreten wurde, sind nur noch Spuren vorhanden. Damals lauteten die vorherrschenden Zielbestimmungen: „Ehrfurcht, Pflichtbewusstsein, Verantwortungsbewusstsein, Bereitschaft zum Dienst, Opfer, Sich-Einordnen, Glaube und Gefühlsbindung an die Volksgemeinschaft, an Vaterland und Staat.“¹⁶³ Neue Zielvorgaben jedoch wie die Heranbildung von selbstbewussten, kreativen, konfliktfähigen und toleranten Jugendlichen sucht man in den „Grundsätzen zum Geschichtsunterricht“ von 1953 vergebens. Eine progressive Orientierung erhält der Geschichtsunterricht der Neuzeit allerdings mit dem „Leitgedanken“ einer „Weltgeschichte Europas“. Damit wird die Einengung auf deutsche Nationalgeschichte überwunden, zugleich droht, aus heutiger Sicht, ein Eurozentrismus. Ohne weitere Beobachtungen vorzutragen, dürfte deutlich sein: Die „Grundsätze“ von 1953 blockierten nichts, gaben aber auch kaum wegweisenden Anstöße.

¹⁶³ Jochen Huhn: Geschichtsdidaktik in der Weimarer Republik. 1982, S. 232 f.